

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.5 / Mai 1988

19. Jg.

3,- DM

■ SÜDAFRIKA

Verbote, Sanktionen

■ AFGHANISTAN

## Nicaragua Panama

*Zwischen Krieg  
und Frieden*



## Inhalt

<b>Kommentar</b> Sisyphus im Mittelmeer	3
<b>Nicaragua</b> Vom Waffenstillstand zum Frieden? Waffenstillstands-Abkommen zwischen nicaraguanischer Regierung und Contras	5 6
<b>Panama</b> Der Kanal soll US-amerikanisch bleiben	8
<b>El Salvador</b> Wahl gegen die US-Politik	10
<b>Kuba</b> Reagans Menschenrechtskreuzzug gescheitert	12
<b>Kolumbien</b> Chance der Demokratisierung vertan	14
<b>Südafrika</b> Das De-Facto-Verbot der Opposition ANC-Erklärung zum Verbot Gesundheitslage unter der Apartheid Christen gegen Apartheid (II): Südafrikas Kirchen leisten Widerstand Appell von Erzbischof Desmond Tutu	16 17 18 19 20
<b>Südliches Afrika/BRD</b> Bonner Schwenk hin zu Sanktionen? Aktionsprogramm von Arusha Erklärung der westeuropäischen Anti-Apartheid-Bewegung zu Sanktionen	22 24 26
<b>Mosambik</b> GRÜNEN-Hearing in Bonn: „Apartheid tötet auch in Mosambik“	31
<b>Afghanistan</b> Durchbruch in der Afghanistanfrage Erklärung Michail Gorbatschows Sowjetisch-afghanische Erklärung zu Taschkent	33 34 36
<b>Persischer Golf</b> Giftgas gegen Kurden „Todesfasten“ gegen Kurdenverfolgung	37 39
<b>Israel/Palästina</b> Proteste von Friedenskräften nehmen zu Der Nahe Osten ist uns näher gekommen	41 44
<b>Atompolitik</b> Atomexportpolitik der BRD: Kein Platz für Skrupel (II) Bundesantrag der GRÜNEN: Stopp der Atomexporte Bundestagsrede von Bärbel Rust	46 48 49
<b>Kultur</b> Mit spitzer Feder - der libysche Karikaturist Muhammad az-Zwäwi	50
<b>Lesermeinungen</b> <b>Infodienst zur Solidarität</b> Buchtip: „Columbia Dignidad“, Atompolitik, Ostermärsche '88, Nord-Süd-Kampagne, Energiekredit an Brasilien, Ausstellung zum Sahel, Protest gegen IGFV-Versammlung	53
<b>Kurzinformationen</b> Israel, Bangladesh, Äthiopien, Sao Tomé und Príncipe	55



## Südafrika

S.16

Das politische Betätigungsverbot Pretorias gegen die Opposition läuft auf ein faktisches Verbot hinaus. Protestansätze wurden unterdrückt. Noch immer aber weigern sich die Regierenden in den USA, der EG und in Bonn zu umfassenden Sanktionen gegen das Apartheidregime überzugehen. Oder deutet die deutlichere Apartheid-Kritik Weizsäckers, Genschers, Geislers u.a. Bonner Größen auf einen bevorstehenden Wandel?



## Mittelamerika

S. 3

Mit dem Abschluß eines vorläufigen Waffenstillstands in Nicaragua, der Wahlniederlage der Christdemokraten in El Salvador und dem mißlungenen Versuch, Kuba wegen Menschenrechtsverletzungen vor der UNO anzuklagen, mußten die USA erneut Niederlagen in ihrer Mittelamerikapolitik einstecken. Ihre Truppenentsendung nach Honduras fruchtete nichts. In Panama hingegen glauben sie jetzt einen Gegner ausgemacht zu haben, den sie bezwingen können.



## Afghanistan

S.33

Der schon für März d.J. erhoffte Abschluß einer Verhandlungslösung der Afghanistanfrage in Genf kam mit einmonatigem Verzug doch noch zustande. Woran hängt die Umsetzung des Genfer Abkommens? Was spricht für die Chance, zu einem inneren Frieden im Innern Afghanistans zu gelangen?

## Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Dr. Winfried Beck, Reinhard Brückner, Horst-Eckart Gross, Wilfried Helms, Dr. Rolf Schlömer.

Redaktionsschluß: 8. April 1988.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. Vertrieb: Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Forderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als Nebenblätter einmal im Vierteljahr beigefügt.

Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: BUKO, AG SPAK, Wechselwirkung, Volksuni, Ila, Pahl-Rugenstein Verlag, Plambeck & Co., Internationaler Solidaritätsfonds - Die GRÜNEN

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: AIB-Archiv, TASS, AP, USN&WR, Time, Newsweek, El Pais, Jeune Afrique

# Sisyphus in Mittelamerika

Nico Biver



„Ein Bild drängt sich auf: Die USA als ein Sisyphus, der einen großen Felsen den Berg hinaufschiebt, nur um ihn wieder runter rollen zu sehen.“ Diese Sicht der „New York Times“ zur Mittelamerika-Politik des Weißen Hauses gilt allemal für Nicaragua.

Besessen vom Sturz der Sandinisten muß Reagan nach sieben Jahren Amtszeit erkennen, daß mit der Unterzeichnung des vorläufigen Waffenstillstands am 24. März d.J. in Sapoa die Bilanz gleich null ist – mit zwei Ausnahmen: Die Zahl der Todesopfer stieg um 25.000 und 227 Mio \$ Contra-Gelder wurden sinnlos verausgabt.

Das New Yorker Wochenblatt „Newsweek“ kommt zu dem Schluß, daß der Kampf der Contras umsonst gewesen sei, denn „die politischen Freiheiten...“, die die Sandinisten in Sapoa zugestanden, existierten im wesentlichen bevor die Contras 1981 den Kampf aufnahmen“. Dennoch kreisen die Diskussionen in Teilen der Solidaritätsbewegung über die Frage, ob die Sandinisten nicht bereits Grundprinzipien der Revolution über Bord werfen, wenn sie politisch mit der Contra verhandeln oder die Somoza-Verbrecher freilassen.

Den Nicaraguanern kann es nicht gleich sein, ob der Konflikt künftig politisch oder militärisch ausgetragen wird. Erst im Frieden wird es möglich sein, das Programm der Revolution zu verwirklichen. Und zunächst einmal hieße dies, daß die Wirtschaftskrise eingedämmt und die ausländische Finanzhilfe wieder angehoben werden kann. Für sie ist es deshalb das kleinere Opfer, wenn das durch Freilassung der Somozisten und politische Verhandlungen auch mit der Contra erreicht werden kann.

Das Blatt des schweizerischen Finanzkapitals „Neue Zürcher Zeitung“ sieht bereits jetzt die Verlierer auf der konterrevolutionären Seite: „Wenn der erst noch auszuhandelnde definitive Waffenstillstand einmal in Kraft ist, werden die Sandinisten nach wie vor allein an der Macht, die Führer des Widerstands aber bestenfalls Teils einer ohnehin schon zersplitterten und entsprechend einflußarmen Opposition ... sein.“

Daß Washington nur noch einen begrenzten Einfluß auf den Gang der Dinge hat, machte am 16. März die Entsendung von US-Truppen nach Honduras klar, die einer angeblichen nicaraguanischen Invasion begegnen sollten. Was den Contras den Rücken stärken und neue Militär-

hilfe im Kongreß locker machen sollte, erwies sich als Flop. Eine Woche später wurde das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

Dafür ist die Stellung der honduranischen Regierung, die erst nachträglich dazu „überredet“ werden konnte, die Truppenentsendung anzufordern, nicht gerade gefestigt worden. Immer mehr Honduranern wird klar, daß ihr Land ein Spielball der Reagan'schen Interventionspolitik ist. Ihre Empörung ist derart, daß es Anfang April ausreichte, einen Drogen-Baron gesetzwidrig an die USA auszuliefern, um die Propagandaabteilung der US-Botschaft in Flammen aufgehen zu lassen.

Ähnlich kontraproduktiv wirkt sich auch in El Salvador die von Washington konzipierte Politik der Aufstandsbekämpfung aus. Die Arznei „demokratische Wahlen“, die Washington dem Land verschrieben hatte, um das Regime nach innen zu stabilisieren und nach außen hoffähig zu machen, hat sich als Gift entpuppt.

Bei den Wahlen vom März d.J. konnte die rechtsradikale ARENA die Hälfte der Parlamentssitze erringen. Da das Verteilen von Zuckerbrot nicht zum Programm dieser Partei gehört, sondern sie nur die Peitsche kennt, sind die Konflikte unter den Herrschenden sowie mit den USA, und damit Unregierbarkeit des Landes, vorprogrammiert. Und dies vor dem Hintergrund einer kampfstärkeren Befreiungsfront FMLN und einer wiedererstandenen Massenbewegung.

Verständlich, daß man in Washington versucht, sich andernorts in der Region Erfolge zu organisieren. Dem galt etwa der Versuch, Kuba vor der UN-Menschenrechtskommission an den Pranger zu stellen. Er ist jedoch im März zum zweiten Mal fehlgeschlagen.

Größere Chancen rechnet man sich beim Versuch aus, den „starken Mann“ Panamas, Armeechef General Noriega, zu stürzen. Die Bedingungen dafür sind geradezu ideal.

Das Land ist wirtschaftlich eng mit den USA verbunden. 10.000 US-Soldaten stehen dauernd im Land, weitere wurden Anfang April d.J. eingeflogen. Schließlich gibt es genug US-Bürger, die es, nach einem möglichen Hilferuf des Ex-Präsidenten Delvalle, den Washington noch immer als rechtmäßig anerkennt, im Stile der Grenada-Invasion zu schützen gilt.

Washington ist es gelungen, den General als Diktator und Drogenhändler zu präsentieren und damit den Druck zu legitimieren. Hinter diesem Rauchvorhang, der leider auch die Gehirne vieler vernebelt hat, die sonst gegen US-Aggressionen auf die Straßen gehen, verbergen sich freilich weniger ehrenwerte Ziele.

Washington will den Panamakanal und seine dortigen Stützpunkte nicht wie vorgesehen bis Ende 1999 räumen. „Wir haben ihn gebaut und wir werden ihn behalten“, so Reagan vor der Unterzeichnung der Kanal-Verträge 1977.

Außerdem ist Washington die Außenpolitik Panamas ein Dorn im Auge, da es aktiv in der Contadora-Gruppe mitmischte, gute Beziehungen zu Kuba und Nicaragua unterhält und da Noriega es abgelehnt hat, sich an einer Invasion gegen Nicaragua zu beteiligen. Deshalb geht es der Reagan-Administration auch nicht nur um den Kopf Noriegas, sondern um die Entmachtung der nationalistischen Offiziere.

Sollte dies gelingen, könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Das Kräfteverhältnis in der Region würde sich zugunsten der USA verändern, der Verhandlungsprozeß in der Region könnte torpediert und es könnten die Bedingungen für das Verbleiben der US-Truppen auch nach 1999 geschaffen werden. Schließlich bekäme die Interventionspolitik der USA u.a. gegen Nicaragua gewaltigen Auftrieb.

Die Erfolgsaussichten Washingtons stehen in diesem Fall nicht schlecht, obwohl Panama gegen den wirtschaftlichen Druck bisher eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit bewiesen hat. Sollte dieser nicht ausreichen, scheint eine militärische Intervention vorprogrammiert, wenn es nicht gelingt, Solidarität mit Panama – auch hierzulande – zu organisieren.

# Wir verschenken

## Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup  
**Zeitbombe Südamerika**  
Ein Kontinent zwischen  
Diktatur und Demokratie  
Pahl-Rugenstein  
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui  
**Die Schuldenfalle**  
Schuldenkrise  
und Dritte-Welt-Politik der USA  
Pahl-Rugenstein  
184 Seiten, 14,80 DM

Udo Schelb (Hg.)  
**Reaktoren und Raketen**  
Von der zivilen zur  
militärischen Atomenergie?  
Pahl-Rugenstein  
337 Seiten, 16,80 DM

# Vom Waffenstillstand zum Frieden?

Sichtlich überrascht war man in Washington, als am 24. März d.J. im südnicaraguanischen Grenzort Sapoa die sandinistische Regierung und die Contras ein vorläufiges Waffenstillstandsabkommen unterzeichneten.

US-Außenminister George Shultz machte gute Miene zu bösem Spiel, indem er von einem „wichtigen Schritt vorwärts“ sprach, aber gleichzeitig darauf hinwies, das Abkommen könnte ein „Trick“ der Sandinisten sein.<sup>1</sup> Als „Produkt der Entschlossenheit und Opferbereitschaft der Freiheitskämpfer“<sup>2</sup> (Shultz) mochte der Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, den Waffenstillstand jedoch nicht sehen: „Im Grunde spiegelt das Abkommen die Tatsache wider, daß der Kongreß die Contras preisgegeben und sie ohne Nahrung und Waffen auf dem Schlachtfeld im Stich gelassen hat.“<sup>3</sup>

In der Tat ist schon allein die Tatsache, daß die Contra den Waffenstillstand unterschrieben hat, ein neuer Rückschlag für die nun seit sieben Jahren währenden Bestrebungen der Reagan-Administration, die Sandinisten zu stürzen. „Das jetzige Ergebnis hätte man haben können ohne jemals die Contras zu organisieren“, kommentierte der ehemalige US-Diplomat Wayne Smith die Lage. „Wir haben sieben Jahre Blutvergießen für nichts gehabt.“<sup>4</sup>

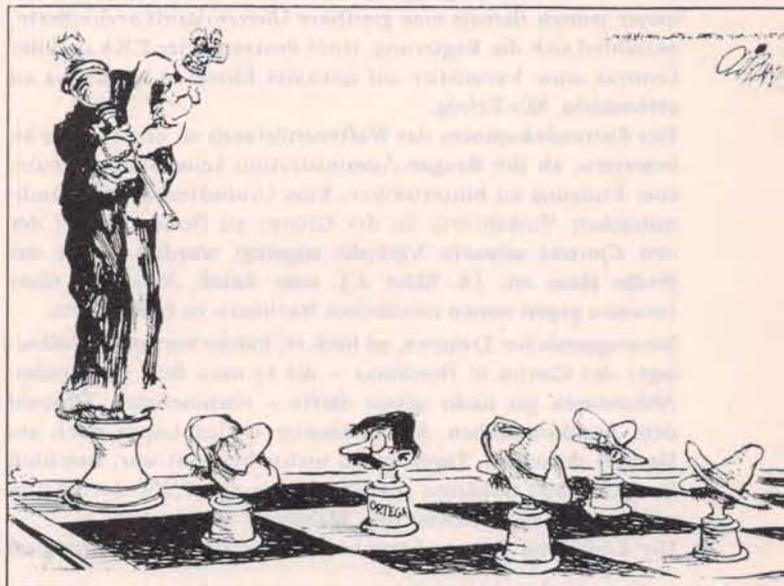
Den Sandinisten ist es gelungen, ohne Grundprinzipien der Revolution preiszugeben, Weichen für einen dauerhaften Frieden zu stellen.

Das Waffenstillstandsabkommen (siehe Kasten), das von Verteidigungsminister Humberto Ortega, den Contra-Führern Adolfo Calero und Alfredo Cesar, drei militärischen Kommandanten der Contras sowie den Zeugen Erzbischof Obando y Bravo und João Clemente Baena Soares, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), unterzeichnet wurde, sieht u.a. vor: einen 60tägigen Waffenstillstand ab dem 1. April d.J.; Verhandlungen über eine endgültige Feuereinstellung ab dem 6. April, Zusammenziehung der Contras in besonderen Zonen und ihre Beteiligung am Nationalen Dialog zwischen Regierung und Oppositionsparteien in Managua.

Außerdem soll die Hälfte der 1.532 inhaftierten Contras noch im April d.J. und der Rest nach Vereinbarung eines endgültigen Waffenstillstands freigelassen werden. Dann sollen auch die 1.822 ehemaligen Mitglieder der Nationalgarde Somozas auf freien Fuß gesetzt werden, insofern die Menschenrechtskommission der OAS dem in jedem Einzelfall zustimmt. Anderen Bestimmungen, wie jener der Gewährung vollständiger Meinungsfreiheit und jener, daß alle, die die Waffen niederlegen, ohne Einschränkungen am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, hatte die Regierung bereits in den Monaten vorher zugestimmt bzw. sich im Friedensabkommen von Esquipulas dazu verpflichtet (siehe AIB 1-2/1988 und 3/1988).

Kompromisse gingen die Sandinisten in folgenden Punkten ein: Sie stimmten der Freilassung der meisten Somoza-Gardisten sowie der Entlassung der Hälfte der Contra-Gefangenen und der Beteiligung der Contras an den politischen Verhandlungen im Rahmen des Nationalen Dialogs noch vor einem endgültigen Waffenstillstand zu.

Gemessen an den früheren Positionen der Sandinisten – keine Freilassung der Somozisten und Ablehnung jeglichen politischen Dialogs – mag dies manchem schon als Verrat an



Grundprinzipien erscheinen. Jedoch dürfte die Vermeidung weiterer Opfer durch eine Beendigung des Krieges und eine Stabilisierung der Revolution höher zu bewerten sein, als der Schmerz darüber, daß die Verbrechen ungesühnt bleiben. Genauso sind auch politische Verhandlungen mit der Contra keine Prinzipienfrage, sofern der Frieden erreicht wird.

Und selbst hier bleiben den Sandinisten noch viele Kompromißmöglichkeiten, die nicht an den Grundfesten der Revolution – gemischte Wirtschaft, Nichtpaktgebundenheit und politischer Pluralismus – rütteln. So dürfte z.B. bei der Frage der Abschaffung der Wehrpflicht eine Übereinkunft möglich sein, wenn dabei die Entwaffnung der Contras herauspringt. Klein beigegeben haben vielmehr die Contras. Mal abgesehen von ihrer Absicht – bzw. der der USA – die Sandinisten zu stürzen, verlangten sie noch am 23. November 1987 als Bedingungen für einen befristeten Waffenstillstand, die Freilassung aller Gefangenen, die Auflösung der Sandinistischen Verteidigungskomitees, die Abschaffung der Wehrpflicht und der Selbstverteidigungskooperativen.

Die Gründe für das Zurückstecken der Contras hängen mit denen zusammen, die bereits im August 1987 zur Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommens führten: Bei den Verantwortlichen Mittelamerikas setzte sich die Einsicht durch, daß der Contra-Krieg wegen der Labilität der Reagan-Administration und der politischen und militärischen Stabilität der sandinistischen Revolution keine Aussicht auf Erfolg hat (siehe Mittelamerika-Sonderteil in: AIB 1-2/1988).

Durch das im Friedensabkommen enthaltene Verbot der Unterstützung der Contras von außen und durch die schnelle – auch einseitige – Umsetzung der Vereinbarungen durch Nicaragua wurde die Position der Contras noch weiter geschwächt, da dies u.a. dazu führte, daß am 3. Februar d.J. das US-Repräsentantenhaus eine Contra-Hilfe in Höhe von 36 Mio \$ ablehnte.

Da Reagan weiterhin auf der Bewilligung militärischer Hilfe bestand, scheiterte am 3. März d.J. außerdem ein Antrag der Demokraten, den Contras 30,8 Mio \$ an humanitärer Unterstützung zu gewähren, am Widerstand der Republikaner und

demokratischer Abgeordneter, die gegen jede Finanzierung sind. Zudem soll es die honduranische Armee abgelehnt haben, für den CIA bei der Contra-Unterstützung einzuspringen.<sup>5</sup>

Auch durch die Änderung der Form der Verhandlungen mit den Contras konnte die sandinistische Regierung zur Beschleunigung und zum Erfolg der Gespräche beitragen. Die ersten Runden Ende 1987 hatten noch indirekt im Ausland stattgefunden. Mitte Februar wurde schließlich direkt verhandelt unter Beteiligung des Vermittlers Obando y Bravo. Da dieser jedoch damals eine greifbare Übereinkunft verhinderte, entschied sich die Regierung, trotz Protesten der USA und der Contras ohne Vermittler auf höchster Ebene in Nicaragua zu verhandeln. Mit Erfolg.

Das Zustandekommen des Waffenstillstands ist umso höher zu bewerten, als die Reagan-Administration keine Mühe scheute, eine Einigung zu hintertreiben. Eine Großoffensive des Sandinistischen Volksheeres an der Grenze zu Honduras, bei der den Contras schwere Verluste zugefügt wurden, nahm das Weiße Haus am 16. März d.J. zum Anlaß, Nicaragua einer Invasion gegen seinen nördlichen Nachbarn zu bezichtigen.

Nicaraguanische Truppen, so hieß es, hätten versucht, Waffenlager der Contra in Honduras – die es nach dem Esquipulas-Abkommen gar nicht geben dürfte – einzunehmen. Obwohl dem honduranischen Außenminister Carlos Lopez noch am Morgen desselben Tages davon nichts bekannt war, beschloß Reagan 3.200 Soldaten – zusätzlich zu den 1.900 dort stationierten – nach Honduras ins „Manöver“ zu schicken.

Die Einladung dazu traf erst 11 Stunden später in Washington

ein, nachdem Präsident José Azcona entsprechend von US-Diplomaten bearbeitet worden war. Damit verstieß er nicht nur gegen die Verfassung seines Landes, laut der es dem Parlament obliegt, ein solches Ersuchen zu stellen, sondern es konnten auch keine Beweise für die angebliche Invasion erbracht werden. Bewohner des honduranischen Grenzgebietes bestritten die US-Version und selbst honduranische Regierungskreise gestanden ein, daß es nur wenige Anzeichen für eine Invasion gäbe.<sup>6</sup>

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens wurden die Truppen Anfang April schließlich wieder abgezogen. Ein Grund dafür dürfte auch die wachsende Empörung der honduranischen Bevölkerung über das vasallenhafte Verhalten ihrer Regierung sein. Indiz dafür war am 7. April eine Demonstration vor der US-Botschaft aus Anlaß der gesetzwidrigen Auslieferung eines honduranischen Drogenhändlers an die USA. Fünf Menschen wurden dabei getötet. Darauf folgten weitere Demonstrationen in Tegucigalpa und San Pedro Sula, die sich auch gegen die US-Präsenz richteten und die Regierung zur Ausrufung des Ausnahmezustands veranlaßten.

Bei der Suche nach Gründen für die Entsendung der 3.200 Soldaten ist dem Senator der Demokraten, Tom Harkin, zuzustimmen, der erklärte, die Reagan-Administration würde eine „Dreifach-Strategie“ verfolgen: die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der am selben Tag erfolgten Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft gegen die vier Hauptverantwortlichen der Iran-Contra-Affäre (u.a. Oliver North und John Poindexter) abzulenken; die US-Hilfe für die Contras wieder-

## Waffenstillstandsabkommen zwischen Nicaragua und den Contras

Die verfassungsgemäße Regierung der Republik Nicaragua und der nicaraguanische Widerstand, die in Sapoa (Nicaragua) am 21., 22. und 23. März 1988 mit dem Ziel zusammenkamen, im Rahmen von Esquipulas II zur nationalen Versöhnung beizutragen, haben in Anwesenheit der Zeugen, seiner Eminenz Kardinal Obando y Bravo, Präsident der Bischofskonferenz Nicaraguas und seiner Exzellenz Botschafter João Clemente Baenas Soares, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die folgende Übereinkunft erzielt:

1. Die offensiven Militäroperationen werden im gesamten nationalen Territorium ab dem 1. April d.J. für 60 Tage eingestellt. Währenddessen findet ein integraler Verhandlungsprozeß für einen definitiven Waffenstillstand statt, dessen effektive Durchführung zusammen mit den übrigen Verpflichtungen in Kraft treten wird, die im Friedensabkommen von Esquipulas II vorgesehen sind, um den Krieg zu beenden.

Beide Seiten vereinbaren, sich auf höchster Ebene am 6. April in Managua zu treffen, um die Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand fortzuführen.

2. Während der ersten 15 Tage werden die Kräfte des Widerstandes in Zonen zusammengezogen, deren Lage, Größe und Funktion gemeinsam vereinbart wird, und zwar durch besondere Kommissionen, die sich in Sapoa von Montag, dem 28. März an treffen.

3. Die Regierung Nicaraguas wird eine Generalamnestie für Personen erlassen, die wegen Verstoßes gegen das Gesetz zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit vor Gericht stehen oder verurteilt sind, sowie für Mitglieder der Armee des vorherigen Regimes in bezug auf Verbrechen, die vor dem 19. Juli 1979 begangen wurden.

Für die erste Gruppe wird die Amnestie nach

und nach durchgeführt. Um den religiösen Gefühlen des nicaraguanischen Volkes anläßlich der Karwoche Rechnung zu tragen, wird die Freilassung der ersten 100 Gefangenen am Palmsonntag beginnen. Sobald der Einzug des nicaraguanischen Widerstandes in die gemeinsam vereinbarten Zonen überprüft ist, werden 50% der Gefangenen freigelassen. Die restlichen 50% werden nach Unterzeichnung des endgültigen Waffenstillstandes entlassen. Das Datum hierfür wird auf dem Treffen am 6. April in Managua festgesetzt.

Im Falle der Gefangenen, die im Schlußteil des ersten Abschnitts dieses Artikels genannt werden, wird die Freilassung mit der Unterzeichnung des endgültigen Waffenstillstandes nach vorheriger Zustimmung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS beginnen.

Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wird der Garant und Treuhänder für die Erfüllung dieser Amnestie sein.

4. Um die Versorgung der irregulären Kräfte mit Lebensmitteln und Grundgütern zu garantieren, wird ausschließlich humanitäre Hilfe in Übereinstimmung mit dem Artikel 5 der Abkommen von Esquipulas II zur Verfügung gestellt und akzeptiert, die über neutrale Organisationen geleitet werden wird.

5. Die Regierung von Nicaragua wird die uneingeschränkte Meinungsfreiheit garantieren, wie sie im Abkommen von Esquipulas II vorgesehen ist.

6. Sobald die Kräfte des nicaraguanischen Widerstandes in den gemeinsam vereinbarten Zonen zusammengezogen sind, werden sie so viele Delegierte in den Nationalen Dialog entsenden, wie es der Zahl ihrer politischen Organisationen entspricht, bis zu einem Maximum von acht.

Im Nationalen Dialog wird unter anderem das

Thema des Militärdienstes erörtert.

7. Es wird garantiert, daß alle Personen, die aus politischen oder anderen Gründen das Land verlassen haben, nach Nicaragua zurückkehren und an den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen teilnehmen können – ohne irgendwelche Bedingungen, bis auf solche, die in den Gesetzen der Republik festgelegt sind. Sie werden weder vor Gericht gestellt noch bestraft oder verfolgt für die politisch-militärischen Aktivitäten, die sie ausgeführt haben könnten.

8. Die Regierung Nicaraguas bestätigt, daß diejenigen Personen, die sich wieder ins friedliche Leben integriert haben, mit gleichen Bedingungen und Garantien an den Wahlen für das mittelamerikanische Parlament und den Kommunalwahlen zu den Zeitpunkten, die dafür festgelegt werden, sowie an den allgemeinen nationalen Wahlen teilnehmen können, zu dem Zeitpunkt, den die politische Verfassung festlegt.

9. Um die Einhaltung dieses Abkommens zu überprüfen, wird eine Überprüfungskommission eingerichtet, die aus dem Präsidenten der Bischofskonferenz Nicaraguas, seiner Eminenz Kardinal Obando y Bravo und dem Generalsekretär der OAS, seiner Exzellenz Botschafter João Clemente Baenas Soares besteht.

Die technische Unterstützung und die notwendigen Dienstleistungen für diese Kommission, die die Erfüllung, die Verfolgung und Überprüfung dieses Abkommens erlauben, werden vom Generalsekretär der OAS erbeten und ihm anvertraut.

**Übergangsregelung.** Die beiden Parteien sind übereingekommen, bis zum 1. April d.J. die Beendigung der militärischen Aktivitäten, die von beiden am vergangenen 21. März vereinbart wurden, zu verlängern.

(Quelle: El Pais, Madrid, 25.3.1988)

zubeleben und die mittelamerikanischen Friedensgespräche zu sabotieren.<sup>7</sup>

Das Vorgehen Washingtons erinnerte an eine ähnliche Gegebenheit im März 1986, als die Reagan-Administration Nicaragua ebenfalls anklagte, in Honduras einmarschiert zu sein, und dadurch eine Contra-Hilfe von 20 Mio \$ im Kongreß durchbrachte. Auch diesmal wurde prompt ein neuer Antrag im Kongreß eingebracht, die Contras auch militärisch zu unterstützen.

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens wurden Anfang April d.J. zwar 48 Mio \$ bewilligt, jedoch unter wesentlich anderen als den von Reagan gewünschten Bedingungen. Im Abkommen ist humanitäre Hilfe für die Contras ausdrücklich erlaubt, wenn sie über eine neutrale Organisation wie das Rote Kreuz verteilt wird und die Contras sich in die für sie bestimmten Zonen zurückgezogen haben.

Die mit großer Mehrheit im US-Kongreß bewilligten Gelder sehen knapp 18 Mio \$ für Lebensmittel, Kleidung und Medizin vor, die gleiche Summe für kriegsversehrte Kinder und weitere 10 Mio \$ für die Kommission, bestehend aus Obando y Bravo und dem OAS-Generalsekretär Baena Soares, die das Waffenstillstandsabkommen überwachen soll. Dem Verlangen Reagans an den Kongreß, im Fall des Scheiterns des Abkommens automatisch eine Abstimmung über Militärhilfe auf die Tagesordnung zu setzen, entsprachen die Abgeordneten nicht. Jedoch versicherte der Sprecher des Repräsentantenhauses James Wright dem Präsidenten schriftlich, einen entsprechenden Antrag des Weißen Hauses zu berücksichtigen, ohne daß sich der Kongreß jedoch die Form und den Zeitpunkt einer zukünftigen Abstimmung diktieren lasse.<sup>8</sup>

Mit der Bewilligung der Finanzmittel wird den Contras eine Atempause eingeräumt, was für sie mit ein Grund dafür gewesen sein kann, das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Die Ereignisse nach dem Vertragsschluß deuten zumindest daraufhin, daß die Contras gewillt sind, weiterhin hoch zu pokern.

So lehnten sie es ab, wie vorgesehen am 6. April Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand zu beginnen. Als Gründe gaben sie an, daß unter den 100 Gefangenen, die bereits am 3. April freigelassen wurden, sich nicht die von ihnen gewünschten befänden, daß der rechten Tageszeitung „La Prensa“ Druckpapier vorenthalten würde und daß sie nicht am Flughafen, sondern im Zentrum von Managua untergebracht werden wollten, um Treffen mit der Opposition und öffentliche Veranstaltungen durchführen zu können.

Da im Abkommen in Managua ausschließlich Verhandlungen vorgesehen sind, lehnte die Regierung das letzte Ansinnen ab. Bayardo Arce von der sandinistischen Führung erklärte außerdem, die Regierung habe nie zugesagt, sich bei der Freilassung der Gefangenen nach den Wünschen der Contras zu richten. Bezüglich des Papiermangels verwies er darauf, daß dieser alle betreffe.<sup>9</sup> Grund dafür ist eine verspätete Lieferung aus der Sowjetunion. Auch die Forderung der Contras, die Hilfsgüter der USA über ein Privatunternehmen auf dem Luftweg abzuwickeln, hat die Regierung abgelehnt, da im Abkommen ausdrücklich eine „neutrale Organisation“ dafür vorgesehen ist. Aufgrund der Obstruktionsversuche der Contras schreitet die Erfüllung des Abkommens nur langsam voran. Erst am 6. April einigten sich beide Seiten auf die Einrichtung von sieben Zonen, in die sich die Contras bis zum 15. April begeben sollten: je zwei im Norden, im Zentrum und an der Atlantikküste und eine im Süden des Landes. Außerdem wurde am selben Tag vereinbart, die Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand statt wie geplant am 6. April am 15. April zu beginnen.

Obstruktion ist auch weiterhin von Washington zu erwarten. So lehnte es der Sonderbotschafter für Mittelamerika, Morris Busby, bei einer Rundreise in Mittelamerika Anfang April ab, wie von Reagan nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes

versprochen, direkte Gespräche mit Nicaragua zu führen. Außenminister Shultz versuchte, aus den Niederlagen seiner Regierung noch Kapital zu schlagen. Er verlangte von der „UdSSR, Kuba und dem Ostblock“ eine Einstellung der Waffenhilfe an Nicaragua, „da das Abkommen Militärhilfe für die Freiheitskämpfer ausschließt“.<sup>10</sup> Der costarikanische Präsident Oscar Arias hatte nach Ablehnung der Contra-Militärhilfe durch den Kongreß im Februar d.J. bereits eine ähnliche Forderung an die Sowjetunion gerichtet.

Beim sowjetischen Außenminister Schewardnadse, der Ende März d.J. zu Abrüstungsgesprächen in Washington weilte, stieß Shultz mit seinem Ansinnen jedoch auf taube Ohren. Schewardnadse soll im Gegenzug die Einstellung der US-Militärhilfe an Honduras und El Salvador verlangt haben. Auch die Bundesregierung hält weiterhin den USA treu die



Die Entsendung von US-Truppen nach Honduras konnte die Verhandlungen nicht verhindern.

Stange. Der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischniewski hatte die Bundesregierung nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, an dessen Zustandekommen er maßgeblich beteiligt war, aufgefordert, die Entwicklungshilfe an Nicaragua wieder aufzunehmen.

Dies lehnte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein, jedoch ab. Die Entwicklungshilfe würde erst wieder aufgenommen, wenn die fünf mittelamerikanischen Länder zu der Auffassung gelangt seien, daß Befriedung und Aussöhnung in der Region und demokratische Verhältnisse in Nicaragua, die Menschenrechte und das Völkerrecht gewährleisten würden.

#### Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 26.3.1988 und El Pais (EP), Madrid, 25.3.1988
- 2) taz, 26.3.1988
- 3) Newsweek (NW), New York, 4.4.1988
- 4) Ebd.
- 5) Vgl. taz, 26.3.1988
- 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.3.1988
- 7) Siehe: NW, 28.3.1988
- 8) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 1.4.1988
- 9) taz, 6.4.1988
- 10) EP, 25.3.1988
- 11) FAZ, 26.3.1988



US-Soldaten patrouillieren auf dem Kanal; Gegenspieler General Noriega



Tom Angotti

# Der Kanal soll US-amerikanisch bleiben

Mit einer Steigerung des wirtschaftlichen und militärischen Drucks versucht die Reagan-Administration weiterhin, den Chef der Verteidigungskräfte Panamas, General Manuel Noriega, zu stürzen (siehe AIB 8/1987 und AIB 4/1988).

Am 8. April d.J. verfügte Ronald Reagan die Einfrierung aller panamaischen Vermögenswerte in den USA und ein Verbot für US-Firmen und Bürger, Zahlungen an die Regierung vorzunehmen. Anfang April wurden, zusätzlich zu bereits 10.000 in Panama stationierten US-Soldaten, 2.100 Marines, Militärpolizisten und Piloten entsandt, „um amerikanische Interessen und Bürger zu schützen“. Vizepräsident George Bush hat bereits mit einem militärischen Eingreifen gedroht, um Noriega unter dem Vorwand der Beteiligung an Drogengeschäften zu stürzen.

Weder die Wirtschaftssanktionen noch ein Streik, der von Unternehmen und rechter Opposition am 21. März d.J. ausgerufen worden war, haben bisher das gewünschte Ergebnis gebracht. Ein Putschversuch konnte am 16. März abgewehrt und der Zusammenhalt der Streitkräfte durch Umbesetzungen an der Spitze gestärkt werden. Der Streik, der besser als Aussper-

(...) Das Ziel der US-Kampagne besteht darin, die Rolle der von Noriega geführten nationalistisch orientierten Verteidigungskräfte Panamas zu schwächen und eine Regierung zu installieren, die den USA die Kontrolle über den Panama-Kanal zurückgeben wird. Entsprechend den Verträgen von 1977 zwischen Panama und den USA ist vorgesehen, daß Panama im Jahr 1990 die Kontrolle über den Kanal mehrheitlich und im Jahr 2000 vollständig übernehmen wird.

Maßnahmen, die die USA ergriffen, um die Wirtschaft Panamas zu destabilisieren, haben Lebensmittel-, Gebrauchsgüter- und Geldknappheit zur Folge. Dies wiederum hat zu spontanen Protesten von öffentlichen Bediensteten geführt, die nicht entlohnt wurden, weil die Regierung nicht über genügend Dollars verfügt.

Ein Bundesdistriktgericht in New York hat die Einlagen Panamas bei US-Banken eingefroren. Die USA haben ca. 7 Mio \$, die sie Panama für die Benutzung des Kanals schuldeten,

um zu bezeichnen wäre, brach nach 10 Tagen zusammen. Zwei Parteien der rechten Opposition haben sich derweil gegen die „Rezepte aus Washington“ gewandt.

Ein von der Regierung angebotener „nationaler Dialog“ über eine Beilegung der Krise scheiterte an der ultimativen Forderung der Opposition nach sofortigem Rücktritt Noriegas.

Die patriotischen und linken Kräfte organisieren sich unterdessen, um gegen die wirtschaftliche und eine mögliche militärische Aggression zu mobilisieren. In der Patriotischen Einheitlichen Front (FUP) haben sich die wichtigsten Gewerkschaften, Bauernorganisationen und progressive Parteien zusammengeschlossen. Tausende haben sich freiwillig zu militärischen Übungen gemeldet.

Da trotz Dollar- und Lebensmittelknappheit die Regierung eine erstaunliche Standfestigkeit bewiesen hat, rückt die Möglichkeit einer militärischen Intervention der USA, wie sie auch vom abgesetzten, aber immer noch von den USA als legitim anerkannten Präsidenten Delvalle gefordert wird, immer mehr in den Bereich des Möglichen. Die Hintergründe der Washingtoner Kampagne sondiert T. Angotti.

und Erträge einer Ölpipeline, die das Land durchquert, einbehalten.

Diese Maßnahmen folgen auf den massiven Dollar-Abfluß aus Panama seit die Destabilisierungskampagne im vergangenen Juli begann. Die USA haben auch jegliche zivile und militärische Hilfe an Panama eingestellt, und der Kongreß zieht ein vollständiges Handelsembargo in Betracht.

Panamas Dollar-Knappheit ist besonders ernst, da das Land über keine eigene Währung verfügt. Die Wirtschaft ist äußerst abhängig von Geschäften und vom Handel mit den USA. Es ist zu einem der wichtigsten Finanz- und Geschäftsaußenposten für US-Monopole in Lateinamerika geworden. Und die bedeutende Klasse der Kleinhändler und Angestellten, die von diesen Aktivitäten abhängen, ist die potentielle soziale Basis, auf die sich die USA stützen, um eine rechtsgerichtete US-freundliche Alternative zur jetzigen Regierung zu bilden.

Die Dollar-Krise schafft ein besonderes Problem für den um-

fangreichen Staatssektor der Wirtschaft, der teilweise von Erträgen aus ausländischen Transaktionen, einschließlich der Benutzung des Kanals und der Ölpipeline, abhängt. Dies wirft für die nationalistische Führung unmittelbar die Frage auf, den Dollar aufzugeben und eine neue panamaische Währung zu schaffen. Und als Antwort auf die Kollaboration eines Teils der Geschäfts- und Finanzkreise bei der Wirtschaftssabotage könnten Enteignungen angebracht sein.

Diese Maßnahmen und andere, die darauf zielen, eine nationale Wirtschaft mit einem starken Inlandsmarkt zu schaffen, die nicht vom Handel mit den USA abhängt, werden von Panamas wichtigsten politischen Kräften diskutiert. Die Regierung hat bereits die Preise einiger Güter eingefroren.

In der Zwischenzeit ist jedoch der Schaden, der durch die Wirtschaftssabotage angerichtet wird, erheblich. Die aufgestaute Unzufriedenheit mit der Regierung in einigen Sektoren, einschließlich bei Teilen der Arbeiterklasse, entläßt sich in spontanen Protesten, die von der kleinen Rechtsopposition benutzt werden, um die US-Intervention zu rechtfertigen. Jedoch gibt es noch ein weitverbreitetes Verständnis dafür, daß die wirkliche Ursache der Krise die wirtschaftliche Aggression der USA gegen Panama ist.

Anhaltspunkte dafür, daß das Ziel der USA nicht bloß die Absetzung General Noriegas, sondern die Beseitigung der gesamten nationalistischen Führung ist, kamen ans Licht. Hohe US-Beamte „deuteten an“, daß es zu einer Pensionierung höherer Offiziere und zu Beförderungen aller Offiziere untergeordneter Ebenen führen würde, wenn Noriega seinen Posten aufgäbe. Washington hofft, sich vor allem unter jüngeren Offizieren, die vielleicht nicht die nationalistischen Beweggründe der Führung teilen, eine politische Basis im Militär zu verschaffen, indem es Beförderungen verspricht. (...)

Das Hauptproblem für die USA bleibt ihre Unfähigkeit, eine lebensfähige politische Alternative zur gegenwärtigen Regierung aufzubauen. Die Regierung von Manuel Solis Palma ist eine verfassungsmäßig gebildete Regierung. Sie wird von der Demokratischen Revolutionären Partei (PRD), die von den Verteidigungskräften Panamas unterstützt wird, geführt, schließt aber die Beteiligung eines breiten Spektrums politischer Gruppen von der Linken bis zur Rechten ein.

Die Auswahl Solis Palmas als Präsident war ein wichtiger Schritt nach vorn für den progressiven Flügel der PRD, genannt „La Tendencia“, der das jüngste Entgegenkommen der Partei gegenüber dem rechten Flügel nicht unterstützt hat. Der ehemalige Präsident Eric Arturo Delvalle kam von der konservativen Republikanischen Partei und war Teil einer schwierigen Allianz mit der PRD.

Delvalle war von seinem Posten durch die Nationalversammlung abgewählt worden, nachdem er einen von den USA unterstützten erfolglosen Versuch unternommen hatte, General Noriega zu feuern. Das Weiße Haus hat versucht den Schein aufrechtzuerhalten, daß Delvalle der rechtmäßige Führer Panamas sei. Washington glaubt, eine Begründung für eine Fortsetzung seiner Intervention zugunsten einer „demokratischen“ Alternative zum Militär zu haben, indem es Delvalle als legitimen Präsidenten hochhält. Jedoch haben der konservative Delvalle und die als Bürgerkreuzzug bezeichnete Koalition rechtsgerichteter Gruppen, von denen einige Delvalle unterstützen, ihre politische Basis außerhalb des Bereichs der Geschäftsleute und Selbständigen nicht verbreitern können. (...)

Die unverhohlene Arroganz vieler US-Maßnahmen hat nationalistische Haltungen weiter verstärkt. So beschloß Panama z.B. die Ausweisung eines US-Diplomaten. Aber die USA weigerten sich, dem zu entsprechen und erklärten, sie würden nur Delvalle als rechtmäßiges Staatsoberhaupt Panamas anerkennen. (...)

Die US-Intervention hat die Politik in Panama polarisiert und revolutionäre Elemente, die sich der Grenzen der vorsichtigen,

reformistischen Führung der Regierung bewußt sind, sehen neue Möglichkeiten, eine kämpferische Basis unter der Arbeiterklasse und den Kleinbauern zur Verteidigung der nationalen Interessen aufzubauen.

Aber selbst wenn das Ziel der USA, die nationalistischen Kräfte zu entmachten, kurzfristig nicht erreicht werden kann und sich sogar als kontraproduktiv erweisen könnte, sind die Strategien des Außenministeriums weitsichtiger. Sie hoffen, daß die jetzige Kampagne sich in den Präsidentschaftswahlen von 1989 wirklich auszahlen wird. Selbst wenn es Washington nicht gelingt, die jetzige Regierung zu stürzen, hofft es, die Bedingungen schaffen zu können, unter denen ein gutfinanzierter US-freundlicher Kandidat nächstes Jahr gewählt werden und die Erfüllung der Kanalverträge vor 1990 gebremst werden kann.

Trotz des bisher ungünstigen politischen Kräfteverhältnisses in Panama, hält sich Washington seine militärischen Optionen offen. In Worten und Taten sind die USA bereits für eine direkte militärische Intervention in Stellung gegangen. (...) Seitdem die Kanalverträge in Kraft traten, haben die USA ihre Bestimmungen verletzt. US-Truppen beteiligen sich weiterhin an nicht erlaubten Militärmanövern. (Einer der Gründe für die Unzufriedenheit der USA mit Noriega und den Verteidigungskräften ist ihre Weigerung, daß Panama als Ausgangspunkt für eine geplante Invasion in Nicaragua benutzt wird.) Washingtons Propagandakampagne, die voller Geschichten über die schlechte Kanalverwaltung der Panamaer ist, zielt darauf ab, eine Rechtfertigung für eine fortgesetzte Militärpräsenz in der Region aufzubauen. Panama ist militärisch klar verwundbar, da jeder Versuch gegen US-Truppen auf eigenem Territorium vorzugehen, leicht als Provokation angesehen und als Rechtfertigung einer weiteren US-Intervention angesehen werden kann.

In einem solchen Fall wären natürlich die Verteidigungskräfte Panamas die einzige Streitmacht, die der Yankee-Operation im Weg stünde. Deshalb stellt sich die Aufgabe, eine Basis im Volk aufzubauen, die in der Lage ist, die Interessen Panamas politisch und militärisch zu verteidigen, als eine der wichtigsten dar, vor der die progressiven und revolutionären Kräfte im Land stehen.

(Quelle: Frontline, Oakland, 28.3.1988, S. 10)

Anzeige

**Bundesverband Die GRÜNEN – Internationaler Solidaritätsfonds**

## **Solifonds**

*Seit 1984 gibt es den SOLIFONDS als festen Bestandteil der internationalen Politik der Partei Die Grünen.*

*Die finanziellen Mittel des Fonds werden an Organisationen und Initiativen in der sogenannten 'Dritten Welt' vergeben, die für ihre Befreiung von Ausbeutung, Hunger und Repression kämpfen und an Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik, die diese Politik unterstützen.*

*Der SOLIFONDS will keine 'alternative Entwicklungshilfe' leisten, sondern politische Solidarität üben.*

*Gefördert werden Aktivitäten von Basisinitiativen, nichtstaatlichen Trägern und politischen Organisationen, für die sich andere GeldgeberInnen nicht begeistern können oder wollen.*

*Uns ist klar, daß unsere bescheidenen Mittel nicht die Welt verändern, aber wir wollen es uns nicht nehmen lassen, politische Zeichen zu setzen und internationale Solidarität auch praktisch werden zu lassen.*

*'Dritte-Welt-Politik' beginnt zunächst im eigenen Land, deshalb vergeben wir rund die Hälfte der Mittel an die hiesige Solidaritätsbewegung und Aktionsgruppen.*

*So wurden in letzter Zeit z.B. folgende Initiativen und Projekte unterstützt: „Najdeh“-Soforthilfe für Palästinenserlager im Libanon (10.000 DM); Chile-Frauenkalender (1.000 DM);*

*Informationsstelle Philippinen (5.000 DM); Öffentlichkeitsarbeit der National Democratic Front – NDF-Philippinen in Europa (16.000 DM); Veranstaltungszuschuß für das Mittelamerika-Komitee in Freiburg (910 DM); Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) – IWF- und Verschuldungskampagne (12.500 DM); Jazz gegen Apartheid, Frankfurt (1.200 DM);*

*Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg, Druckkostenzuschuß für Broschüre (1.500 DM); Faltblatt zum 50. Jahrestag der Bombardierung von Guernica (1.500 DM); Öffentlichkeitsarbeit in Israel zum Prozeß von M. Vanunu und Gideon Spiro (10.000 DM);*

*Der Vergaberat des SOLIFONDS wird gebildet von VertreterInnen der Grünen Landesverbände, der Bundestags- und Europafraktion und des Bundesvorstandes. Er trifft sich 4 mal jährlich in der Mitte des ersten Monats im Quartal. Anträge, die das Projekt vorstellen, einen Finanzierungsplan, die Höhe des beantragten Zuschusses, den Eigenanteil und Drittmittel enthalten, sind zu richten an:*

*Internationaler Solidaritätsfonds – Die Grünen, Postfach 20 18 26, 2000 Hamburg 20*

Heidi Czapek

# Wahlen durchkreuzen US-Politik

Bei den Parlaments- und Kommunalwahlen am 20. März d.J. in El Salvador hat sich nun bestätigt, was u.a. eine Umfrage der katholischen Universität San Salvadors (UCA) schon im Dezember 1987 ermittelt hatte: Die Unterstützung für die regierende Christdemokratische Partei (PDC) schwindet in der Bevölkerung.

Den 1984 gewählten Präsidenten Napoleon Duarte hält die Mehrzahl der Salvadorianer für unfähig, die Probleme des Landes zu lösen. Der Ausgang der jüngsten Wahlen war also für viele Beobachter des politischen Kräfteverhältnisses in El Salvador keine Überraschung.

Die Christdemokratie büßte ihre 1985 erzielte Mehrheit von 33 der 60 Sitze in der Nationalversammlung ein und konnte nur noch 23 Sitze erringen. Wahlsieger ist die rechtsextreme Nationalistische Republikanische Allianz (ARENA). Mit 30 Sitzen (vorher 13) errang sie die Hälfte der Abgeordnetenmandate und stellt künftig die Mehrzahl der Bürgermeister. <sup>1</sup> Eine persönliche Niederlage mußte Duartes Sohn Alejandro hinnehmen, der für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt kandidiert hatte. Die Wähler entschieden sich für den ARENA-Kandidaten Armando Calderon Sol und bereiteten damit der 24jährigen Geschichte christdemokratischer Bürgermeister ein jähes Ende. Auch die rechte Partei der Nationalen Versöh-

„Das Land wird unregierbar werden, mit der Kräftekonstellation, die jetzt entstanden ist.“

nung (PCN), die sich neuerdings mit einer sozialdemokratischen Aura umgibt und erklärt hatte, sie werde „Duartes Projekt in dessen letztem Amtsjahr unterstützen“ <sup>2</sup>, mußte Federn lassen.

Die in der Ende 1987 gegründeten Demokratischen Konvergenz (CD) zusammengeschlossenen Parteien Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNR), Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) – beide gehören auch der mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) verbündeten Revolutionären Demokratischen Front (FDR) an – und Sozialdemokratische Partei (PSD) hatten im Januar d.J. beschlossen, keine Kandidaten aufzustellen. Sie sehen die Bedingungen für demokratische Wahlen nicht gegeben, solange der Krieg andauert.

Die FMLN erklärt, sie werde „weder die Legitimität der Regierung, noch der Wahlen, noch der daraus erfolgenden Wahlergebnisse“ anerkennen und die Abstimmung stören. „Die Wahlen sind Teil des zum Aufstandsbekämpfungskrieg gehörigen politischen Planes und sind deshalb ein weiteres Ziel für unsere Aktionen.“ <sup>3</sup> Dies unterstrich sie seit Februar d.J. durch eine neue Offensive, die u.a. Anschläge gegen die Elektrizitätswirtschaft, Wirtschaftssabotage und Verkehrsstilllegungen beinhaltete.

Die Wahlen konnten deshalb nur unter allergrößten „Sicherheits“vorkehrungen abgehalten werden. San Salvador glich einer belagerten Stadt, überall im Land befand sich die Armee in höchster Alarmbereitschaft. Doch auch diese Maßnahmen konnten nicht verhindern, daß auch am Wahltag der Verkehr in den 14 Departements zu über 90% lahmgelegt wurde, daß in der Hauptstadt sechs Bomben explodierten und die Guerilla rund 80% der gesamten Stromversorgung des Landes „abschaltete“.

Unterstützt wurden die Forderungen der Guerilla von tausenden Salvadorianern, die gegen die Wahlen und für eine Verhandlungslösung demonstrierten. In San Salvador streikten städtische Arbeiter und Angestellte im Verein mit Studenten. In vielen Dörfern wurden Versammlungen abgehalten und Wahlkarten öffentlich verbrannt.

Daß immer weniger Salvadorianer eine Lösung der Probleme des Landes durch Wahlen erwarten, machte die geringe Wahlbeteiligung deutlich. Von 2,6 Mio Bürgern im wahlfähigen Alter hatten nur etwas über 800.000 gültige Stimmen abgegeben, fast 200.000 weniger als 1985 und 600.000 weniger als bei der Präsidentschaftswahl 1984. Der hohe Anteil der Nichtwähler ist ein weiteres Indiz für das Wachstum der Volksbewegung und der FMLN/FDR. Viele, die 1985 noch aufgrund der Reform- und Friedensversprechungen Duartes der PDC die Stimme gegeben hatten, gingen diesmal nicht zu den Urnen, trotz der persönlichen Risiken, die damit verbunden sind.

Daß die ARENA den Sieg davontragen konnte, „heißt zunächst einmal“, so der Europa-Vertreter der FMLN, René Rodriguez, „daß die Oligarchie dem gemeinsamen Projekt von Präsident Duarte und den USA die Unterstützung entzogen hat“ <sup>4</sup>. Grund für diesen Kurswechsel ist das Scheitern der Aufstandsbekämpfungspolitik. Weder gelang es, die FMLN militärisch zu bezwingen, noch die Wirtschaftskrise zu bremsen.

Außerdem konnten durch die Scheinreformen keine nennenswerten Teile des Volkes für die Duarte-Politik gewonnen werden. Angesichts dessen sind Unternehmer und Großgrundbesitzer nicht weiter bereit, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu dulden oder gar die „Reformen“ mitzufinanzieren.

Die ARENA macht sich diese Kritik zu eigen und hatte den Kampf für das „freie Unternehmertum“ und gegen die „sozialistischen Reformen“ Duartes auf ihre Fahnen geschrieben. Zu den kritisierten Maßnahmen gehörten etwa die Errichtung eines staatlichen Vermarktungsmonopols für Kaffee und der Versuch, durch eine Kriegsteuer die Unternehmer zur Finanzierung des Krieges mit heranzuziehen.

Am 3.12.1987 hatte Duarte seine ihm noch verbliebene Unternehmer- und Großgrundbesitzer-Klientel zusätzlich vergault, als es seiner Partei mit den Stimmen der PCN gelang, ein Agrarpaket im Parlament zu verabschieden. Es beinhaltete

ARENA-Führer R. D'Aubuisson, A. Christiani und A. Calderon Sol (vlnr.) nach ihrem Wahlsieg



ein Gesetz über die Durchführung der zweiten Phase der Agrarreform, eines über die Bildung der Komitees der Bauernorganisationen (COC) und eines über die freiwillige Übertragung von Agrarbesitz.

Nicht nur die meisten Bauernorganisationen stemmten sich gegen diese Gesetze, die sie als eine christdemokratische Augenwischerei beurteilen. Für die rechten Unternehmervereinigungen und die Agraroligarchie sind schon die darin vorgesehenen minimalen Zugeständnisse an die Bauern zuviel des Dirigismus.

Die durch das Scheitern der Aufstandsbekämpfungspolitik ausgelösten Widersprüche im herrschenden Lager spiegeln sich auch in der Armee wider. Ultrarechte Offiziere werfen Duarte-Sympathisanten vor, die regulären Beförderungsrichtlinien nicht zu beachten und die Schaltstellen der Macht innerhalb der Streitkräfte nur an ihresgleichen vergeben zu haben. Vize-Verteidigungsminister und Duarte-Anhänger Flores Lima war das erste prominente Opfer der Auseinandersetzungen. Er wurde im Januar d.J. von Rinaldo Golcher, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der „Policia de Hacienda“ und Chef der Todesschwadron „Maximilian Hernandez Martínez“ abgelöst. Dadurch rechnet sich die Oligarchie größeren Einfluß auf die Militärspitze und damit auf die Kriegführung aus.<sup>5</sup>

Innerhalb der Armee zweifelten erstmals im Mai 1987 der ARENA nahestehende Offiziersgruppen öffentlich die Fähigkeiten und die Professionalität der Militär-Oberen in der Aufstandsbekämpfung an. Seitdem reißt die Kritik nicht ab. Mit dem Sieg der ARENA dürften die Verfechter einer Eskalation des Krieges – auch gegen die legale Opposition – an Einfluß gewinnen.

Allein durch einen Kurswechsel der Oligarchie läßt sich der Erfolg der ARENA jedoch nicht erklären. Sie verstand es, durch Kritik an den unerfüllten Versprechungen der PDC auch Wählerstimmen aus der Mittelschicht zu gewinnen. Zu diesem Zweck versuchte sie, sich ein gemäßigteres Image zu geben.

Ihr eigentlicher Führer, Roberto D'Aubuisson, bekannt für seine aktive Rolle in den Todesschwadronen und verantwortlich für den Mord an Erzbischof Romero, trat zugunsten von Alfredo Cristiani, eines Absolventen der Washingtoner Georgetown-Universität, als Parteipräsident zurück. Durch nationalistisch gefärbte Parolen nutzte die ARENA außerdem die massive Unzufriedenheit über die Unterwerfung der PDC unter das Diktat Washingtons.

Eine weitere offene Wunde der Christdemokraten, in die die ARENA ihre Finger legte, ist die wachsende Korruption. Kurz vor den Wahlen wurde aufgedeckt, daß der Leiter des sog. Wiederaufbauprogramms CONARA, der Christdemokrat und Intimus Alejandro Duarte, Luiz Mejia Miranda, von 10 Mio \$, die die US-Behörde für Internationale Entwicklung (AID) zur Verfügung gestellt hatte, kurzerhand 2 Mio in seine eigene Tasche gesteckt hatte. Dafür mußte er zwar seinen Hut nehmen, kandidierte aber auf einem oberen Listenplatz seiner Partei. Daß dies kein Einzelfall ist, bestätigte ein christdemokratischer Führer: „Wir fügen der Demokratie mehr Schaden durch die Korruption zu, als die Guerilleros durch den Krieg.“<sup>6</sup>

Die Frage des Dialogs mit der FMLN/FDR über eine Verhandlungslösung des Krieges spielte im Wahlkampf kaum eine Rolle. Die ARENA lehnt diese Gespräche seit jeher ab und Duarte dienten sie in der Vergangenheit allenfalls zur eigenen Imagepflege. Die FMLN/FDR hatte dem Präsidenten zuletzt am 11. Februar d.J. angeboten, die seit Oktober 1987 ausgesetzten Gespräche wiederaufzunehmen und die Arbeit in den beiden damals vereinbarten Esquipulas-Kommissionen fortzusetzen. Duarte lehnte jedoch kategorisch ab und betete die alte Litanei herunter, die FMLN solle die Waffen niederlegen, sich in den „demokratischen Prozeß“ eingliedern und die Amnestie annehmen.

Zu einer solchen Kapitulation besteht für die FMLN/FDR nach den Wahlen erst recht kein Anlaß. Ihre Aktionen haben deutlich gemacht, daß die Guerilla mittlerweile in der Lage ist, in allen Provinzen zu operieren. Beleg für ihre wachsende Kampfkraft sind auch die gestiegenen Verluste der Streitkräfte: Mit 8.865 Toten und Verwundeten gab es 1987 die höchste Quote seit einem halben Jahrzehnt. Die hohe Wahlenthaltung macht zudem deutlich, daß die Zustimmung für eine Verhandlungslösung, die eine Demokratisierung des Landes, soziale Reformen und eine Machtbeteiligung der FMLN/FDR beinhaltet, wächst.

Mit dem rechten Wahlsieg ist eine Situation entstanden, die es den USA erschweren wird, ihre bisherige Politik fortzusetzen. Sollte es der ARENA gelingen, ihre Vorstellungen durchzusetzen, so würde darunter die internationale und nationale Glaubwürdigkeit des Regimes leiden.

Eine Eskalation des Krieges, wachsender Terror gegen Volksorganisationen und die Absage an jegliche Scheinreformen würden die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die USA und andere Staaten erheblich erschweren. Da eine solche Politik außerdem im Gegensatz zum mittelamerikanischen Friedensabkommen stünde, würde sich



Die ARENA setzt auf einen stärkeren Einsatz der Armee

das Regime in der Region isolieren und die Propaganda gegen Nicaragua erschwert werden.

Wachsende Konflikte zwischen dem Parlament und Präsident Duarte sowie mit den USA sind durch das parlamentarische Patt vorprogrammiert, auch wenn die Reagan-Administration noch gute Miene zum bösen Spiel machte und die Wahlen als „großen Sieg für die Demokratie“ bezeichnete.<sup>7</sup> „Dieses Land wird unregierbar werden mit dieser Kräftekonstellation, die jetzt entstanden ist“, beschreibt das Mitglied des FMLN-Generalkommandos Joaquin Villalobos die jetzt entstandene Lage.<sup>8</sup>

Damit wachsen aber auch die Chancen der Befreiungsbewegung, da die Legitimität ihres Kampfes zunimmt und sich die Bündnismöglichkeiten mit Kräften, die sich der Mitte des politischen Spektrums zurechnen, verbessern dürften.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Time, New York, 4.4.1988
- 2) Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 19.3.1988
- 3) El Salvador Report, Bonn, März 1988, S. 10 und 12
- 4) taz, 24.3.1988
- 5) Vgl. Informationsbüro Nicaragua, Informationsstelle El Salvador, Rundbrief Nr. 2-3/1988, S. 31
- 6) U.S. News & World Report, Washington, 21.3.1988
- 7) US-Außenministeriumssprecher Charles Redman, Zit. nach: El Pais, Madrid, 23.3.1988
- 8) Interview mit Joaquin Villalobos in: Sonderpressdienst Radio Venceremos, Köln, o.D.

Horst-Eckart Gross

# Reagans Menschenrechtskreuzzug gescheitert

Wie schon 1987 versuchten die USA auch bei der diesjährigen Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf, Kuba an den Pranger zu stellen. Selbst Verbündete der USA reagierten pikiert auf die unverhohlene Politisierung, mit der die Ansprüche der Kommission souverän mißachtet wurden.

Dabei war die Kritik von US-Präsident Reagan an der Haltung seines Vorgängers Carter zu Menschenrechtsfragen ein zentraler Punkt seines Programms. So heißt es in der strategischen Grundlage der Reagan-Administration, dem „Dokument von Sante Fé“ vom Mai 1980: „Die Menschenrechtspolitik ... wirkt sich negativ auf den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit in der Region aus... Wenn sich die USA auf eine Außenpolitik beschränken, die sich für den Frieden, die Stabilität und das Heraushalten des Kommunismus aus Amerika einsetzt, dann wird es ausreichend Gelegenheit geben, um die Achtung der konkreten bürgerlichen Freiheiten und eine wirtschaftliche Verbesserung für alle Völker Amerikas voranzutreiben.“<sup>1</sup>

Spätestens 1986 war die Reagan-Administration zu der Einsicht gelangt, daß mit den Menschenrechten insbesondere in den westeuropäischen Ländern auch liberale Kräfte gegen die sozialistischen Staaten mobilisiert und in Massenmedien wirk-

same Kampagnen durchgeführt werden können. Ein Beispiel dafür war der kubanische „Dichter“ Armando Valladares (siehe Kasten). Von Bedeutung war sicherlich auch die erfolgreiche Kampagne in internationalen Gremien gegen die UdSSR wegen Afghanistan.

So wurde dann am 10. Dezember 1986 im Weißen Haus die Verpflichtung der USA gegenüber den Menschenrechten feierlich von Reagan erneuert. Damit kein Zweifel aufkam, was gemeint war, nannte er die Länder, die angeprangert werden müßten: Kuba und die UdSSR – in dieser Reihenfolge.<sup>2</sup>

Im Februar 1987 wurde dann versucht, vor der UN-Menschenrechtskommission eine Verurteilung Kubas zu erreichen. Ein Kronzeuge wurde aufgeföhren, der 22 Jahre lang in kubanischen Kerkern angeblich gefoltert worden war: Armando Valladares. Kuba wies die Verleumdung zurück und konterte mit einem Antrag auf Verurteilung der USA.

Eine Mehrheit fand ein Nichtbefassungs-Antrag Indiens, der mit 19 gegen 18 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen wurde. Dies bedeutete eine Niederlage für die USA, konnten sie doch ihr erklärtes Ziel nicht erreichen, Kuba verurteilen zu lassen.

Die im Februar 1988 beginnende Sitzung der Menschenrechtskommission wurde von den USA intensiv vorbereitet. Valladares wurde nun US-Delegationsleiter, an sich ein Skandal: Ein als Terrorist verurteilter Kubaner wurde zum US-Botschafter für Menschenrechte ernannt.

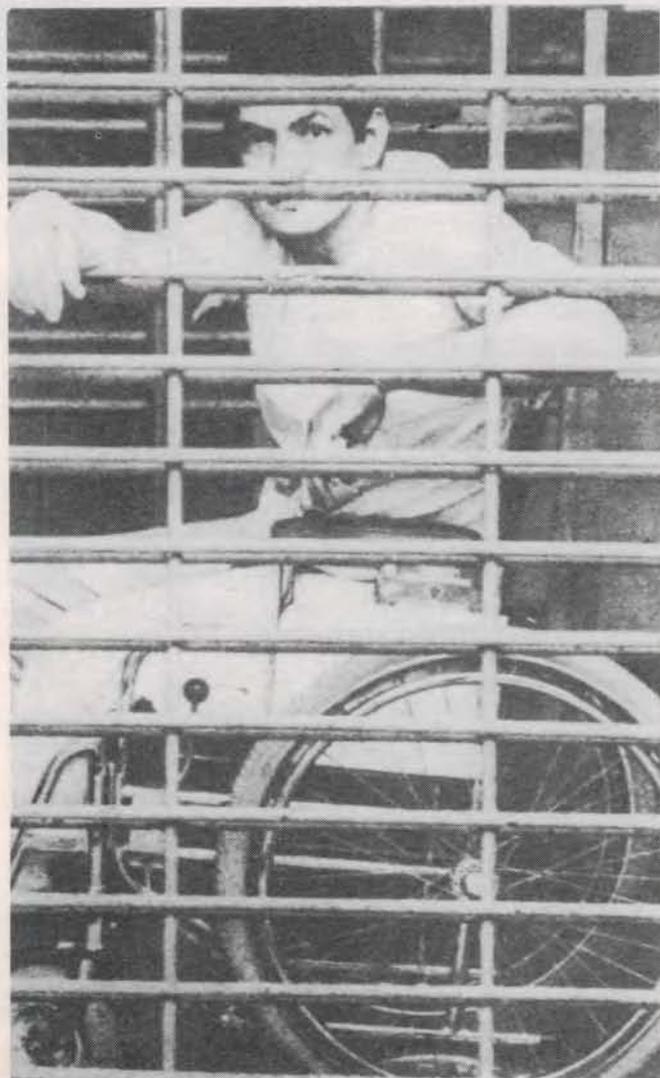
Die kubanische Regierung verstärkte ihre Bemühungen, die Fakten über Valladares bekannt zu machen. US-Außenminister Shultz forderte daraufhin in einem geheimen Fernschreiben alle US-Botschaften auf, ihrerseits „Fakten“ über Valladares zu propagieren. Die kubanische Regierung gelangte in den Besitz dieses Fernschreibens und legte es der Öffentlichkeit vor, zusammen mit einer Gegendarstellung der 15 Lügen des State Department.<sup>3</sup>

Die Veröffentlichung bewies, daß die USA wo immer möglich Druck ausübten, um eine Verurteilung Kubas zu erreichen. So bot US-Staatssekretär Gelbard in Argentinien für die Unterstützung in Genf eine „substantielle“ Reduzierung der Schulden sowie die Aufhebung des seit dem Malwinen-Krieges bestehenden Waffenembargos an.<sup>4</sup> Ein afrikanischer Botschafter, der nicht genannt werden wollte, beklagte gegenüber der spanischen Presse-Agentur EFE den massiven Druck der USA.<sup>5</sup>

Und der kubanische Delegationsleiter Roa Kouri konnte unwidersprochen in Genf berichten, daß bei einem Treffen der USA mit den westeuropäischen Verbündeten Valladares die Bedeutung der Verurteilung Kubas unterstrichen hatte. Er verwies darauf, daß der Antrag Indiens im vergangenen Jahr mit der Streichung von Handelskrediten in Höhe von 15 Mio \$ bestraft worden sei.<sup>6</sup> Von der Glaubwürdigkeit der eigenen Argumente wohl selber wenig überzeugt, verteilte die US-Delegation Schmiergelder, einzelne Personen erhielten bis zu 50.000 \$.<sup>7</sup>

Parallel zu den diplomatischen Aktivitäten wurde eine Gruppe von „Menschenrechtlern“ in Kuba aktiv – sicherlich zufällig in genauer zeitlicher Abstimmung mit den US-Aktivitäten. Hungerstreiks von Kubanern meldeten die Agenturen, die Hungerstreikenden waren jedoch nicht zu sehen. Die kubani-

A. Valladares: nicht gelähmt und kein Dichter



schen „Menschenrechtler“ sprachen von willkürlicher Gefangennahme, Folter, Toten und sogar von 18 „Verschwundenen“.

Wenig später wiesen kubanische Institutionen die Behauptungen Punkt für Punkt zurück. So wurden 12 der angeblich „Verschwundenen“ zum Tode verurteilt, teilweise bereits 1962. Weitere drei haben Selbstmord begangen, einer erlitt in Freiheit einen tödlichen Unfall und zwei angeführte Namen sind unbekannt.<sup>8</sup> Gehandelt wurde auch der „Fall“ der Richterinnen González Escalona, die im vergangenen Jahr verurteilt wurde wegen angeblicher „politischer Unzuverlässigkeit“. Darüber ist selbst die Richterin empört, die erklärte, daß sie wegen Dokumenten-Fälschung verurteilt worden sei.<sup>9</sup>

Weiterhin machte Kuba die Meinungen zahlreicher ausländischer Besucher publik, die sich in kubanischen Gefängnissen über die Vollzugsbedingungen informiert hatten. So zeigten sich die Abgeordneten des EG-Parlaments, Bannotti (Irland) und Balfe (Großbritannien), erstaunt über die guten Bedingungen des Strafvollzuges.<sup>10</sup> Sie konnten sich frei mit den Gefangenen unterhalten und erhielten nicht den geringsten Hinweis auf Folter und Mißhandlungen. Mittlerweile gehen fast täglich ausländische Delegationen in den kubanischen Gefängnissen ein und aus. Sie unterhalten sich ungezwungen sowohl mit normalen Strafgefangenen wie auch mit den 458 Personen, die heute eine Strafe wegen konterrevolutionärer Aktivitäten – in der Regel bewaffnete Aktionen – verbüßen. Dennoch reden die USA wider besseres Wissen immer noch von mehr als 15.000 politischen Gefangenen, die alleine wegen ihrer Meinung verurteilt worden seien und unter grausamen Bedingungen in den kubanischen Strafanstalten vegetieren müßten. Unterstützung finden sie bei dieser Desinformationskampagne bei der Bundesregierung.

So äußerte sich kürzlich vor der UN-Menschenrechtskommission der Leiter der BRD-Delegation, der ehemalige Justizminister Dr. Jaeger, wegen seiner vehementen Plädoyers für die Todesstrafe auch als „Kopf-ab-Jaeger“ bekannt: „Die Menschenrechtslage in Kuba gibt uns weiterhin Grund zu großer Besorgnis und Kritik. Zwar ist anzuerkennen, daß die kubanische Regierung mit einigem Erfolg um die Alphabetisierung der Landbevölkerung und um ein friedliches Zusammenleben aller Rassen bemüht ist, aber die internationale Gemeinschaft



Die Folterhöhlen des Diktators Batista sind heute Museen

kann nicht hinnehmen, daß der Bevölkerung individuelle und politische Rechte vorenthalten bleiben. Die Berichte ehemaliger Strafgefangener zeichnen ein erschütterndes Bild.“<sup>11</sup>

Falsche Aussagen, Desinformation, Rückendeckung durch servile Verbündete, Medienkampagnen, politische Erpressung, wirtschaftliche Sanktionen und Schmiergelder führten die USA in Genf nicht zu dem gewünschten Ziel. Der von den USA vorgelegte Resolutions-Entwurf forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Menschenrechtsverletzungen in Kuba. Dagegen griffen Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru das Angebot Kubas auf, daß fünf Mitglieder der UN-Menschenrechtskommission sich in Kuba umfassend über die Menschenrechte informieren können. So massiv war die Unterstützung für diesen Vorschlag, daß er durch Konsens angenommen wurde – damit mußte selbst die US-Delegation diesen taktisch brillanten Schachzug Fidel Castros akzeptieren.

Die Freude über die Niederlage der USA war besonders bei den lateinamerikanischen Delegationen unverhohlen. Es soll sogar Mitglieder der US-Delegation gegeben haben, die sich nicht einmal klammheimlich gefreut haben, sind doch bis heute viele Karriere-Diplomaten ungehalten über die von Reagan persönlich angeordnete Ernennung eines dubiosen Ex-Bombenlegers zum Botschafter der USA.

Erneut haben die USA eine Schlappe in ihrem Kreuzzug gegen Kuba erlitten. Deutlich wurde, daß insbesondere die lateinamerikanischen Staaten sich dem massiven Druck der USA nicht mehr beugen. Die Reaktion Washingtons: Massive Anschuldigungen insbesondere gegen Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru. So sei die Haltung Argentinien „destruktiv“ gewesen und die vier Länder „hätten nur Kuba wieder einmal retten wollen“.<sup>12</sup>

Sicher ist, daß die USA weiterhin ihre Kampagne wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Kuba führen werden, und so dürften auch in den Medien unseres Landes bald neue Grusel-Geschichten zu erwarten sein.

#### Anmerkungen:

- 1) Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, herausgegeben vom ASK, Frankfurt 1981, S. 13
- 2) Vgl. U.S. Department of State, Renewing the U.S. Commitment to Human Rights, Special Report Nr. 164, Washington, S. 2
- 3) Vgl. Granma, Havanna, 25.2.1988
- 4) Vgl. El Pais, Madrid, 21.2.1988
- 5) Vgl. Granma, 5.3.1988
- 6) Siehe: Raul Roa Kouri, Ansprache am 8.3.1988 vor der UN-Menschenrechtskommission, vervielfältigtes Manuskript, S. 4
- 7) Vgl. Granma Resumen Semanal, Havanna, 14.2.1988
- 8) Vgl. Fernschreiben Nr. 244-263 von Prensa Latina, Havanna, 4.2.1988
- 9) Vgl. Granma Resumen Semanal, 14.2.1988
- 10) Vgl. Granma und Granma Resumen Semanal, 14.2.1988
- 11) Dr. R. Jaeger, Rede zu TOP 12 der 44. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission, vervielfältigtes Manuskript, S. 4
- 12) Granma, 22.3.1988

## Armando Valladares

### Vom Terroristen zum US-Botschafter

Geboren 1936 in Pinar del Rio, Kuba. Um am 7.10.1957 in die Polizei der Batista-Diktatur aufgenommen zu werden, fälscht er seine Geburtsurkunde, da er noch nicht das notwendige Alter erreicht hatte. Da ihm nach dem Sieg der kubanischen Revolution keine Verbrechen nachgewiesen werden, wird er aus dem Polizei-Dienst entlassen und erhält einen Arbeitsplatz im Fernmeldeministerium.

Am 29.12.1960 nimmt man ihn zusammen mit 16 weiteren Mitgliedern einer terroristischen Organisation fest, die mit Sprengstoffanschlägen gegen die Zivilbevölkerung auf den Sturz der revolutionären Regierung hinarbeitete. Bei den Bombenlegern werden große Mengen von Sprengstoff „Made in USA“ gefunden. Valladares wird zu einer 30jährigen Haftstrafe verurteilt, die 1973 auf 25 Jahre reduziert wird. Während der Haft baut er sich mit Hilfe der US-Medien zum gelähmten Dichter auf, der – nach Folterungen und Entbehrungen an den Rollstuhl gefesselt – Gedichte schreibt, amnesty international, PEN, berühmte Intellektuelle setzen sich für den Gelähmten ein, der nachts aus seinem Rollstuhl springt und sich mit Gymnastikübungen fit hält. Die französische Regierung engagiert sich für die Freilassung Valladares'. Regis Debray, persönlicher Berater des französischen Präsidenten, fliegt nach Havanna und erreicht, daß Valladares 1982 auf freien Fuß gesetzt wird. Sechs Jahre später urteilt Debray: „Ich erreichte die Freilassung eines gelähmten kubanischen Dichters, verurteilt wegen seiner Meinung... Das Strafmaß war hart, aber die Straftat war nicht eine Meinung, der Mann war kein Dichter, der Dichter war nicht gelähmt, und der Kubaner ist heute US-Amerikaner.“ (Les Masques, Paris 1988)

Peter Garcia

# Demokratisierungschance vertan

Am 13. März d.J. wählten die Kolumbianer zum ersten Mal ihre Bürgermeister direkt. Damit wurde die undemokratische Tradition der Ernennung der Bürgermeister durch die Provinzgouverneure beendet. Die Wahlen wurden jedoch nicht zu dem demokratischen Erfolg, den sich viele Kolumbianer gewünscht hatten.

Die Mord- und Einschüchterungskampagne gegen linke Politiker nahm einen solchen Umfang an, daß es die oppositionelle Patriotische Union (UP) nur noch in einem Zwanzigstel der Gemeinden wagte, eigene Bürgermeisterkandidaten aufzustellen. Auch die Wähler merkten, daß sie einmal mehr für ein Wahlspektakel mißbraucht werden sollten: Die Mehrheit – 52% – nahm gar nicht erst an den Wahlen teil. 1986 waren „nur“ 39% den Wahlen ferngeblieben.<sup>1</sup>

Kennzeichnend für die erste Direktwahl der Bürgermeister ist ferner, daß die Ergebnisse der einzelnen Parteien kaum ihren wirklichen politischen Einfluß widerspiegeln. Insgesamt wurden 1.009 Bürgermeister gewählt. Davon stellen die Liberalen 431, die Konservativen 415 und die UP 19. Die restlichen Bürgermeisterposten wurden von Unabhängigen besetzt.

Ein völlig anderes Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen Parteien ist aus dem Ergebnis der Wahlen der 10.451 Gemeinderäte und 421 Abgeordneten zu den Provinzparlamenten ersichtlich, die gleichzeitig zur Bürgermeister-Direktwahl stattfanden. Die Liberalen behaupteten sich hier mit fast 46% als stärkste Partei, gefolgt von den Konservativen mit 32% und der UP mit 0,7%.

Das schlechte Abschneiden der UP bei diesen Wahlen ist auch auf den Terror

von rechts zurückzuführen. In den letzten sechs Monaten vor den Wahlen wurden mehr als 100 Gemeinderats- und 29 Bürgermeisterkandidaten der UP ermordet.<sup>2</sup> Deshalb hatte sie es vorgezogen, Wahlbündnisse einzugehen oder fortschrittliche Kandidaten anderer Parteien zu unterstützen. So sind zu den 19 Bürgermeistern der UP weitere 70 hinzuzuzählen, die aufgrund eines Wahlbündnisses mit der UP gewählt wurden.

Der relative Mißerfolg der Liberalen bei den Bürgermeisterwahlen hat dagegen andere Ursachen. Nicht nur, daß die Konservative Partei fast genau so viele Bürgermeister stellt, wie die Liberalen – sie gewannen auch die beiden wichtigsten Städte des Landes, die Hauptstadt Bogotá und die Industriestadt Medellín. Besonders schmerzlich für die Liberalen ist der Verlust Bogotás. Traditionell ist der Posten des Bürgermeisters der Hauptstadt ein Sprungbrett für zukünftige Staatspräsidenten. Der Wichtigkeit nach steht der Bürgermeister Bogotás in der politischen Hierarchie Kolumbiens an zweiter Stelle hinter dem Präsidenten.

Dabei wäre es der Liberalen Partei ein Leichtes gewesen, mit der Gesamtzahl ihrer Stimmen einen Wahlsieg des konservativen Kandidaten zu verhindern. Das scheiterte jedoch an den Flügelkämpfen innerhalb der Partei. So gewann dann der konservative Kandidat Andrés Pastrana mit 324.275 Stimmen vor seinen beiden liberalen Konkurrenten Juan Martín Caicedo (236.567 Stimmen) und Carlos Ossa (215.704 Stimmen).

Caicedo ist konservativ und Vorsitzender des Unternehmerverbandes „Federación Nacional de Comerciantes“. Als offizieller Kandidat wurde er vom rech-

ten Flügel der Liberalen Partei unterstützt. Sein liberaler Gegenkandidat Ossa hatte seine demokratische Gesinnung als ehemaliger Präsidentenberater bei der Kampagne zur „Nationalen Versöhnung“ und beim Dialog mit den Guerilleros bewiesen.

Hinter seiner Kandidatur stand die nach links tendierende Fraktion von Neuer Liberalismus und die Gruppierung um das Mitglied der Nationalen Leitung der Liberalen, Ernesto Samper. Da der Stimmenunterschied zwischen den beiden liberalen Kandidaten nicht sehr groß war, ist ein Ende der Flügelkämpfe vorerst nicht abzusehen.<sup>3</sup>

Es wäre zu einfach, den Wahlerfolg Pastranas damit abzutun, daß der 33jährige Jurist, Journalist und Abgeordnete der reiche Sohn eines ehemaligen konservativen Präsidenten ist. In Kolumbien nennt man smarte politische Aufsteiger mit Beziehungen wie Pastrana „Delfine“. Andrés Pastrana hat sich aber als Produzent kritischer Fernsehfilme auch selber einen Namen gemacht.

Für einen Film über die „Gamines“, die Straßensängerinnen Bogotás, und für einen Film über die kriminellen Aktivitäten der Rauschgiftmafia erhielt Pastrana zweimal in Spanien den Journalistenpreis „Rey de España“. Seine Gegnerschaft zur Rauschgiftmafia brachte ihm im Januar d.J. eine Entführung ein, aus der er erst nach sieben Tagen durch ein Sonderkommando der Polizei unverletzt befreit werden konnte.<sup>4</sup>

Pastranas Ideologie könnte als „sozial-katholisch“ bezeichnet werden: Er will mehr soziale Gerechtigkeit, ist gegen die Rauschgiftmafia und die Todesstrafe, aber auch gegen Abtreibung und Scheidung. Zu seinem Wahlerfolg kommen-

A. Pastrana (l.), konservativer Wahlsieger in Bogotá; Opfer der paramilitärischen Gruppen in Medellín (r.)



tierte übrigens „Die Welt“ vom 18.3.1988: „Es half Pastrana, daß er durch die Entführung ... zu einer Art Volksheld wurde.“ In Kolumbien gibt es sogar Stimmen, die an der Echtheit der Entführung zweifeln.

Die Drogenmafia hat nicht nur dazu beigetragen, Pastranas Wahlchancen zu verbessern. Sie lieferte durch die Ermordung des Generalstaatsanwalts Carlos Mauro Hoyos im Januar d.J. der Regierung auch den unmittelbaren Vorwand für die Verkündung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung des Terrorismus.

Dieses „Statut zur Verteidigung der Demokratie“ beinhaltet eine erhebliche Verschärfung der bestehenden Gesetzgebung. Nunmehr ist auch die „Befürwortung“ des Terrorismus und die „Bedrohung der Bevölkerung“ unter Strafe gestellt. Die maximale Gefängnisstrafe für eine aktive Teilnahme wurde auf 30 Jahre verlängert.

Weitere Kernpunkte sind: Überwachung des Telefon- und Postverkehrs, Beschränkung der Berichterstattung in den Massenmedien, damit „die Täter keine unerwünschte Resonanz in der Öffentlichkeit erhalten“, verstärkte Belohnung und Schutzmaßnahmen bis hin zu einer

**Das schlechte Abschneiden  
der Patriotischen Union ist  
auf den rechten Terror  
zurückzuführen**

neuen Identität für Informanten, eine sog. „finanzielle Entschädigung“ für Terroristen, die reuemütig mit der Justiz zusammenarbeiten, die Verkürzung der Verfahren auf maximal 40 Tage und die Verstärkung der Justiz durch 4.993 neue Beamte. Wie Präsident Virgilio Barco selbst im Rundfunk bekanntgab, hatten u.a. die bundesdeutschen Notstandsgesetze Pate gestanden.

Die Öffentlichkeit reagierte unterschiedlich auf das neue Statut. Während rechte Politiker und Militärs Beifall klatschten, warnten andere Politiker davor, daß das Statut auch eingesetzt werden kann, um legale Aktivitäten der Opposition zu unterdrücken.<sup>5</sup> Und während es kaum Zweifel daran gibt, daß das neue Statut mit voller Schärfe gegen die Guerilla-Bewegungen des Landes eingesetzt werden wird, ist das Vertrauen in die Absicht der Regierung weitaus geringer, die Rauschgiftmafia und die rechten Killerbanden ebenso entschieden zu bekämpfen.

Die Regierung weiß sehr wohl, daß die Drogenhändler jährlich mindestens 4 Mrd \$ ins Land bringen.<sup>6</sup> Ohne diese Gelder hätte Kolumbien im letzten Jahr kaum ein Wirtschaftswachstum von 5%

erzielt. Die bereits vereinbarte Auslieferung der Drogenbosse an die USA wurde inzwischen vom Obersten Gericht Kolumbiens untersagt, da angeblich der Auslieferungsvertrag mit den USA nicht verfassungskonform sei.

Generalstaatsanwalt Hoyos war nicht zuletzt auch deshalb von der Rauschgiftmafia umgebracht worden, weil er sich für eine Revision dieses Urteils eingesetzt hatte. Obwohl alle Führer der Rauschgiftmafia namentlich bekannt sind, können sie relativ ungestört ihren Geschäften nachgehen, Grundstücke kaufen usw. Wird dann – mehr zufällig – doch einmal einer der ganz Großen geschnappt, läßt ihn irgendein untergeordneter Richter „irrtümlicherweise“ nach ein paar Tagen wieder frei. So geschehen mit Jorge Luis Ochoa, einem der vier Rauschgiftkönige des Landes.<sup>7</sup>

Ein weiteres Indiz für das Entgegenkommen gegenüber der Drogenmafia ist auch der Fall des neuen Generalstaatsanwaltes Alfredo Gutierrez Marquez. Er hatte im Februar d.J. Verhandlungen mit den Rauschgiftbaronen vorgeschlagen und die Möglichkeit erwogen, den Drogenhandel zu legalisieren, damit der Staat einen Anteil am Profit erhalte. Ende März d.J. mußte er seinen Hut nehmen, nachdem Geschäftsbeziehungen seines Bruders zur Drogenmafia entdeckt worden waren.

Auch ein rigores Vorgehen gegen die rechten Killerbanden ist wenig wahrscheinlich – sind doch viele der Mörder bekannt und in den Reihen der Polizei oder des Militärs zu finden. In den letzten sechs Wochen vor den Wahlen waren in Hochburgen der UP mehrere Gemetzel veranstaltet worden: In Urabá wurden 26 Bananenarbeiter nachts aus ihren Betten geholt und erschossen. Männer mit Kapuzen ermordeten in Piñalito mit Maschinengewehrsalven 13 Bauern. In der Nähe von Barrancabermeja erschöß eine Gruppe von Unbekannten ebenfalls 13 Bauern und warf ihre Leichen dann in den Magdalenafluß.<sup>8</sup>

Da diese drei Gebiete militärisch kontrolliert werden, gibt es überall Militärkontrollen und -patrouillen. So kommt nur jemand durch, der einen Passierschein hat – oder selbst Militärangehöriger ist. Bis heute wurde – trotz des neuen Statuts – keines der drei Massaker aufgeklärt. Also auch hier, wie gehabt. Das „Handelsblatt“ überschrieb kurz vor der Wahl einen Bericht zur Situation in Kolumbien mit den Worten: „Rechtsradikale Killerkommandos veranstalten Jagd auf linke Kandidaten – Erste Kommunalwahlen verlieren durch anhaltende Terrorwelle ihren Wert.“<sup>9</sup> Diese Einschätzung ist sicher richtig. Und schon jetzt haben die Killer verlauten lassen, daß keiner der gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte der UP, die der Gue-

rilla-Organisation FARC nahesteht, das Ende seiner Amtszeit erleben wird.

Wieder wurde eine Möglichkeit zur Demokratisierung der politischen Strukturen des Landes vertan. Die Wahl hat nicht dazu beigetragen, den Friedensprozeß im Land zu stärken. Und die Zahl der Guerilleros, die sich nach diesen Erfahrungen die Frage nach dem Sinn von Legalität und Parlamentarismus stellen, wird wieder zunehmen.

**Anmerkungen:**

- 1) Angaben nach: Latin America Weekly Report, London, 24.3.1988
- 2) Siehe: International Herald Tribune, Paris, 16.3.1988
- 3) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 15.3.1988
- 4) Vgl. EP, 20.1.1988
- 5) Siehe: Granma, Havanna, 12.2.1988
- 6) Vgl. EP, 31.1.1988
- 7) Siehe: Le Monde, Paris, 12.3.1988
- 8) Vgl. EP, 13.3.1988 und Granma, 5.2.1988
- 9) Handelsblatt, 11.3.1988

**SOFORT BESTELLEN!**

Marc Edelman, Klaus Fritsche

**Weder Schaf noch Wolf**

Sowjetunion — Lateinamerika  
1917 bis 1987

Das neue ila-Taschenbuch behandelt ein Thema, dem die Solidaritätsbewegung bisher praktisch keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Der sehr materialreiche und komprimierte Text behandelt:

– die wechselvolle Geschichte der Beziehungen zwischen KPdSU und Komintern und den lateinamerikanischen Kommunisten;

– die zahlreichen und vielfältigen Versuche der Sowjetunion in Lateinamerika politisch Fuß zu fassen;

– die sowjetische Entwicklungshilfe in Lateinamerika und die sowjetischen Handelsbeziehungen vor allem mit Brasilien, Argentinien und Peru;

– die besonderen Beziehungen der Sowjetunion zu Kuba

– das sowjetische Engagement für Nicaragua.

Das 130 Seiten dicke Buch kostet ganze DM 12,80

Zu beziehen bei der  
ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1  
(am besten in bar oder V-Scheck mit der Bestellung, das spart Arbeit!)  
oder in linken Buchläden.

Jürgen Ostrowsky

# Das De-facto-Verbot der Anti-Apartheid-Organisationen

Die Ausgabe der südafrikanischen Wochenzeitung „Weekly Mail“ vom 25. Februar d.J. erschien mit einer Titelseite fast ganz in Schwarz, darin in großen weißen Blockbuchstaben das Wort BANNED! – verboten. Kleiner darunter die Erläuterung: „Der Staat dabei, die Volksbewegung zu zerschlagen.“

Genau genommen handelte es sich bei dem Notstandsdekret des Apartheidregimes gegen 17 Widerstandsorganisationen um kein formelles Verbot: Die betroffenen Organisationen dürfen weiter bestehen, ja, in einer die Paranoia des Systems reflektierenden Klausel heißt es sogar ausdrücklich, die Bestimmungen des Erlasses enthöben die Gruppierungen keineswegs der Verpflichtung, gerichtlichen oder gesetzlichen Anordnungen nachzukommen. Verboten wurde den Organisationen „nur“ die politische Betätigung – eine Anordnung, die spezifisch an den Gewerkschaftsdachverband COSATU erging; letzterer habe sich auf „rein gewerkschaftliche“ Aktivitäten zu beschränken.

Faktisch indessen hatte das Botha-Regime damit die gesamte politische Opposition außerhalb der weißen Bevölkerungsgruppe mundtot gemacht – wie schon 1960 mit dem Verbot von Afrikanischem Nationalkongreß (ANC) und Panafrikanischem Kongreß (PAC) sowie 1977 mit dem Bann gegen ebenfalls bereits 17 Organisationen. Was der Minister

Auch wenn im Fall der „Sharpeville 6“ ein Aufschub der Hinrichtung erwirkt wurde, geht das „legale“ Morden des Apartheidregimes weiter

für Recht und Ordnung, Vlok, als erforderlich für die Wahrung „der öffentlichen Sicherheit sowie die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ deklarierte, bezeichnete Bischof Tutu so: „Viele Menschen werden dies als eine Kriegserklärung ansehen.“

Die Frage war zwangsläufig, warum Pretoria ausgerechnet jetzt zu diesem Schlag ausholte, wo doch angeblich die „Unruhen“ nach Massenverhaftungen, Blutbädern auf den Straßen der Townships und dem SA-Terror der schwarzen „Vigi-

lante“-Banden gegen Angehörige der Widerstandsbewegung (dies alles hinter dem Vorhang einer nahezu totalen Zensur) „eingedämmt“ und der Weg wieder frei schien für den Einbau von Kollaborateurstalten in das System?

Eben weil Letzteres zu Recht als keineswegs so problemlos angesehen wurde, wie es das Regime gern gesehen hätte. Und dies, weil der gesamte Staatsterrorismus den politischen Widerstandswillen der schwarzen Mehrheit nicht hatte brechen können und dieser sich in den Organisationen manifestierte, deren politische Reife rasant zugenommen hat. So bezog das De-facto-Verbot, angefangen vom Bündnis Vereinigte Demokratische Front (UDF) mit seinen über 600 Mitgliedsorganisationen über den Jugendverband SAYCO, der erst vor knapp einem Jahr gegründet worden war, bis hin zur Kampagne für die Freilassung Mandelas (RMC), fast alles ein, wo die Regierung Gegnerschaft gegen die Apartheid vermuten durfte, und damit auch gegen ihre Pläne, dieses mörderische System zu modernisieren.

Blieben die großen Kirchengemeinschaften (siehe auch Beitrag R. Brückners; d. Red.), der anglikanisch-protestantische Kirchenrat (SACC) und die katholische Bischofskonferenz (SACBC) – freilich nicht lange ungeschoren. Ein Komitee zur Verteidigung der Demokratie, gebildet auf Initiative von Reverend Allan Boesak, Bischof Tutu und weiteren Kirchenführern, um sich für die mundtot gemachten politischen Gruppierungen und ihre zudem unter Bann gestellten Funktionäre einzusetzen, konnte noch nicht einmal seine erste Konferenz zwei Wochen nach dem Dekret vom 24. Februar abhalten: Einen Tag zuvor erliefte es das Verbot.

Minister Vlok zur Begründung: „Gewisse Geistliche befassen sich mehr und mehr damit, die Revolution zu predigen, statt die wahre christliche Botschaft zu verkünden.“ Die lautet für Pretoria und eine Reihe selbsternannter schwarzer Gemeindeführer: Maul halten zum Regimeterror und dankbar entgegennehmen, was Pretoria an „Reformen“ verfügt.

Eine Organisation, (nicht nur) hierzu-land in konservativen Kreisen als „größte schwarze Opposition“ in Südafrika apostrophiert, war von dem Ver-



Protestdemonstration von schwarzen und weißen Studenten in Johannesburg gegen die Verbote Pretorias

bot „bezeichnenderweise“ – so die „Financial Times“ – nicht betroffen: die Inkatha-Stammesorganisation des Häuptlings Gatsha Buthelezi (siehe AIB 3/1988, S. 28-30; d. Red.), von Pretoria ausgehaltener Chefminister des Zulu-„Heimatlandes“ KwaZulu.

Der aus dem Wahn des Rassistenregimes, es könne so sein Schicksal abwenden, geborenen Repression im Innern entspricht die Aggression gegen Nachbarländer – sei sie indirekt, wie gegen Mosambik, oder direkt, wie im inzwischen mit fast sieben Jahren länger als der 2. Weltkrieg dauernden Abnutzungskrieg gegen Angola. Die wortreiche und tief ins Repertoire hehrer Bekenntnisse greifende Kritik der Regierungen jener Länder, aus denen der Löwenanteil der Investitionen in Südafrika stammt, kümmert Bothas Regime nicht.

„Was mich betrifft“, erklärte er noch am 27. März d.J. in einem Gespräch mit dem Londoner „Sunday Telegraph“, „spielen nur südafrikanische Interessen eine Rolle – und nicht die Schrollen von Ausländern, die dieses Land nicht verstehen.“ Am selben Tag wurde eine neue südafrikanische Angriffsoperation im südlichen Angola gemeldet – von wo Südafrikas Armee mehrfachen öffentlichen Versprechen zufolge (im Dezember

1987 sowie im Januar 1988) längst hatte abziehen wollen.

Man vermag sich förmlich vorzustellen, wie den weißen Herrschern in Pretoria der kalte Angstschweiß auf die Stirn trat, als sie die wortgewaltige Verurteilung durch die zwölf EG-Regierungen („mit aller Schärfe“) vom 25. Februar d.J. zugestellt erhielten, versehen mit der Drohung, „ihre Politik mit aller Entschlossenheit fortzuführen“. Die Resultate im Südlichen Afrika charakterisieren diese Politik.

Der Protest beeindruckte das Regime derart, daß es kurz darauf seinen UN-Vertreter aus einer Debatte des Sicherheitsrates zu Südafrika mit den denkwürdigen Worten ausziehen ließ: „Südafrika weist alle Vorwürfe mit Verachtung zurück und wünscht Sie alle zum Teufel!“ Eine solche Botschaft an den Rest der Welt hätte sogar Bothas Freund Strauß düpiert müssen. Daß dem nicht so war, kennzeichnet das Verhältnis – schon gar nicht mehr zu reden von dem Affront in der Frage Freilassung politischer Häftlinge: BILD hatte noch nicht lange sein Fluchthelfer-Rotwelsch ausgegrölt („Strauß holt 100 Schwarze raus!“), da entließ Pretoria in der Tat mehrere ohne Haftgrund und Anklage Inhaftierte – um sie sogleich per Bannorder mit politischem Betätigungsverbot zu belegen.

Jede Aktion des Apartheidregimes beweist von neuem die angesichts der Opfer makabre Lächerlichkeit all jener politischen Manöver des Westens, die da als „kritischer Dialog“ und ähnlich angeeignet worden waren und in ihrer Folgenlosigkeit ein zynisches Desinteresse am Schicksal der Bevölkerungsmehrheit in Südafrika offenbaren. Ob „konstruktives Engagement“ (so die Washingtoner Variante) oder „stille Diplomatie“ (so die Chiffre für Bonner stillschweigende Tolerierung und Kollaboration) – nichts hat das Regime in Pretoria von der Verfolgung seiner bezeichnenderweise „totale Strategie“ genannten Politik abgebracht. Und deren Doktrin ist ausschließlich die Anpassung der Apartheid an veränderte Bedingungen, um sie überlebensfähig zu machen.

Und die Führer des „freien Westens“? Sie beklagen, daß die Repressionsmaßnahmen „die Spannungen erhöhen“ könnten, als habe es bisher keine gegeben, und spenden den Opfern Trost: Die „schwarze Opposition“, so Frau Thatcher's Außenminister Howe, „soll die Hoffnung auf friedlichen grundlegenden Wandel nicht aufgeben“. Und damit deutlich wird, in Bezug auf wessen Verhalten man in Wahrheit Bedenken hegt, folgt die Mahnung, daß „Frustration und Verzweiflung Gewalt gebären“.

Der Schlag gegen den Widerstand demonstriert von neuem, was vor nahezu

30 Jahren zunächst der Befreiungsbewegung klar geworden war: „Durch seine Praxis sagt das Regime, daß friedlicher politischer Kampf unzulässig ist“, erklärte Thabo Mbeki für die ANC-Führung jetzt und bekräftigte: „Das zwingt die Menschen angesichts der Beibehaltung der Apartheid zu dem Standpunkt, daß der einzige Weg der Griff zu den Waffen ist.“

Niemand verlangt westlichen Regierungen ab, sich dem anzuschließen. Doch ihre Verurteilung des bewaffneten Widerstands in Tateinheit mit der Weigerung, wirksame Sanktionen zu verhängen – das einzige Mittel, der geforderten „friedlichen“ Lösung eine Chance zu erhalten –, macht sie zu Komplizen des Apartheidregimes. Und es stempelt ihre schönen Theorien, wie die Apartheid „abgebaut“, „überwunden“ werden könne, zu Propagandawerk mit eindeutiger Interessenbestimmtheit.

## ANC-Erklärung zu den Verboten

Die faktische Illegalisierung der 17 demokratischen Organisationen, Bürgervereinigungen und des Gewerkschaftsverbandes am gestrigen 24. Februar demonstriert, daß Botha und seine Handlanger unwiderruflich die Unterdrückung der Ideale von Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land anstreben.

Die Maßnahme, die das Regime ergriffen hat, ist ein deutliches Eingeständnis, daß all die drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen es Südafrika überzogen hat – von Festnahme und Verhaftung zahlreicher politischer Aktiver über den Justizmord an Freiheitskämpfern, das Loslassen bezahlter Mörder, Todesschwadronen und Vigilanten bis zur Verhängung des Kriegsrechts – den Widerstandsgeist und die Entschlossenheit der Unterdrückten, sich zu widersetzen, nicht einzuschüchtern vermochte.

Die Organisationen und Bürgervereinigungen, die daher verboten wurden, waren ausnahmslos auf gewaltlose Kampfmethoden festgelegt und hatten angesichts der schweren Provokationen seitens des Regimes und seiner Agenten ein beeindruckendes Maß an Beherrschung bewiesen. Daß sie nun geächtet wurden, zeigt deutlich, daß das Regime nicht die Befürwortung des bewaffneten Kampfes oder die Teilnahme an ihm fürchtet, sondern bereits den bloßen Ausdruck demokratischer Opposition und anhaltenden Widerstands.

Die Illegalisierung der demokratischen Bewegung stellt eine offene Herausforderung an alle Patrioten dar, sich entweder dem Moloch Polizeistaat zu unterwerfen oder neue und bessere Methoden für die Fortsetzung des Kampfes unter den Bedingungen der völligen Illegalität zu entwickeln. Wir sind davon überzeugt, daß ebenso wie die anpassungsfähige Reaktion unseres Volkes in den vergangenen zwei Jahren über die Manöver des Feindes obsiegt hat, eben dieser selbige Geist des „keine Aufgabe!“ Bothas Bemühen vereiteln wird, die nationaldemokratische Bewegung zu zerschlagen.

Der Zeitpunkt dieses jüngsten Affronts ist nicht zufällig. Botha und seine Generäle bereiten ihren Machtapparat dafür vor, aufpolierte Marionettengremien und Strohmanninstitu-

tionen in Szene zu setzen. Aus Furcht, der Massenwiderstand könne von neuem die Hohlheit seiner Kooperationsbemühungen zutage fördern, versucht das Regime, den Widerstand zu entzünden, bevor es überhaupt zum Kampf kommt.

Die Botha-Malan-Clique hat endlich den Vorwand fallen lassen, sie „reformiere“ die Apartheid hinweg. Die gestrigen Ereignisse strafen die Apologeten Lügen, die der Welt einreden wollten, hinter Pretorias bombastischen Behauptungen stecke eine ernsthafte Absicht. Die Notwendigkeit internationalen Handelns wird tagtäglich einsichtiger. Der ANC ruft das südafrikanische Volk auf, sich dieser Herausforderung zu stellen, indem es den tyrannischen Maßnahmen des Rassenregimes wie nie zuvor mit Widerstand und Unbeugsamkeit entgegentritt. Wir müssen die Berechtigung Pretorias bestreiten, Gesetze für uns und unsere Organisationen zu erlassen. Diese neuen Verbotsmaßnahmen werden nur in dem Maße wirksam sein, wie wir sie respektieren und ihnen Folge leisten. Der ANC ruft die internationale Gemeinschaft zur Verteidigung der demokratischen Bewegung sowie der Gewerkschaften unseres Landes auf. Die Organisationen und Personen, die Pretoria durch seine Maßnahmen zum Schweigen bringen will, verkörpern die besten Traditionen unseres Landes und stehen für die elementaren Bestrebungen der Mehrheit der Südafrikaner. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Apartheid ihre Stimmen erstickt und ihre Haltung bricht.

Weder der ANC noch irgendeine seiner Formationen inner- wie außerhalb Südafrikas werden sich durch diesen neuerlichen Angriff auf unser Volk abschrecken lassen. Die Verbotsverfügungen vom 24. Februar bestätigen nur unsere immer wieder betonte Auffassung: Nur eine Massenbewegung, die in ihren Reihen die breiteste Front demokratischer und patriotischer Kräfte vereint und eine Strategie an vielen Fronten verfolgt, einschließlich der revolutionärer Gewalt, vermag das Apartheidregime zu zerjagen.

Afrikanischer Nationalkongreß, Lusaka, 25. Februar 1988

Dr. Winfried Beck/Dr. Rolf Schlömer  
**Gesundheitswesen unter  
der Apartheid**

Die Gesundheitslage der unterdrückten Mehrheit in Apartheid-Südafrika sondierten im März d.J. zwei bundesdeutsche Experten, Dr. Winfried Beck, Vorsitzender des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte, und Dr. Rolf Schlömer, Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Zahnmedizin. Hier ist ihr Erfahrungsbericht.

Auf Einladung der Nationalen zahnmedizinischen Vereinigung Südafrikas (NAMDA) besuchten wir die Republik Südafrika. Im Rahmen einer 11-tägigen Rundreise hatten wir Gelegenheit, die gesundheitliche Versorgung in den schwarzen Townships von Johannesburg, Kapstadt, Port Elisabeth, East-London und Durban, sowie dem Homeland Ciskei gegen die medizinische Versorgung der weißen Bevölkerung abzuwägen.

Wesentliche Erkenntnis ist die extreme rassenspezifische Diskrepanz in den Chancen, ein gesundes Leben führen zu können:

- Tuberkulose, Magen-Darm-Infektionen, Erkrankungen der Atemwege u.a. entstehen auf dem Boden katastrophaler Lebensbedingungen.

- In den Notunterkünften der schwarzen Townships drängen sich mehr als 10 Menschen in einem Raum, teilen sich 15 Familien und mehr einen Wasseranschluß im Freien, fehlt die Elektrizität. Dies trifft nicht nur für die mehr als 2 Mio Einwohner Sowetos zu, sondern kennzeichnet die Lebensbedingungen aller schwarzer Townships und Homelands, den ausschließlich als Wohngebiet zugewiesenen Arealen für die schwarze Mehrheit (13% der Staatsfläche für 75% der Bevölkerung). Gleichzeitig lebt die Mehrheit der Weißen in den grünen Vorstädten in kaum vorstellbarem Luxus.

- Die Apartheid gipfelt in einer Ungleichheit der medizinischen Versorgung. Einem weißen Arzt stehen 400 weiße Patienten gegenüber, während das Verhältnis bei den Schwarzen 1:9.000 ist. Noch eklatanter ist das Mißverhältnis in der zahnmedizinischen Versorgung, die für die meisten schwarzen Bewohner noch nicht einmal als Notversorgung existiert. Wir haben in einer Entbindungsstation in Durban schwangere Schwarze unter, neben den Betten, zu zweit in einem Bett liegen sehen; das gleiche Bild im 2.800 Bettenkrankenhaus von Soweto. In Sichtweite davon das Krankenhaus für die Weißen unterbelegt, geschlossene Abteilungen mangels Patienten. Die Aufnahme Schwarzer wird auf Anfrage verweigert.

- Deutsche und österreichische Studenten und junge Ärzte nutzen offenbar diese Situation besonders in der Gynäkologie, Geburtshilfe und Chirurgie für ihre eigene Karriere aus. Die schwarzen Studenten der Medical school der Universität von Natal klagten, daß ihnen durch deren Einstellung Arbeitsplätze entzogen würden. Dies betreffe insbesondere die in der Anti-Apartheid-Bewegung engagierten Kommilitonen.

- Die Aufrechterhaltung der Apartheid auch im Gesundheitswesen stellt eine ungeheure Verschwendung finanzieller Mittel dar. Die regionale und rassische Unterteilung der Gesundheitsbehörden – allein 14 Gesundheitsminister sind im Amt, für jede Rasse gibt es eigene Krankenwagen usw. – läßt keinerlei vernünftige Planung des Gesundheitswesens zu und blockiert u.a. auch die Einrichtung eines nationalen Gesundheitsdienstes, wie er von den

oppositionellen Gruppierungen gefordert wird.

Andererseits hat uns tief beeindruckt, mit wieviel Sachverstand, Zuversicht und Konsequenz die in der Anti-Apartheid-Bewegung engagierten Gruppen aus dem Bereich des Gesundheitswesens sich auf die Zeit nach der Beseitigung der Apartheid vorbereiten, wobei einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge der Vorrang gegeben wird. Die Krankheiten sollen am Ort ihres Entstehens bekämpft werden, in den Slums und an ungesicherten Arbeitsplätzen.

Schon heute existieren selbstverwaltete Kliniken, Ernährungsberatungsstellen usw. in den Townships. Zahlreiche Organisationen bemühen sich, durch entsprechende Aufklärung und andere Maßnahmen dafür zu sorgen, daß es nicht wie in vielen anderen Ländern Afrikas nach der Befreiung zu einem gefährlichen Aderlaß an ausgebildetem medizinischem Personal kommt.

In den von ständigen Attacken der Armee bedrohten schwarzen Vororten werden medizinische Selbsthilfegruppen aufgebaut, weil während der Razzien alle Zugänge abgeriegelt werden und medizinische Hilfe von außen dadurch unmöglich wird. Großes Ansehen genießt in diesem Zusammenhang die bundesdeutsche Hilfsorganisation *medico international* in Frankfurt am Main.

Wir fordern medizinische und zahnmedizinische Organisationen und Körperschaften auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Druck auf das Apartheidregime in Pretoria auszuüben. Nachdem die englischen und amerikanischen Ärzte und Studenten Südafrika meiden, sollten sich Bundesärztekammer und Bundesverband der Deutschen Zahnärzte dafür einsetzen, daß deutsche Studenten und Ärzte nicht zur Konkurrenz für schwarze Kolleginnen und Kollegen im Apartheidstaat werden. Der Forderung des akademischen Boykotts (Austausch von Wissenschaftlern und Studenten), die von sämtlichen nicht-rassistischen Organisationen Südafrikas erhoben wird, muß von allen ärztlichen und zahnärztlichen Organisationen konsequent und in beiden Richtungen gefolgt werden.

Die Bundesärztekammer als eines der einflußreichsten Mitglieder im Weltärztebund fordern wir auf, diesen zu verlassen. Der Weltärztebund unterstützt durch seine Aufnahme des von der UNO nicht anerkannten Homelands Transkei als Vollmitglied das Apartheidregime und dessen Politik der Ausbürgerung aller Schwarzen aus Südafrika und der Verbannung in Reserven, von wo aus sie als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Eine Verschlechterung der Lebens- und Wohnbedingungen der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung ist nicht vorstellbar und wird auch von dieser nicht befürchtet. Wirtschaftliche Sanktionen können deshalb nur die herrschende und wohlhabende weiße Minderheit treffen. Diese ist es auch, die sie fürchtet.

Wir rufen zu Spenden für „*medico international*“, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M. 1, Postgirokonto Köln 6999-508 auf.



Kirchenführer am 29. 2. 1988 auf einem Protestmarsch zum Parlament in Kapstadt (vlnr.): Khoza Mgoja, Präsident der Methodisten; Stephen Naidoo, katholischer Erzbischof; Desmond Tutu, anglikanischer Erzbischof; Allan Boesak, Reformierte; Reverend Luckett

Das Ergebnis: Lokale politische Aktionen, die sich gegen Institutionen des Systems richten, werden als Hochverrat verhandelt; die Todesstrafe bildet ein Mittel, Menschen „legal“ zu ermorden, die im Kampf um ihre Freiheit Vergeltung gegen schwarze Kollaborateure übten.

So auch im Fall der „Sharpeville Sechs“. Stichhaltige Gründe, daß ihre Verurteilung auch „formaljuristisch“ nicht haltbar war, und nicht zuletzt internationale Proteste führten in letzter Stunde einen Aufschub der Hinrichtung um einen Monat herbei. Doch es bleibt ein schaler Beigeschmack.

Nur zu offenkundig bezogen sich vor allem die westlichen Regierungen bei ihren Appellen lediglich auf die juristische Seite des Falles – eine politische Forderung nach Verschonung aller Widerstandsangehörigen, die angeblich oder tatsächlich an derartigen Aktionen im Verlauf der Aufstände seit 1984 beteiligt waren, unterblieb. Mit den „Sharpeville Sechs“ war das Protest-Soll offenbar erfüllt – von Milde des Regimes konnte ohnehin keine Rede sein: Noch am 18. März wurde Tsepos Letsoara hingerichtet, eine Woche später Michael Lucas. Regierungsproteste aus dem Westen wurden nicht registriert.

Und ungerührt treiben sich ganze Scharen Bonner Polittouristen in der Nähe der Hinrichtungskammern herum, um zu erkunden, was seit langem evident ist: Daß das Apartheidssystem „nazistisch“ zu nennen ist (Bischof Tutu), und daß die Bevölkerungsmehrheit seine völlige Beseitigung fordert, gegebenenfalls auch mit Gewalt. Doch sie reisen und reisen, als gelte es Neuland zu entdecken. Demnächst wird auch Norbert Blüm, Experte für treuherzig vorgebrachte Menschenverachtung, seine Aufwartung machen. Beifall für „offene Worte“ und „Menschenrechtseinsatz“ wird ihm gewiß sein. Doch was an politischer Substanz wird seine Exkursion von der des Vor-



Reinhard Brückner

## Christen gegen Apartheid-Südafrika (II) Südafrikas Kirchen gegen Apartheid

Am 22. März d.J. verbot das Apartheidregime die der katholischen Kirche nahestehende Wochenzeitung „New Nation“. Zwei Tage darauf beschuldigte Premierminister Botha in einem Brief an Frank Chikane, den Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, die Geistlichkeit, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) zu unterstützen. Und sein Minister Adriaan Vlok drohte den Kirchenführern ein noch härteres Durchgreifen an, falls sie sich weiterhin oppositionell betätigten. Was steckt hinter dem Konfrontationskurs Pretorias gegen die Kirchen?

sitzenden der „deutschlandpolitischen AG der CDU/CSU-Fraktion“, Lintner, unterscheiden?

Die publizistische Begleitmusik klingt ohnehin vorwiegend, als hätte der gesamte rassistische Terror allein der letzten Jahre nicht stattgefunden, als handle es sich beim Botha-Regime um eine honorige Regierung. „Zu weiterer Konfrontation und innenpolitischer Polarisierung“ führten die jüngsten Repressionsmaßnahmen, heißt es blauäugig auch in der EG-Erklärung.

Den Vogel schoß die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) mit ihrem Lamento ab, Botha sei aufgrund neuerlicher Wahlerfolge der dumpf-rassistischen Parteien „gefesselt“, „sein weiteres (!) Voranschreiten auf dem Wege einer allmählichen Beteiligung gemäßiger schwarzer Politiker an der Macht nun erst einmal in Frage gestellt“. Das ist es, was im Westen am meisten stört: Daß Pretorias brutaler Kurs die eigenen Optionen diskreditiert, die weitgehend auch die Bothas sind und sich um den Einbau von Buthelezi-Gestalten in ein System drehen, das sich gefälligst eine gewisse internationale Reputation zulegen soll.

Dies als wortreich umkleidete wahre Absicht dahingestellt, offenbart sich der Sinn der FAZ-Klage als Solidarisierungsauftrag mit Botha und seinem Regime der Massenmordverantwortlichen gegen diejenigen Rassisten, die aus schierer Blödheit solchen Plänen im Wege stehen (von den „radikalen“ Schwarzen und ihren Organisationen ganz zu schweigen).

So sind sie, und so werden sie wohl auch bleiben. Sie haben andere Interessen als die um ihre Freiheit kämpfende Mehrheit der Südafrikaner. Diese wird aus den jüngsten Entwicklungen ihre eigenen Konsequenzen ziehen. Mit ihrer Befreiungsbewegung ANC hat sie Anspruch auf mehr als nur unsere verbale Solidarität.

Dieser Gott ist „arglistig, unheilvoll und böse“. Wessen Gott? Der, von dem Südafrikas Weiße in der Präambel ihrer Verfassung sagen:

„In demütigem Gehorsam gegen den allmächtigen Gott, der die Geschichte der Nationen und die Geschichte der Völker lenkt, der unsere Vorväter aus vielen Ländern zusammengeführt und ihnen dieses Land zu eigen gegeben hat, der sie geführt hat von Generation zu Generation, der sie auf wunderbare Weise aus den Gefahren, die sie bedrohten, errettet hat...“

In seinem Namen raubten sie das Land, entrechteten sie die Bewohner, stehlen sie die Rohstoffe. Im Namen dieses Gottes raubten und mordeten schon Kreuzritter, die Eroberer Lateinamerikas, die Ketzer- und Hexenverfolger, die deutschen Heere während zweier Weltkriege „mit Gott“ auf den Koppelschlössern. In „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Grundgesetz der Bundesrepublik) rüsten die Bundesdeutschen auf, zerstören sie Umwelt, schaffen sie neue Armut, bis hin zu Südafrika, Namibia und anderswo. Es lohnt, über bundesdeutsche und (weiß-)südafrikanische Gemeinsamkeiten nachzudenken.

Nach Beginn des Ausnahmezustandes analysierten südafrikanische ChristInnen die Situation ihres Landes (Kairos Dokument, September 1985): „Hier haben wir es mit einem Gott zu tun, der im Verlauf der Geschichte immer auf seiten der weißen Siedler war, der die schwarzen Menschen ihres Landes beraubt und der den größten Teil des Landes seinem 'auserwählten Volk' zuspricht. Es ist der Gott der überlegenen Waffen, der jene besiegte, die mit nichts als Speeren bewaffnet waren. Es ist der Gott der 'caspirs' und 'hippos', der Gott von Tränengas, Gummigeschossen, Nilpferdpeitschen, Gefängniszellen und Todesurteilen.“ (Kapitel: Kritik der „Staatstheologie“)

„Es kann keinen Zweifel darüber geben, was die Mehrheit der Menschen Südafrikas denkt“, sagen sie. „Für sie ist das

Apartheidregime in der Tat der Feind des Volkes, und genauso wird die Regierung auch genannt: der Feind. Mehr als je zuvor hat das Regime in der gegenwärtigen Krise jede Legitimität ... verloren.“ (Kapitel: Auf dem Weg zu einer prophetischen Theologie)

Sie sagen und begründen, daß der Staat, in dem sie leben und die Regierungen illegal sind und Verbrechen begehen – mit allen Konsequenzen für Verfassung, Gesetze, Staatsorgane usw. Diese Männer und Frauen, von denen viele Haft und Folter hinter sich und vor sich haben, bezeugen stellvertretend das Menschenrecht, während die (christliche) Staatsmacht international anerkannte Rechtsnormen nicht akzeptiert.

Die Mitverfasser dieses Dokumentes, Frank Chikane, der jetzige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC) und Beyers Naudé, sein burischer Vorgänger, Wolfram Kistner, der deutschstämmige Leiter der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung und andere, rechneten mit ihrer sofortigen Verhaftung und dem Verbot des Dokumentes. Bisher hat sie wohl die biblische Begründung, die internationale Kirchengemeinschaft und ihr Bekanntheitsgrad davor bewahrt. Wie lange?

Von der Bibel her argumentiert aber auch „der Feind“, die Regierung, argumentieren die sie stützenden Kirchen und Gruppen. Deren größte, die Nederduits Gereformeerde Kerk (NGK), zählt 1,7 Mio der 4,8 Mio Weißen als Mitglieder, den Großteil aller Buren. Ihre Theologen rechtfertigen Landraub und Unterdrückung lange und mit allen Konsequenzen aus einer biblischen Legende. Demnach hatte Noah, der Patriarch, die Nachkommen seines Sohnes Ham, die Kanaaniter, verflucht, den Nachkommen seiner anderen Söhne dienstbar zu sein (1. Buch Mose, Kap. 9, 18-27).

Die in Südafrika eindringenden holländisch-reformierten Buren und ihre Kirchen erklärten die Einheimischen einfach zu Nachkommen Kanaans. So fanden Landraub und Entrechtung im Grunde nie statt, denn Gott gab ihnen



Desmond M. Tutu

## Dringender Appell an Washington, London und Bonn

Desmond M. Tutu, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1984, ist anglikanischer Erzbischof in Kapstadt und Oberhaupt der Anglikanischen Kirche Südafrikas. Er gehört zu den entschiedenen Gegnern der Apartheid unter den Geistlichen des Landes. Nach dem kürzlichen Verbotsschlag des Botha-Regime sorgte Tutu einmal mehr für Aufsehen, als er mit anderen Kirchenführern den Protest auf die Straße trug – für die Rücknahme der Verbote und für umfassende Sanktionen auch der Westmächte gegen Pretoria.

Die schwarzen Südafrikaner haben bei der Druckausübung für ihre Menschenrechte die bemerkenswerteste Geduld an den Tag gelegt. (...)

Wir haben viele gewaltfreie Wege eingeschlagen in dem Bemühen, eine Veränderung herbeizuführen, so etwa Streiks, Mieterstreiks, Verbraucherboykotte. Die Behörden haben mit dem Ausnahmezustand und mit verschärften Ausnahmebestimmungen geantwortet. Sie untersagen friedliche Proteste, inhaftieren unsere Kinder und bannen unsere Führer. Schritt für Schritt hat die Regierung unter Präsident P.W. Botha einen Weg der friedlichen Veränderung nach dem anderen versperrt.

Vor rund zwei Wochen beseitigte die Regierung nahezu alle effektiven Möglichkeiten, auf einen wahrhaften Wandel mit friedlichen Mitteln hinzuwirken, als sie 18 Organisationen die politische Aktivität verbot und 18 Führer bannte. (...)

Wenn wir es zulassen, daß (diese Politik der Apartheid) fortgesetzt wird, wird das vorsätzliche Anheizen der Gewalt in unserem Land es in eine Trümmerlandschaft libanesischen Zuschnitts verwandeln. Diese Aussicht veranlaßte uns dazu, daß wir uns am 29. Februar an das Parlament zu wenden suchten, um ihm eine Petition vorzulegen, welche die Regierung aufforderte, von ihrem eingeschlagenen Weg abzugehen. Die überaus schöpferische Antwort auf diese Aktion christlicher Augenzeugen, zu der sich die Regierung fähig erwies, war die, uns zu verhaften.

Es ist hinlänglich klar geworden, daß die gegenwärtige Regierung eine militärische Option für die Zukunft gewählt hat. Der Minister für Ruhe und Ordnung, Adriaan Vlok, hat offen von der Notwendigkeit gesprochen, „Radikale und Revolutionäre zu eliminieren“. (...)

Als einer, der glaubt, man solle nie zur Gewalt Zuflucht nehmen, glaube ich dennoch, daß eine Zeit kommen kann – wie jene, zu der die Nazis Europa überfielen –, zu der es gerechtfertigt ist, zu den Waffen zu greifen, um ein ungerechtes System zu beseitigen. Deshalb vermag ich mit jenen zu sympathisieren, die sich schon dafür entschieden haben, daß Gewaltanwendung gerechtfertigt ist. Dies, obgleich ich persönlich mit Allan Boesak, Oberhaupt

der Reformierten Niederländischen Missionskirche und Schirmherr der Vereinigten Demokratischen Front, übereinstimme, wenn er sagt, wir sollten uns nicht auf das Niveau der Regierung begeben, indem wir auf sie mit Gewalt antworten. Aus diesem Grund haben einige von uns in Kapstadt das Komitee für die Verteidigung der Demokratie gebildet, um friedlich gegen die Unterdrückung der Opposition durch die Regierung zu kämpfen.

Können Sie sich angesichts dessen unsere Hoffnungslosigkeit vorstellen, als jene von uns, die einem verzweifelten Volk zur gewaltfreien Aktion rieten, von der Nachricht aufgeschreckt wurden, daß die USA und Großbritannien einmal mehr entsprechenden internationalen Versuchen mit einem Veto begegneten? Die amerikanischen und britischen Entscheide, gegen Sanktionen im UN-Sicherheitsrat ihr Veto einzulegen, brachten uns umso mehr ins Wanken im Angesicht des arroganten Auftretens des Repräsentanten Südafrikas, der den Sicherheitsrat mit der Äußerung herausforderte, er „solle sich zum Teufel scheren“.

Ich möchte eine Herausforderung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Westdeutschlands richten. Sie sagen, Sie seien gegen die Apartheid. Wenn dem so ist, dann richten Sie drei Forderungen an die südafrikanische Regierung:

1. Der Ausnahmezustand muß aufgehoben werden.
2. Die Restriktionen des letzten Monats gegen unsere Volksorganisationen und -Führer müssen aufgehoben werden.
3. Den Inhaftierten, besonders Kindern, müssen offene Verfahren gewährt oder sie müssen freigelassen werden.

Wenn die Regierung diesen Forderungen nicht Folge leistet, müssen Sie die diplomatischen Beziehungen abbrechen. In Anbetracht dieser Umstände wäre es nicht einmal ein radikaler Schritt, den Sie zu tun hätten. Er würde weder Jobs noch Menschenleben kosten. Es wäre eine Geste, und zwar eine dramatische, mit tiefgreifenden psychologischen Konsequenzen für jene, welche die Macht in Südafrika ausüben. Oder wollen Sie einen neuen Libanon?

(Quelle: International Herald Tribune, Paris, 14.3.1988)

das Land und die Schwarzen zur Arbeit. Deren Einweisung in Homelands, Townships, getrennte Schulen usw. rechtfertigten sie mit einer anderen biblischen Legende: Als die Menschen den babylonischen Turm bauten, um Gott zu stürzen, verwirrte er ihre Sprache (1. Buch Mose, Kap. 11, 1-9). So entstanden unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Völker, wurden „Heimatländer“ (Homelands), getrennte Kirchen, Ehen, Lohngruppen usw. notwendig. Die Apartheidpolitik befolgt nur Gottes Willen.

Wer sich widersetzt, ist gottlos. Das tun vor allem Kommunisten, denn „alles Böse ist kommunistisch, und alle kommunistischen oder sozialistischen Ideen sind atheistisch und gottlos“ (Kapitel: Kritik der „Staatstheologie“). Der Staat sorgt für Ordnung und den Status quo. Wer die ändern will, ist „Terrorist“, „Kommunist“ und muß bekämpft werden, in den Townships wie in den Nachbarländern: UDF, Gewerkschaften, ANC, SWAPO, die sozialistischen Regierungen von Mosambik und Angola usw. Dafür herrscht von Washington bis London, München und Bonn größtes Verständnis. Dabei helfen westliche Regierungen, Unternehmen, auch Kirchenleute.

Kirchen und Gruppen, die das System unterstützen (sogar die „Reform“ ablehnen), wurden hier nur am Beispiel der NGK skizziert. Dazu gehören zwei kleinere weiße Burenkirchen, auch die kleineren, von Anpassungsverhalten geprägten lutherischen deutschen Kirchen in Südafrika und Namibia.

Dies gilt auch für Baptisten und andere, für den Großteil weißer ChristInnen überhaupt. Die auf ca. 3.000 geschätzten „unabhängigen“ schwarzen Kirchen (Mitgliederzahlen von wenigen Tausend bis zu den ca. 3. Mio der Zionistenkirche) bieten sich soziale Fürsorge und Hoffnung auf postmortale Gerechtigkeit: Doch der jeden Arbeitsplatz, jede Siedlung treffende Systemterror politisiert und aktiviert ihre Mitglieder.

Die Kairo-TheologInnen stellen fest: „Der Staat und die Medien haben sich dafür entschieden, das, was Menschen in den Townships in ihrem Kampf um Befreiung tun, Gewalt zu nennen – nämlich das Werfen von Steinen, das In-Brand-Stecken von Autos und Gebäuden und manchmal das Töten von Kollaborateuren.“

Doch schließt dieses die strukturelle, institutionalisierte und uneinsichtige Gewaltanwendung des Staates aus, insbesondere die unterdrückerische und nackte Gewalt von Polizei und Armee. Diese Dinge werden nicht als Gewalt bezeichnet. Selbst wenn 'unangemessenes Vorgehen' zugegeben wird, spricht man von 'Verfehlungen' oder sogar von 'Ver-

stößen', doch niemals von Gewalt. Deshalb bedeutet der Satz 'Gewalt in den Townships' nur das, was die jungen Leute tun und nicht, was die Polizei oder die Apartheid den Menschen antut" (Kapitel: Kritik der „Kirchentheologie“).

Bundesdeutsche Demonstranten und Blockierer kennen diese Terminologie. Diese ChristInnen markieren ein Herrschaftssystem, das nicht nur in Südafrika verbreitet ist, aber dort besonders deutlich. Ihr Weg war lang und ist hart. Der burische Pfarrer Beyers Naudé (75), „Gegenspieler“ des gleichaltrigen P.W. Botha, hat ihn wesentlich beeinflusst. Nach den Schüssen von Sharpeville, dem Verbot von ANC und PAC (1960), gründete er das Christliche Institut, das ChristInnen und Kirchen herausforderte, das andere, gemeinsame Südafrika bilden zu helfen.

Der Kapstädter Pfarrer Alan Boesak, inzwischen Präsident des Reformierten Weltbundes und Schirmherr der von UDF, und viele andere wurden seine Mitstreiter. Boesak forderte die Kirchen auf, zivilen Ungehorsam zu leisten. Unter den rassistisch getrennten reformierten Kirchen begannen er und seine Freunde eine Confessing Church, Bekennende Kirche, die Apartheidstaat und -wirtschaft ablehnt.

1976/77, als die Jugend erst in Soweto, dann im ganzen Land protestierte, demonstrierte, inhaftiert und zusam-

**Infolge des Verbots von 17 Anti-Apartheid-Gruppen im Februar d.J. müssen nun SACC und andere kirchliche Kräfte in die Bresche springen**

mengeschossen wurde, wurde das Christliche Institut zum wichtigen Helfer und mit den Organisationen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein verboten. Das Institut für Kontextuelle Theologie (in der Apartheidgesellschaft) entstand, von Frank Chikane geleitet, einem Inspirator des Kairos Dokuments.

Die Aufforderung der Jahreshauptversammlung des SACC an Südafrikaner Weiße, den Wehrdienst zu verweigern (1974), führte zu der auch von der Katholischen Kirche und von anderen Kirchen unterstützten Kampagne zur Beendigung der Wehrpflicht. Sie ist heute landesweit aktiv, vor allem an Universitäten. Und sie wird vom Regime hart verfolgt.

Den von Albert Luthuli, dem tiefgläubigen Christen und langjährigen Präsidenten des ANC, nach der Verurteilung Mandelas und der Umkhonto-Führer (1974) an alle UN-Mitgliedsstaaten gerichteten Aufruf zum totalen Boykott griffen das Christliche Institut, der

SACC, Naudé, Boesak, Tutu und andere differenziert und vielfach auf, trotz harter Strafordrohungen.

Wer die Gewalt des Staates und der ihn stützenden reformierten (weißen) Kirchen und Gruppen offen verurteilt, verstößt gegen zahllose Gesetze, gefährdet sich und seine Organisation. Umso mutiger ist die Übernahme der Lusaka-Erklärung durch die Generalversammlung des SACC 1987, „daß die Natur des südafrikanischen Regimes, das gegen seine Einwohner und Nachbarn Krieg führt, die (Befreiungs-)Bewegungen zwingt, Gewalt neben anderen Methoden anzuwenden, um die Unterdrückung zu beenden.“ (Vgl. AIB 4/1988, S. 13)

Solche Erklärungen des SACC, der Dachorganisation von über 13 Einzelkirchen (zusammen mehr als 13 Mio Mitglieder), verpflichten die Mitgliederkirchen nicht. Sie wirken aber in den oft sehr zurückhaltenden Einzelkirchen weiter. So wird deren größte, die methodistische (mehr als 2 Mio Mitglieder, davon 0,4 weiße), nun von Mitgliedern gedrängt, die Lusaka-Erklärung zu übernehmen oder sich „gewaltfrei“ zu erklären. Mit ersterem stellt sie sich gegen den Staat, mit letzterem gegen weiße Mitglieder, die in den Townships, in Namibia und Angola gegen schwarze ChristInnen (auch eigene Kirchenmitglieder) kämpfen.

Der SACC, die katholische Kirche (mehr als 2,5 Mio Mitglieder, davon 0,4 Mio weiße) und ihre Bischofskonferenz, auch andere Kirchen, versorgen politisch Verfolgte mit Geld, Unterkunft, gerichtlicher Verteidigung usw. Da seit Verhängung des Ausnahmezustandes zahlreiche Führer und Mitglieder von UDF, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen untergetaucht sind (mehr als die Hälfte aller männlichen Schwarzen zwischen 15 und 18 Jahren, schätzt ein Kenner), d.h. sich Wochen oder Monate verborgen halten, ihre Schlafplätze wechseln usw., und ihre Zahl Zigttausende insgesamt umfaßt, übersteigt allein diese Not die Kräfte der Engagierten allein.

Geld, Unterkünfte und Helfer fehlen. Gleiches gilt für die Verteilung von Nahrungsmitteln in Elends- und Hungergebieten, etwa um King Williamstown (Südküste) oder Pietermaritzburg (Natal). Die Verteilung wird eingestellt, weil das Geld fehlt. In dem vom Inkatha-Terror (laut Zulu-Chief G. Buthelezi, die „größte gewaltfreie Befreiungsbewegung“ Südafrikas) gequälten Natal sind die mutigen Hilfen kleiner christlicher Institute von größter Wichtigkeit.

Die Finanzierung der Verteidigung bei vom Staat lange hingezogenen Prozessen, die Unterstützung der Familien von Verhafteten, sind ständige Aufgaben. Der SACC, die Katholische Bischofskonferenz, Einzelkirchen und Institutio-

nen unterhalten dafür besondere Abteilungen. Gleiches gilt für die Zwangsumsiedlungen schwarzer Gemeinschaften. Als anfangs 1987 (Staats-)Spezialisten die tragende Konstruktion des sechsstöckigen Johannesburger COSATU-Gewerkschaftshauses durch Sprengsätze zerstörten, stellten SACC, Anglikanische Kirche und andere sofort eigene Büroräume zur Verfügung.

Ende Februar dieses Jahres, während Bundesdeutsche und andere nach den olympischen Spielen in Kanada schauten, wurde die politische Arbeit von UDF, COSATU, dem südafrikanischen Jugendkongreß, der AZAPO (Organisation der Bewegung Schwarzes Bewußtsein), von insgesamt 17 Organisationen und mindestens 18 Führungspersonen verboten. Ein Gesetz, das die Annahme ausländischer Finanzierungshilfen untersagt, wird bald folgen, ebenso schärfste Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit, von Streiks usw. (Labour Amendment Act). Zum dritten Mal seit 1960 (ANC, PAC) und 1977 (Verbot von 18 Organisationen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein), versucht das Regime, die Opposition auszuschalten. Mehr als bisher müssen nun SACC, die katholische und andere Kirchen und christliche Institutionen helfen und Teile der Opposition übernehmen.

Die weitere Entwicklung ist schwer vorzusagen. Im Mai 1976, als sich die Jugendproteste in Soweto ankündigten, warnte Desmond Tutu, damals Dekan der anglikanischen Kathedrale in Johannesburg, Ministerpräsident Vorster, die Schwelle zu überschreiten, von der aus eine Umkehr unmöglich wird („the point of no return“). Sie wurde seither mehrfach überschritten.

Nähert sich nun das noch schrecklichere Blutvergießen, vor dem Tutu und andere seit langem warnen? Gelingt es dem Regime, mit militärischem und wirtschaftlichem Druck (4-6 Mio Arbeitslose), durch Informationssperre usw. den Terror noch zu verlängern?

Die Verfassung der weißen Südafrikaner spricht vom „demütigen Gehorsam gegenüber dem allmächtigen Gott“, die bundesdeutsche von „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Wie aber nehmen die bundesdeutschen ChristInnen und Kirchen diese Verantwortung im Blick auf Südafrika wahr? Fördern sie die südafrikanischen Staatsterroristen oder die Befreiungsbewegung?

*Reinhard Brückner (Weilburg) war von 1956-84 Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. 1972-76 wurde er beurlaubt für kirchliche Tagungsaufgaben in Südafrika und Namibia. 1982-84 war er als Abgeordneter der GRÜNEN im Hessischen Landtag tätig.*

Julia Kühnert

# Schwenk hin zu Sanktionen?

Reisediplomatie bestimmte in den letzten Monaten das Gesicht der bundesdeutschen Regierungspolitik gegenüber dem Südlichen Afrika.

Nach Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem unrühmlichen Sonderbeauftragten, dem bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU, Franz-Josef Strauß, reiste im März d.J. auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker in die Krisenregion. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Burkhard Hirsch, und der FDP-Abgeordnete Gerhart Baum hielten sich fast gleichzeitig in Südafrika und Sambia auf.

Weniger spektakulär waren die Reisen zahlreicher Funktionäre der außen- und entwicklungspolitischen Administration der Bundesregierung ins Südliche Afrika, zum Teil in Begleitung der „Großen“. Diese Funktionärsreisen werden allerdings für die konkrete Umsetzung der Politik im Südlichen Afrika von Bedeutung sein. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Reisen in Homelands und nach Namibia durch Staatssekretäre und andere Beamte der Bundesbehörden als eindeutige Zeichensetzung für Absichten zu sehen, von bisherigen Standards der bundesdeutschen Afrikapolitik abzuweichen, insbesondere was die Entwicklungshilfe gegenüber den Homelands angeht. Für Entwicklungshilfe gegenüber diesen Gebilden der Apartheid aber gilt das gleiche wie für die Entwicklungshilfe gegenüber Namibia vor der Unabhängigkeit: Jeder Schritt, der einer Anerkennung der südafrikanischen Marionettenpolitik gleichkommt, ist zu unterlassen. Die Äußerungen der Spitzenpolitiker aller Koalitionsparteien reichen von unerblich blühter Sympathie für das Apartheidregime, das als Garant für die Interessen des Westens Unterstützung verdiene, bis hin zum Ruf nach stärkeren Maßnahmen gegen das Apartheidregime und nach Unterstützung für die Frontstaaten. Die Hilfe für die Frontstaaten ist allerdings keineswegs uneigennützig und schon gar nicht losgelöst von politischen Forderungen an die Anti-Apartheid-Kräfte in der Gesamtregion zu sehen.

Betrachten wir die Reiseziele, fällt sofort auf, daß die Spitzenpolitiker der Regierung in Bonn sich als Vorreiter einer neu akzentuierten westlichen Politik gegenüber der Gesamtregion zeigen möchten. Mehr Aufmerksamkeit soll den Frontstaaten gewidmet werden, gleichzeitig

bleibt gegenüber Südafrika alles beim Alten. Verbale Ablehnung der Apartheid wird kombiniert mit der ungenierten weiteren Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat.

Einzig Franz-Josef Strauß störte diese neue Politik, so jedenfalls die bundesdeutschen Medien und Teile der Bundesregierung, insbesondere des Außenministeriums.

Oder handelt es sich nur um eine Art Arbeitsteilung, die eine gewisse Narrenfreiheit des allseits bekannten bayerischen Ministerpräsidenten ausnutzt, um die Freunde in Pretoria und ihre bundesdeutschen Lobbyisten zu beruhigen? Strauß jedenfalls führte Gespräche mit den zentralen Figuren der südafrikanischen Regierung, der dortigen Wirtschaft und Tochterfirmen bundesdeutscher Großkonzerne, z.B. Siemens, sowie mit den wichtigsten Marionetten Pretorias, der sog. Interimsregierung in Namibia, der UNITA, der angolanischen Contra und einigen Bantustan-Chefs. Alle diese Gespräche zeichneten sich durch freundschaftliche Eintracht aus.

Zum guten Einvernehmen gehörte auch der Abschluß eines 34-Mio-DM-Geschäfts. Strauß verkaufte zwei Großraumflugzeuge vom Typ Airbus A 320 an die staatliche Fluglinie South African Airlines (SAA). Bei diesen Flugzeugen soll es sich um einen Typ handeln, der in kurzer Zeit vom Passagier- zum Frachtflugzeug umgerüstet werden kann. Die Frachtflugzeuge können vom Militär für Langstreckentransporte genutzt werden. Ein Gespräch mit der RNM, den Contrabanden in Mosambik, kam nicht zustande, wohl weil es den Südafrikanern zum gegebenen Zeitpunkt nicht opportun erschien, dies auf ihrem Territorium (und wo sonst sollte Strauß die RNM offiziell treffen?) zu arrangieren.

Auch wenn F.J. Strauß die Gespräche „privat“, sozusagen als persönliche Zusage, in das Reiseprogramm aufnahm, während er von Bundeskanzler Kohl „nur“ den Auftrag hatte, zwischen Südafrika und Mosambik zu vermitteln, ist letztendlich die Bundesregierung hierfür verantwortlich. So muß sich der Bundeskanzler fragen lassen, warum er denn ausgerechnet einen der profiliertesten Apartheidfreunde auf die Reise schickte. Die Antwort ist er bis heute schuldig geblieben. Vertreter des Widerstandes bekam Strauß in Südafrika nicht zu Gesicht.



Simbabwe-Besucher Weizsäcker schlug bei R. Mugabe (l.) neue Töne an.

Aber auch andere, deren Töne wesentlich moderater waren, taten sich schwer mit den VertreterInnen des Widerstands gegen Apartheid. Nur Regierungsvertreter souveräner schwarzafrikanischer Staaten, etwa Robert Mugabe, repräsentierten hier den Widerstand gegen die südafrikanische Machtpolitik auf einem Drittel des afrikanischen Kontinents. Doch mit denen, die in Südafrika selbst für die Abschaffung der Apartheid und nicht für irgendwelche Reformen kämpfen, trafen die Regierungsmitglieder aus Bonn nicht zusammen. Ganz zu schweigen von einem offensiven Treffen mit Vertretern der südafrikanischen Befreiungsbewegung, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), bzw. der namibischen Südwestafrikanischen Volks-

Apartheid-Freunde Strauß und Lengel (r.) bei Ministerpräsident Botha in Pretoria



organisation (SWAPO).

Offensiv ist die Bonner Politik gegenüber dem Südlichen Afrika bisher nur in einem Punkt gewesen, der Verhinderung von Sanktionen gegen Apartheid. Sowohl in der innenpolitischen wie auch europapolitischen Diskussion zeichnet sich die Bonner Regierung seit Jahren durch eine besonders schroffe Haltung gegen Sanktionen aus.

Einzig dieser Punkt, der Verlust der Offensive gegen Sanktionen – deutlich geworden durch das Auftreten des Bundespräsidenten und einiger FDP-Politiker – und ihr Ersatz durch taktische Manöver und Drumherumgerede kann bis jetzt als Positivum verbucht werden. Die entsprechenden Konsequenzen stehen jetzt an, ob sie durchzusetzen sind, hängt von zahlreichen Faktoren des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD ab. Die sichtbar gewordenen Differenzen in der Regierungskoalition aus CDU/CSU/FDP werden nicht von allein, sondern nur durch Druck zu wirklichen Veränderungen der Politik in der entscheidenden Frage, Sanktionen gegen Apartheid, führen.

Auch die in bester neokolonialer Manier aufgezogene Strategie des Drucks und der kleinen Versprechungen gegenüber den Frontstaaten kann man so nicht stehen lassen. Die Frontstaaten brauchen Hilfe. Insbesondere die von Südafrika mit unerklärten Kriegen überzogenen Staaten Angola und Mosambik können die Auseinandersetzung mit der wirtschaftlich und militärisch mächtigsten Macht der Region auf Dauer nicht ohne mehr und gezieltere Hilfe von außen durchstehen.

Ganz abgesehen davon, daß einige Millionen Entwicklungshilfe wesentlich größeren Summen gegenüberstehen, die noch immer nach Südafrika und seit einigen Jahren verstärkt nach Namibia fließen – von Seiten der Wirtschaft, zahlreichen sog. privaten Körperschaften, u.a. den Stiftungen aller drei in der Bundesregierung vertretenen Parteien, usw. Echte Solidarität mit den Frontstaaten verlangt Sanktionen gegen Südafrika, dieser Zusammenhang wurde, wie nicht anders

zu erwarten war, von keinem Vertreter der Bundesrepublik bestätigt.

Erst Ende 1987 bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau eine Anleihe von 32 Mio DM für Siemens. Das Geld soll in ein Kommunikationssystem in Südafrika investiert werden. Drei weitere Anleihen wurden der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Südafrikas (ESCOM) angeboten. Im Direktorium der Kreditanstalt sitzen u.a. Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) und Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), dessen Bereitschaft zur weiteren militärischen und wirtschaftlichen Kollaboration mit dem Apartheidstaat bereits in der U-Boot-Affäre überdeutlich wurde.

Hilfe für die Frontstaaten ist nur wirkliche Hilfe, wenn sie als klares Votum gegen Apartheid gegeben wird und nicht als Umgehungsstraße gegen Sanktionen. In der weiteren strategischen Diskussion der westlichen Staaten wird diese Hilfe sicher auch unter dem Aspekt der Absicherung des regionalen Marktes für den Fall eines eskalierenden Bürgerkrieges in Südafrika und Namibia gesehen werden. Nur Hilfe kann die Küstenstaaten wie Mosambik und Angola letztlich in die Lage versetzen, ihre von Südafrika unabhängigen Transportwege wieder soweit in Stand zu setzen und auch zu erhalten, daß sie als Alternative zur südafrikanischen Infrastruktur gelten können. Diese Alternative aber, so führende westliche Politiker und Wirtschaftsfunktionäre, ist eine der notwendigen Sicherstellungen des Handels mit den Staaten des Südlichen Afrika für „alle Fälle“.

Straußens Vorschläge für die Entwicklungshilfe an Mosambik stehen allerdings in Gegensatz zu diesen Überlegungen: Ausbau des Hafens von Maputo, der Eisenbahnstrecke Maputo-Johannesburg und des Cabora-Bassa-Staudamms. Alle diese Projekte orientieren sich an Infrastruktureinrichtungen des Frontstaates, die in direktem Interesse Südafrikas liegen.

Als Alternative böte sich Hilfe für den Ausbau und die Sicherung des sog. Beira-Korridors an, einer Eisenbahnstrecke im Norden Mosambiks, die mit dem angeschlossenen Hafen Beira eine völlig von Südafrika unabhängige Verkehrsverbindung zum Indischen Ozean auch für Simbabwe und Sambia garantiert. Dieses Projekt wird von anderen westeuropäischen Staaten bereits unterstützt.

Was wird deutlich, angesichts der Reiseaktivitäten bundesdeutscher Politiker ins Südliche Afrika?

Nach Verabschiedung der ersten Sanktionen gegen den Apartheidstaat auf EG-Ebene im Herbst 1985, den Sanktionsbeschlüssen in den USA, den Debatten in internationalen Organisationen wie dem Commonwealth hofften die Verantwort-

lichen offenbar auf eine relative Ruhe in der Sanktionsdiskussion. Die erlassenen Sanktionen schienen erst einmal ausreichend, um das Problem bis auf weiteres von der Tagesordnung setzen zu können. Flankiert wurde diese Entwicklung von der südafrikanischen Pressezensur, die das Thema Widerstand in Südafrika aus den Massenmedien verschwinden ließ. Berichte über Widerstandsaktivitäten wie noch in den Jahren 1984/85 waren nicht mehr möglich. Auch die Repressionswelle des Apartheidregimes gegen den Widerstand, die diesen zwang, sich neue, auch weniger spektakuläre Aktionsformen zu suchen und ein Schwergewicht der Arbeit auf den Aufbau einer Infrastruktur im Untergrund zu legen, hat hier ihre Schuldigkeit getan. Einzig der Streik der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft (NUM) im August 1987 störte diesen Medien„frieden“ nachhaltig.

Probleme bereitete den Sanktionsgegnern allerdings die innenpolitische Entwicklung der BRD.

Mit der Entscheidung des Präsidiums des Evangelischen Kirchentages 1987, das Kirchentagskonto bei der Deutschen Bank wegen deren Beziehungen zum Apartheidstaat zu kündigen, errang die bundesdeutsche Boykottbewegung ihren ersten spektakulären Erfolg.

Auch in den Gewerkschaften wurden 1987 erstmals konsequent Positionen zum Boykott des Apartheidstaates vertreten, verbunden mit Unterstützungsaktivitäten für die nicht-rassistischen Gewerkschaften in Südafrika.

In beiden Fällen ist die Entwicklung ein Resultat der Entwicklung in Südafrika und Namibia, wo Gewerkschaften und Kirchen immer lauter die Forderung an ihre Counterparts in den westlichen Staaten stellen, sich endlich in der Tat, d.h. in der Bekämpfung der andauernden Unterstützung westlicher Staaten für das Apartheidregime, an die Seite der unterdrückten und kämpfenden Völker des Südlichen Afrika zu stellen.

Dies widerspiegelt sich auch in der Haltung der SPD. Günther Verheugen, der sich im März d.J. in Südafrika aufhielt, traf dort nicht mit Vertretern der Regierung, sondern mit Aktivisten der Widerstandsbewegung zusammen. Er fand die Position der SPD bestätigt, daß es nun an der Zeit sei, umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika zu beschließen.

Für die Sanktionsdebatte sicher eine Bereicherung ist der 8-Punkte-Katalog des DGB, der auf der Bundesvorstandssitzung vom 1.3.1988 verabschiedet wurde. In ihm werden sofortige Maßnahmen gegen Südafrika gefordert als Reaktion auf das Oppositionsverbot vom Februar d.J.:

„Proteste bei den südafrikanischen Stel-



len sowie Boykottmaßnahmen in diplomatischen Bereichen:

- Reduzierung des Personals der südafrikanischen Botschaft in Bonn;
  - Einführung des Visumszwangs für südafrikanische Staatsangehörige;
- Als Maßnahmen des wirtschaftlichen Drucks erwartet der DGB
- Entzug der Lande- und Überflugrechte für die südafrikanische Luftfahrtgesellschaft SAA;
  - Unterbrechung des Linienverkehrs der Lufthansa mit Südafrika;
  - Einstellung der Erteilung von Hermes-Bürgschaften für Handel und Investitionen mit und in Südafrika;
  - Anwendung der Kriterien der COCOM-Liste im Handel mit der Republik Südafrika."

Auch wenn dieser Katalog nicht an die Wurzeln der politischen, militärisch-nuklearen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat geht, ist er doch aufgrund des Charakters der Maßnahmen geeignet, deutliche politische Signale zu setzen, da sie allesamt unmittelbar von politischen Entscheidungen der Regierung bzw. des Gesetzgebers abhängen. Zudem zeichnen sie sich durch eine relativ schnelle Durchführbarkeit und auch Überprüfbarkeit aus.

Ähnliches klingt auch in Äußerungen Richard von Weizsäckers an, die Haltung der Bundesrepublik zu Südafrika sei nicht „tiefgefroren“, und: „Niemand in Pretoria sollte sich sicher fühlen, daß zusätzliche Sanktionen nicht erneut erwogen werden.“ Helmut Schäfer (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt: „Wir müssen endlich mit Sanktionen anfangen.“ Auch dies sind Reaktionen auf das Oppositionsverbot der südafrikanischen Regierung. Mit diesem Verbot, das jede legale Opposition gegen das Regime in Pretoria verhindert, hat das Apartheidregime letztlich allen Strategien des „friedlichen Übergangs“, des „Dialogs“ die Überzeugungskraft genommen, auf die die Sanktionsgegner in den letzten Jahren gebaut hatten.

Pläne, durch Projekte für die schwarze Bevölkerung im Bildungsbereich, durch Unterstützung für Initiative à la Buthelezi „Indaba“ und die Förderung eines schwarzen Mittelstandes Pufferzonen zwischen Widerstand und Regime aufzubauen, und Hoffnungen, vielleicht auch Teile der Widerstandsgruppen für eine derartige Entwicklung gewinnen zu können, wurden mit diesem Schritt Pretorias nachhaltig zerschlagen.

Auch in Namibia zeigt sich gegenwärtig eine Niederlage der Strategie, mit der Vielparteienkonferenz und der Interimsregierung die UN-Resolution 435 (von 1978) unterlaufen zu können, ab. Staatspräsident Pieter W. Botha, Verteidigungsminister Magnus Malan, Finanz-

## Aktionsprogramm von Arusha

„Die Völker der Welt vereint gegen Apartheid – Für ein demokratisches Südafrika.“ Unter diesem Motto stand eine internationale Konferenz vom Dezember 1987 in Arusha/Tansania, die auf die vollständige Isolierung des Apartheidregimes, auf die Durchsetzung weltumspannender Sanktionen gegen Südafrika orientierte. Das Aktionsprogramm von Arusha benennt die Einzelheiten.

### Maßnahmen für wirkungsvolle wirtschaftliche Sanktionen

Die Konferenz anerkannte die dringende Notwendigkeit für umfassende und verbindliche Sanktionen, die gegen das Apartheidregime verhängt werden müssen. Sie kam überein, daß alle Teilbereiche der internationalen Gemeinschaft ihre Anstrengungen verstärken sollten, dies sowohl durch aufeinander abgestimmte als auch durch einseitige Aktionen zu erreichen.

Die Konferenz diskutierte besonders bestimmte Maßnahmen, durch welche diese Sanktionen erreicht werden können, und zwar auf drei Gebieten:

- Anwendung von Sanktionen,
- Überwachung von Sanktionen,
- Antworten auf Sanktionsverstöße.

### Anwendung von Sanktionen:

– Alle Regierungen müssen davon überzeugt werden, Sanktionen zu verhängen. Dazu wird ihnen in hohem Maße die Schaffung von öffentlichem Bewußtsein über die Apartheid und die Sanktionsfrage verhelfen.

– Alle Finanzdarlehen an das Regime sollten abgelehnt werden, und die Konferenz ruft den Internationalen Währungsfonds (IWF) dazu auf, sicherzustellen, daß keine weiteren Darlehen an Südafrika vergeben werden. Mitgliedsländer des IWF müssen dazu ermutigt werden, das innerhalb der Organisation anzustreben. Zusätzlich sollten ausstehende Darlehen an das Regime nicht umgeschuldet werden.

– Die Konferenz hat zur strikten Beachtung des Verbots von Einfuhr und Verkauf von Krügerrands aufgerufen.

– Der Handel mit Gold und Edelmetallen, Metallen und Metalllegierungen, Eisen, Stahl und Uran sollte beendet werden.

– Besonders sollte der Kohleboykott verstärkt werden.

– Die gesamte Sanktionsgesetzgebung muß sorgfältig von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) und Parlamentsabgeordneten überwacht werden, um sicherzustellen, daß der Wortlaut der gesamten Gesetzgebung und Verordnungen keine Schlupflöcher offenläßt.

– Kleine Länder sollten dazu ermutigt werden, Bündnisse zu schließen und gemeinsam mit anderen in ihrer Region zugunsten von Sanktionen zusammenzuarbeiten (z.B. Cricket-Boykott).

– Die Konferenz ruft die internationale Gemeinschaft auf, in Nachbereitung dieser Konferenz Workshops über Volkssanktionen einzuberufen.

### Überwachung von Sanktionen

– Es besteht eine entscheidende Notwendigkeit für aufeinander abgestimmte internationale Aktionen, um die wirkungsvolle Überwachung aller verhängten Sanktionen zu sichern.

– Die Umdeklarierung zur Verschleierung des Herkunftslandes muß sorgfältig überwacht werden, um eine wirkungsvolle Anwendung sicherzustellen.

– Regierung und NGOs werden dringend aufgefordert, die notwendigen Informationen

dem Sanktions-Überwachungskomitee der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen.

– Eine besondere Verantwortung ruht auf den afrikanischen und nichtpaktgebundenen Ländern, bei der strikten Überwachung der verhängten Sanktionen zu helfen.

### Antworten auf Sanktionsbrüche:

Gegen solche Firmen und Regierungen die Verletzungen der vereinbarten Sanktionen begehen und/oder dazu ermutigen, sollte international koordiniert vorgegangen werden.

– Maßnahmen sollten gegen solche Firmen ergriffen werden, die das durch das Desinvestment geschaffene Vakuum auffüllen.

– Es sollte ebenfalls gegen solche Firmen vorgegangen werden, die sich mit der Vortäuschung des Desinvestments befassen.

– Dringende internationale Aktionen von Regierungen und einzelnen Personen sind erforderlich, um die Regierung Großbritanniens dazu zu veranlassen, von örtlichen Verwaltungen und Volksaktionen auferlegte Sanktionen nicht zu untergraben.

– Die Konferenz erläßt einen dringenden Aufruf an die Regierung Großbritanniens, nicht mit der geplanten Gesetzgebung für örtliche Verwaltungen fortzufahren, die darauf gerichtet ist, örtliche Ratsversammlungen daran zu hindern, Sanktionen zu verhängen.

– Das UN-Waffenembargo muß alle Ausrüstungen einschließen, die zu militärischen Zwecken verwendet werden können, so zum Beispiel Fernmelde-Radar, Flugzeuge und Computer-Ausrüstung.

– Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß das UN-Waffenembargo durch die nationalen Gesetzgebungen unterstützt wird, so daß Verstöße strenge Strafen nach sich ziehen.

– Lizenzen zur Herstellung von militärischer Ausrüstung in Südafrika sollten ebenso beendet und aufgekündigt werden wie Ausfuhren von Ersatzteilen und ähnlichen Ausrüstungen zur militärischen Nutzung nach Südafrika.

– Es sollten gegen jedes Land Maßnahmen ergriffen werden, das von Südafrika Waffen kauft. Diese Maßnahmen sollten in das verbindliche UN-Waffenembargo aufgenommen werden.

### Nukleare Zusammenarbeit

Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß

– Regierungen und der private Bereich die Anwerbung, die Ausbildung und den Austausch von Wissenschaftlern verbieten, die mit nuklearer Technologie zu tun haben;

– die Einfuhr von Uran aus Namibia und Südafrika verboten wird;

– die Lieferung von angereichertem Uran an Südafrika verboten wird;

– ein Mechanismus errichtet wird, um jede nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika zu überwachen, damit sie beendet werden kann;

– Südafrika sollte im Jahr 1988 aus der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ausgeschlossen werden. Es sollten aufeinander abgestimmte internationale Maßnahmen ergriffen werden, um das sicherzustellen. (...)

### **Akademischer und kultureller Boykott**

Als natürliche Folge der Entwicklung der demokratischen Massenbewegung und des Aufstiegs einer alternativen demokratischen Macht innerhalb des Landes, hat sich im Hinblick auf den akademischen und kulturellen Boykott eine neue Lage ergeben.

– Daher ruft die Konferenz den ANC auf, als dringliche Angelegenheit Beratungen mit den demokratischen Kräften innerhalb des Landes und den Anti-Apartheid-Bewegungen der Welt aufzunehmen, um die Prüfsteine und Mechanismen für die Intensivierung des akademischen/kulturellen Boykotts des unrechtmäßigen Regimes voranzutreiben und gleichzeitig die Unterstützung für die akademischen/kulturellen Kräfte des Widerstands zu stärken.

### **Mobilisierung für Volkssanktionen**

Aktionen an der Basis, die das Volk in jedem Land mit einbeziehen, sind lebenswichtig für den Erfolg der Kampagne für Sanktionen. Durch eine abgestimmte Kampagne für Volkssanktionen können sogar die unversöhnlichsten Gegner von Sanktionen dazu gebracht werden, ihre Standpunkte umzustoßen.

### **Gewerkschaften**

– Die Konferenz nimmt die wichtige Rolle der Arbeiter in der internationalen Solidaritätsbewegung zur Kenntnis und fordert die Arbeiter dringend dazu auf, eine zusehends größere Rolle in den verschiedenen Kampagnen gegen das Apartheidregime zu übernehmen.

– Arbeiter müssen mobilisiert werden, um die Abfertigung von Gütern und den Verkehr von und nach Südafrika zu verweigern.

– Einstellung von Kommunikationsverbindungen, die den Interessen des Apartheidregimes dienen.

– Die Konferenz fordert die Gewerkschaften in jedem Land auf, ihre Bildungsarbeit unter ihren Mitgliedern und darüber hinaus über die Schrecken der Apartheid, die Lebensbedingungen ihrer Arbeitskollegen in Südafrika und die Notwendigkeit von Sanktionen auszuweiten.

– Lehrgewerkschaften sind dazu aufgerufen, ihre Mitglieder zu ermutigen, ihre Schüler über die Schrecken der Apartheid und den Widerstand gegen sie, besonders unter jungen Menschen in Südafrika, aufzuklären.

– Die Gewerkschaften sollten ihre Mitglieder dazu ermutigen, sich aktiv in den breiten Kampf gegen die Apartheid einzureihen.

### **Jugend**

Die Konferenz ruft die Jugend und die Studenten der Welt auf:

– das enorme Potential unter den jungen Menschen für Aktionen gegen die Apartheid nutzbar zu machen;

– zu helfen, den akademischen und kulturellen Boykott zu intensivieren;

– zu helfen, die Kampagne zum Desinvestment von Anlagen durch die Universitäten zu verstärken;

– junge Leute zu mobilisieren, um den Sportboykott zu stärken.

### **Frauenorganisationen**

Die Konferenz fordert die Frauenorganisationen in jedem Land auf,

– das Verständnis ihrer Mitglieder und der Männer für die dreifache Unterdrückung der Frauen in Südafrika zu fördern;

– alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Volkssanktionen zur Geltung zu bringen, besonders in den Wirtschaftszweigen und Industrien, in denen Frauen beschäftigt sind. (...)

minister Barend du Plessis und Erziehungs- und Entwicklungsminister Gerrit Viljoen reisten am 8.4.1988 nach Windhoek, um mit der Interimsregierung über die Zukunft Namibias zu sprechen.

„Im Mittelpunkt der Gespräche Bothas und seines Gefolges,“ so berichtete am 8.4.1988 die Frankfurter Allgemeine, „sollen Verfassungsgarantien für die Bevölkerungsgruppen und Wahlen auf ethnischer oder regionaler Grundlage stehen. Beides wird von der Mehrheit der Übergangsregierung abgelehnt.“ Sollte sich die Interimsregierung nicht dem Willen Pretorias unterwerfen, droht ihr das gleiche Schicksal wie allen ihren Vorgängern: Sie wird in der Versenkung verschwinden – ein erneuter Beweis für die Vergeblichkeit, im Einvernehmen mit Pretoria und unter Unterlaufung des von der UNO und der SWAPO getragenen Vorschlags, eine Lösung für Namibia zu finden. Namibias Unabhängigkeit ist keine Frage von Südafrikas Gnaden, sondern eine Frage des erfolgreichen Widerstandes der NamibianerInnen gegen die koloniale Unterdrückung.

Bedrückend muß es für die Strategen in Bonn und Washington sein, daß dieser Besuch, der als letzte Warnung an die Vertreter einer internen Lösung verstanden werden kann, doch bitte nicht zu weit zu gehen, zu einem Zeitpunkt stattfindet, in dem sich Angola und die USA zu erneuten Gesprächen über einen möglichen Abzug der kubanischen Truppen treffen. Hatte doch das Junktim der US-Regierung, Namibias Unabhängigkeit und die entsprechende Bereitschaft Südafrikas hingen von eben diesem Abzug ab, Pretoria einen höchst willkommenen Vorwand geliefert, alle Bemühungen zur Umsetzung der UN-Resolution 435 zu torpedieren.

Das Verbot der südafrikanischen Anti-Apartheid-Kräfte und die erneuten kolonialherrlichen Eingriffe in Namibia, mit denen Pretoria selbst eine neokoloniale Lösung abzublocken sucht, zwingen zudem immer breitere Kreise der Weltöffentlichkeit, ihr Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen zu überdenken, die sich letztendlich als einzige Alternativen zum Apartheidregime darstellen.

Schon in der Vergangenheit haben weit-sichtige Geschäftsleute und einzelne Regierungen erkannt, daß es in Südafrika eine Zukunft ohne den ANC nicht gibt. Die derzeitige Politik Südafrikas läßt alle Strategien einer friedlichen Lösung für Südafrika sowie für seine Kolonie Namibia auch für den Dümmdsten unpraktikabel erscheinen.

Das aber bringt die Freunde des langfristigen, auf eine Reformierung – und nicht Abschaffung – der Apartheid setzenden Wandels in Argumentationsnöte. Winkeladvokaten des Apartheidregimes, die über ein umfangreiches Netz von

Hilfstruppen und immense finanzielle Mittel – auch aus der Kasse der südafrikanischen Regierung – verfügen, haben lange Jahre große Teile der Öffentlichkeit mit ihrem Reformgerede manipuliert. Sie werden es in Zukunft schwerer haben.

Der anhaltende Widerstand in Südafrika und Namibia zwingt das Apartheidregime, immer deutlicher zu zeigen, daß Apartheid nicht reformierbar ist, sie kann nur abgeschafft werden. Apartheidgegner aus Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Solidaritätsbewegung haben jetzt die Möglichkeit, ihre Forderungen nach der weiteren Isolierung des Apartheidstaates unter neuen Vorzeichen zu stellen.

Es ist in den letzten Jahren gelungen, neue Bündnispartner gegen Apartheid zu gewinnen, die Forderung nach Sanktionen wird von breiteren Kreisen gestellt. Die harten Freunde des Apartheidstaates haben in den vergangenen Wochen in der Bundesrepublik an Einfluß verloren. Drumherumgerede und mangelnde Entschlußfreude sind damit nicht aus der Welt geschafft. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß Zeiten politischer Differenzierungen unter den Herrschenden auch immer eine Chance für Veränderungen bieten.

In den USA bereitete die Diskussion um Sanktionen gegen Apartheid Reagan die erste große Niederlage – Kohl und Strauß fehlt diese Südafrika-Lektion noch.

## **Import – Export?**

„Mit eurer Gesellschaft ist doch etwas nicht in Ordnung, wenn ihr eure sexuellen Probleme in die Dritte Welt exportiert“ – so urteilt die thailändische Soziologin Sukanya Hantrakul.

Prostitutionstourismus, die von den GIs geförderte „rest and recreation“-Industrie, Frauenhandel auf aktuellen Heiratsmärkten – das alles bezieht Heidi Thiemann in ihre Untersuchung mit ein.

Sie zeigt den Zusammenhang der von Buddhismus geprägten Frauenrolle in Thailand mit ökonomischen und herrschaftsbedingten tradierten Erwartungen an die thailändische Frau von heute.

Heidi Thiemann  
FRAUENROLLE UND PROSTITUTION  
IN THAILAND  
Hochschulschriften 237  
Frauen – Studien 7  
160 Seiten, DM 18,--

Nicht nur die thailändischen Männer haben diese Frauen zu Sklavinnen, zur Ware gemacht.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

**PAHL-RUGENSTEIN**

Nr. 223

# Erklärung der westeuropäischen AABs zu Sanktionen

1. Nationale Anti-Apartheid-Bewegungen aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) trafen sich vom 13.-14.2.1988 in Bonn, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, um Meinungen auszutauschen und auf EG-Ebene konzentrierte Aktionen zu planen. Sie einigten sich auf eine Kommunikationsstruktur, durch die gemeinsame Aktionen auf EG-Ebene ermöglicht werden sollen.

2. Auf dem Treffen sprachen die Vertreter der SWAPO und des ANC für die Bundesrepublik über die jüngsten Entwicklungen des Befreiungskampfes in Namibia und Südafrika.

3. Die Teilnehmer/innen äußerten ihre tiefe Betroffenheit über die weitere Verschlechterung der Lage im Südlichen Afrika und bekräftigten einhellig

- ihre Solidarität mit den Frontstaaten und ihre Entschlossenheit, sich für eine Beendigung der Aggressionsakte und Destabilisierung Südafrikas einzusetzen,

- ihre volle Unterstützung für den Kampf des namibischen Volkes unter der Führung der SWAPO sowie für die unverzügliche Verwirklichung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435,

- ihre Solidarität mit dem ANC und dem unterdrückten Volk Südafrikas in ihrem Kampf für ein nicht-rassistisches, demokratisches Südafrika.

4. Die Teilnehmer/innen stellten fest, daß die EG Pretorias Handelspartner und Investor Nr. 1 ist. Die Zusammenarbeit von EG-Ländern mit dem Pretoria-Regime ist der bedeutendste äußere Faktor bei der Aufrechterhaltung des Apartheidsystems im Südlichen Afrika und der illegalen Besetzung Namibias. Das Treffen vergegenwärtigte sich die EG-Maßnahmen seit dem letzten EG-Sondertreffen der Anti-Apartheid-Bewegung im September 1985 kurz vor der EG-Ratssitzung in Luxemburg. Die Sanktionsmaßnahmen des Ministerrats vom September 1985 und September 1986 stellen eine vollkommen unangemessene Antwort auf die Krise im Südlichen Afrika dar. Viele EG-Mitgliedsstaaten weigern sich, diese Sanktionsmaßnahmen strikt umzusetzen. Dies unterstreicht die Tatsache, daß nicht nur die betreffenden Staaten, sondern auch die EG als Ganzes keinen politischen Willen zur Konfrontation mit dem Apartheidregime besitzen. Die nachhaltige Weigerung der EG, einen wirksamen Beitrag zu internationalen Aktionen gegen Apartheid zu leisten, was vor allem im Vergleich zu den skandinavischen Ländern auffällt, steht in scharfem Gegensatz zu dem klar formulierten Willen der Völker der EG-Länder.

5. Die Anti-Apartheid-Bewegungen der EG-Länder wollen sich in ihren Kampagnen für die Umsetzung umfassender, bindender Sanktionen seitens des UN-Sicherheitsrats einsetzen. Sie mobilisieren für Volkssanktionen gegen alle Formen der Kollaboration mit Apartheid-Südafrika und dem besetzten Namibia.

6. Das Treffen unterstrich, daß bis zur Verhängung von umfassenden, bindenden Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat ein wirksames Sanktionsprogramm der EG und der Mitgliedsstaaten vonnöten sei. Die Teilnehmer/innen sprachen sich einhellig für eine stärkere Zusammenarbeit unter den Anti-Apartheid-Bewegungen der EG-Länder aus, um größtmöglichen Druck auf den EG-Ministerrat, die EG-Kommission und das Euro-



Polizeieinsatz gegen Apartheid-Gegner vor der südafrikanischen Botschaft in Den Haag

päische Parlament auszuüben. Für die Zeit der bundesdeutschen EG-Präsidentschaft einigten sie sich auf koordinierte Aktionen in den folgenden Bereichen:

- a) Sanktionen gegen südafrikanische Kohle;
- b) alle bestehenden und zukünftigen Sanktionsmaßnahmen sollen sich sowohl auf Namibia als auch auf Südafrika beziehen;
- c) Computer- und Elektronikexporte nach Südafrika und Namibia sowie die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit dem Pretoria-Regime sollen gestoppt werden.

Diese Aktionen gewinnen eine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des EG-Gipfels, der vom 27.-28. Juni 1988 in Hannover stattfinden wird.

7. Das Treffen betrachtete es als vollkommen unakzeptabel, daß das illegitime und kriminelle südafrikanische Regime mit der EG diplomatische Beziehungen unterhalte und Diplomatenstatus bei der EG innehatte. Dies spreche der ausdrücklichen EG-Opposition gegen Apartheid Hohn und ermögliche es Agenten des südafrikanischen Regimes, diplomatische Immunität zu genießen.

Die Teilnehmer/innen kamen überein, daß die koordinierte Arbeit der Anti-Apartheid-Bewegungen aus den EG-Ländern vorrangig auf die Schließung der diplomatischen Vertretung Südafrikas bei der EG-Kommission abzielen müsse.

8. Auf dem Treffen wurde eine Reihe weiterer Kampagnenfelder diskutiert. Größte Sorge besteht über das Schicksal zum Tode verurteilter Jugendlicher in Südafrika wegen deren Beteiligung an Anti-Apartheid-Aktionen. Besondere Beachtung verdient hier der Fall der „Sharpeville 6“. Während die diesbezügliche EG-Intervention begrüßt wurde, forderte das Treffen die EG-Mitgliedsstaaten und die EG als Organisation zu wirksamen Schritten auf.

Das Treffen verurteilte die fortgesetzte Haft von Nelson Mandela und anderen Führern des Befreiungskampfes in Südafrika und Namibia. Der 70. Geburtstag von Nelson Mandela wurde als eine einzigartige Gelegenheit angesehen, die Öffentlichkeit in Europa und der Welt für dessen bedingungslose Freilassung und die aller

anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia zu mobilisieren. Es wurde festgestellt, daß der Ministerrat, der Europarat und das Europaparlament zwar wiederholt Nelson Mandelas Freilassung gefordert hatten, daß die EG jedoch keine wirksamen Schritte zu seiner Freilassung unternommen habe. Das Treffen beschloß koordinierte Aktionen zum 70. Geburtstag Nelson Mandelas am 18.7.1988 in den EG-Ländern.

9. Die Anti-Apartheid-Bewegungen der EG-Länder einigten sich auf eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Kommunikation untereinander. Ein neues Treffen wurde für den Beginn der griechischen EG-Präsidentschaft festgelegt. Eine Kontaktaufnahme zwischen ihnen und der Gruppe der AKP (= Afrika-Karibik-Pazifik)-Staaten sowie den Fraktionen des Europaparlaments wurde vereinbart.

10. Die Anti-Apartheid-Bewegungen der EG-Länder sind sich der Legitimität des Kampfes der Völker Namibias und Südafrikas und der Unterstützung aus ihren Ländern bewußt. Sie sind der Auffassung, daß sie die wahren Interessen und Hoffnungen der Völker der EG-Länder vertreten.

Sie wollen alles in ihrer Macht Stehende zum grundlegenden Wandel der EG-Politik tun, so daß diese einen wirklichen Beitrag zur Abschaffung der Apartheid, zur Unabhängigkeit Namibias und zum Frieden im Südlichen Afrika leistet.

**Belgien:** Comité contre le colonialisme et l'apartheid; **Bundesrepublik Deutschland:** Anti-Apartheid-Bewegung; **Dänemark:** National Committee South Africa Action; **Frankreich:** Rencontre Nationale contre l'apartheid, Mouvement Anti-Apartheid; **Griechenland:** Greek Committee for International Democratic Solidarity; **Großbritannien:** Anti-Apartheid Movement; **Irland:** Irish Anti-Apartheid Movement; **Italien:** Coordinamento Nazionale Anti-Apartheid; **Niederlande:** Anti-Apartheid Bewegung, Holland Committee on Southern Africa; **Spanien:** Movimiento Anti-Apartheid Español.

Bonn, 13./14. Februar 1988

# 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

2.6. – 5.6.1988 in Frankfurt



Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden. Den Schuldnerländern ist dies angesichts des wirtschaftlichen Ruins und sozialen Elends ihrer Gesellschaften eine existenzielle Gewißheit geworden. Aber auch bei den an den Kreditgeschäften gut verdienenden Banken in den Industrieländern setzt sich die Einsicht mehr und mehr durch, daß die bisher praktizierte Bereicherungspolitik sich nicht in dieser Weise ungehemmt fortsetzen läßt, wollte man sich nicht selbst seiner ergiebigsten Profitquellen berauben.

Vielfältig ist das, was aktuell als »Wege aus der Schuldenkrise« diskutiert wird – von der traditionellen Umschuldungspraxis über die Reformierung von Weltwirtschaft und Weltwährungssystem bis hin zu Forderung tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderung.

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung sieht eine globale Schuldenstreichung als einen ersten notwendigen Schritt an, dem aber weitere in Richtung auf gerechtere Weltverhältnisse folgen müssen. Die

von ihr zu entwickelnden Lösungsstrategien müssen ebenso wie die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Industrieländern im Blick haben. Hier sitzen die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik, aber auch Betroffene der weltweiten krisenhaften Umstrukturierung der Wirtschaft.

Neben diesem inhaltlichen Programm bietet der 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen die Möglichkeit, gemeinsam über die Aktionen zu der IWF/Weltbank-Tagung im September 1988 in West-Berlin zu beraten.

Dafür, daß Theorie und Praxis zu einer Einheit verschmelzen können, bietet der Bankenplatz Frankfurt beste Voraussetzungen. Mit Aktionen an den Standorten der nationalen und internationalen Finanzwelt soll während der Kongreßtage ein Stück praktischer Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56  
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

## »Gegen die Macht des Geldes — Wege aus Verschuldung und Elend«

# Arbeitsgruppen

## Parallel laufende Arbeitsgruppen und Workshops

Arbeitsgruppen, die vor allen Dingen für diejenigen geeignet sind, die sich erste Einblicke in die Verschuldungs- und Weltwirtschafts-problematik verschaffen wollen. U.a. anhand konkreter Länderbeispiele soll der Mechanismus der Verschuldung, ihre ökonomischen und politischen Ursachen, sowie die Funktionsweise des Weltmarktes und des Weltwährungssystems dargestellt werden:

1. **Weltwirtschaft und Verschuldung – eine Einführung.**
  2. **Weltwirtschaft und Verschuldung – eine Einführung.**
  3. **Weltwirtschaft und Verschuldung am Beispiel Brasilien.**
  4. **Weltwirtschaft und Verschuldung am Beispiel Südkorea.**
- »Lösungsansätze«, Befreiungsstrategien und Alternativen:

### 5. Modelle der Entschuldung

Case by Case oder globale Schuldenstreichung?

- Die Praxis der traditionellen Umschuldung
- Debt-to-Equity-Swap
- Das Mexiko-Modell
- Schuldnerkartell als Ausweg?
- Partieller Schuldenerlaß, bzw. Schuldenumwandlung
- »Entwicklungskonforme Konditionalität«?
- Die politischen Vorschläge Fidel Castros

### 6. Entwicklung und Neue Weltwirtschaftsordnung

Systemkonforme Reform der Weltwirtschaft oder wirkliche Demokratisierung der internationalen Beziehungen?

- Ansätze in der Rohstoffpolitik (UNCTAD, AKP, OPEC)
- Souveränität über nationale Ressourcen
- Kontrollkodices für Transnationale Konzerne
- Künftige Rolle der internationalen Finanzorganisationen versus UNO
- Neue Weltwirtschaftsordnung und Internationale Ökonomische Sicherheit

### 7. Weltwirtschaftlicher Umbruch und Interessenlage in den Industrieländern

Interessen und Aufgaben sozialer Bewegungen hierzulande

- Neue Weltwirtschaftsordnung »auf unsere Kosten«
- Interessenidentität und/oder -gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern?
- Regionale Strukturkrisen und Dritte Welt (z.B. Stahl, Textil, Werften)
- Verschuldung, Arbeitslosigkeit und neue Armut

### 8. Weltwirtschaft und Alternative Wirtschaftspolitik

Illusion oder reale Utopie

- Weltmarkt- oder Binnenmarktorientierung?
- Außenwirtschaftlicher Umbau
- Regulierung/Konditionalisierung von Kapitalexport
- Nationalstaat oder »Weltregierung«?
- Bedarfsprofile – national und international
- Was fordert die Dritte Welt?
- Anders leben in den Metropolen, neue Konsummuster

### 9. Reparationen für/Ressourcentransfer in die Dritte Welt

»Entwicklungshilfe« – Einstellen oder Umstellen?

- Entwicklungshilfe schadet nur
- Soziale Konditionen oder Auflagenverzicht?
- Transferleistungen/Quantifizierung/Bsp. 0,7%-Ziel
- Völkerrechtliche Ansprüche der Dritten Welt: Reparationen/Kompensationen/Wiedergutmachung?

### 10. Revolutionen im Würgegriff des Weltmarktes

Zum Scheitern verurteilt?

- Beispiel Nicaragua/Kuba
- Beispiel Wirtschaftsgemeinschaft der Frontstaaten SADCC
- collective self-reliance
- Alte und neue herrschende Klassen

In den folgenden sieben Arbeitsgruppen werden die Schnittstellen zwischen der Verschuldungs-/Weltwirtschaftsproblematik mit aktuellen in der Bundesrepublik laufenden Auseinandersetzungen und Sozialen Bewegungen thematisiert:

### 11. Verschuldung und Militarisierung

- Rüstungsexporte
- Militärisch-Industrieller Komplex

- Das US-amerikanische Aufrüstungsprogramm
- Abrüstung als Weg aus der Schuldenkrise?

### 12. Weltweite Flüchtlingsströme

- Neuordnung des internationalen Arbeitsmarktes – Flüchtlinge als neues internationales Proletariat
- Konzentrierte Verschärfung des Asylrechts in Europa
- Hunger als Waffe
- Das politische Potential der Flüchtlingsströme

### 13. Gen-Technologie/Bevölkerungspolitik

- Gen- und Bio-Technologie – der profitträchtige Zukunftsmarkt für die Pharma-/Chemie-Industrie
- Entwicklungsländer als Rohstoff- und Nahrungsmittel-lieferanten durch Gen-/Bio-Techniken bald vom Markt konkurriert
- Gen-Technologie als imperialistisches Instrument der Bevölkerungspolitik
- Angriff des Patriarchats auf die Reproduktionsfähigkeit der Frauen

### 14. Ökologie

- Die Verantwortung von IWF/Weltbank für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Gleichzeitigkeit des Kampfes für den Schutz der Natur und für die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen
- Umweltverträglichkeitsauflagen für Weltbankprojekte oder Abschaffung der Weltbank?
- Strategien der weiteren politischen Arbeit

### 15. Abbau von Grundrechten/ Ausbau des staatlichen Repressionsapparates

- Was soll alles unter Strafe gestellt sein? – §129, §129 a, §130, §130 a
- Zusammenhang von Repressionsverschärfung, Krise von Wirtschaft und Gesellschaft und politischer Opposition
- Von der Kriminalisierung der Aktionsformen zur Kriminalisierung der Inhalte

### 16. Feminisierung der Armut

- Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Frauen in den Ländern der Dritten Welt und in den Industrieländern, die gleiche Betroffenheit
- Weltweite Hausfrauisierung der Arbeit
- Verschlechterung der Situation der Frauen durch konservative Verschärfung der Familienpolitik
- Beherrschung der Geldstrukturen durch das Patriarchat

Workshops, in denen ein anderer Zugang zur Problematik von Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise gefunden werden soll, als über den gewohnten Seminararbeitsgruppenstil:

### 17. Durch Literatur und Dichtung

Texte Betroffener werden vorgetragen und diskutiert

### 18. Durch Theater

Z.B. das Einüben von kurzen Szenen zum Thema, die während des Kongresses oder im Rahmen von Aktionen in Frankfurt vorgeführt werden sollen

### 19. Durch bildnerische Kunst

Beurteilung und Bewertung von Karikaturen und Plakaten, die das Kongreßthema zum Gegenstand haben

### 20. Journalisten-Workshop

Hier soll ganz praktisch überlegt werden, wie die IWF/Weltbank-Kampagne im Vorfeld und während der Tagung im September in West-Berlin publizistisch und medienwirksam begleitet werden kann. Ein konkreter Vorschlag ist die Erstellung einer Kampagnen-Zeitung, deren Konzeption hier erarbeitet werden soll.

Und zum Schluß noch zwei Arbeitsgruppen:

### 21. Verschuldung und Krieg in Äthiopien

- Verschuldungssituation in Äthiopien
- Zusammenhang von Krieg und Verschuldung
- Hunger und Schuldendienst

### 22. Landwirtschaft im Zeichen der Verschuldungskrise

- Verschuldete Bauern hier und in der Dritten Welt
- Ursachen der Verschuldung
- Parallelen in der Agrarentwicklung
- Hilft eine Schuldenstreichung?
- Entschuldungsprogramm für bundesdeutsche Bauern

# Aktionen

Nicht zufällig wurde vor einem Jahr beschlossen, den 12. Bundeskongreß in Frankfurt durchzuführen. In Frankfurt haben neben vielen anderen Banken auch jene Banken ihren Zentralsitz, die an Verschuldung und Elend in der Dritten Welt verdienen: die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank.

In Frankfurt und in unmittelbarer Nachbarschaft stößt der/die entwicklungspolitisch Interessierte aber noch auf andere aus seiner/ihrer politischen Arbeit bekannten Namen:

z.B. der Pharmakonzern Hoechst, der gut am Medikamentenhandel mit der Dritten Welt verdient; oder die Degussa, die Metallgesellschaft, und schließlich NUKEM, ALKEM u.a. in Hanau, allesamt wichtige Stützen des bundesdeutschen Atomprogramms, u.a. auch im illegalen Urangeschäft mit Namibia verwickelt. Auf dem Finanzsektor noch die KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau. Über sie wird die Finanzhilfe der deutschen Entwicklungshilfe abgewickelt. Auch die Deutsche Bundesbank hat ihren Sitz hier. In Eschborn unweit von Frankfurt das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Genehmigungsbehörde für Deutsche Ausfuhren, auch für bundesdeutsche Kriegswaffen. Hier wurde schon so manches Kriegsgut »zivilisiert«, damit es die Grenze passieren durfte. Zu schlechter Letzt noch der Rhein-Main-Flughafen – Drehscheibe für die

Schnelle Eingreiftruppe der USA und Abschiebeflughafen für abgewiesene Asylbewerber/innen.

Es ist nicht geplant, den Kongreß während der vier Tage völlig unbemerkt von der Frankfurter Bevölkerung durchzuführen, sondern die oben erwähnten besonderen Bedingungen Frankfurts zum Anlaß zu nehmen, mit geeigneten einfallsreichen Öffentlichkeitsaktionen auf die Verantwortung der Industrieländer für Elend und Unterdrückung in der Dritten Welt aufmerksam zu machen.

## Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird auch in Frankfurt eine Medienbörse eingerichtet werden. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen.

Wegen des Platzmangels bitte unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden.

Standgebühr für kommerzielle Stände: DM 20,-



Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen( wenn's geht bis zum 24. April 1988)

## Anmeldung für den 12. Bundeskongreß in Frankfurt, 2.6. - 5.6.1988

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

- 1) Name der Gruppe/Institution: .....
- 2) Anschrift: .....
- 3) Status  örtliche Basisgruppe  
 Institution/Bundesverband  
 sonstige/r Teilnehmer/in
- 4) Mitglied:  ja  nein  
 Interesse an der Mitgliedschaft  
 Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

**Koordinierungsausschuss**

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuss kandidieren können.

Interessierte bitte melden bei:

BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56.

**Resolutionen**

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.88 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

**Vorbereitungsmaterialien**

Als Vorbereitungsmaterialien wird ein Vorbereitungs-FORUM an die Teilnehmer/innen mit der Anmeldebestätigung geschickt.

**Motto**

Außerdem muß auch ein Motto für den 13. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

**Teilnahme**

Teilnehmen am 12. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1988 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 156,- DM (inkl. FORUM-Abo). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 286,- DM, inkl. FORUM-Abo).

**Anmeldung**

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden: Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postgiraamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201. Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppen deutlich an. Anmeldeschluß ist der 24. April 1988.

**Termin und Ort**

Der 12. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 2.6. bis Sonntag, 5.6.1988 in der Fachhochschule Nordweststadt/Bürgerhaus Nordweststadt, Frankfurt, statt.

**Fahrtkosten**

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

**Essen**

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die Teilnehmer/innen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

**Kinder**

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

**Donnerstag, 2.6.88**

12.00 bis 14.00	Anmeldung im Bürgerhaus Nordwest-Stadt
14.00	Begrüßung, anschließend Berichte über den Stand der Aktivitäten im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne; anschließend offene Diskussion im Plenum, Kritik, Lob, Fehler, wie kann's besser laufen, etc;
18.00	Abendessen
19.00	Einführungsvortrag: Wege aus Schulden und Elend – Forderungen und Lösungsstrategien, Hübner/Rojas, Berlin (angefragt)
ab 21.00	von jetzt an gemütlich...

**Freitag, 3.6.88**

9.00	spritzige, lebendige, phantasievolle etc. Aktionen im Stadtgebiet der Bankenmetropole Frankfurt; anschließend Mittagessen;
14.30	Arbeitsgruppen und Workshops;
19.00	Abendessen
20.00	»Schuldenrevue« – Musik, Sketche etc. zum Thema

**Samstag, 4.6.88**

9.00	Fortsetzung der Arbeitsgruppen und Workshops;
13.00	Mittagessen
14.00	Rechenschaftsbericht des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des FORUM und anderer BUKO-Bereiche, weitere Planung der BUKO-Arbeit: Seminare, Kampagnen, BUKO 13 etc.; Wahl des Koordinierungsausschusses; Abstimmung von Resolutionen;
19.00	Abendessen
abends	Fete, Medienschau, Gruppentreffen, Projektvorstellungen etc.

**Sonntag, 5.6.88**

9.30	Vortrag: Zwischen Frühjahrs- und Herbsttagung '88 und darüberhinaus – Neuere Strategien von IWF und Weltbank Herbert Schui, Hamburg; anschließend Diskussion
11.00	Bericht der Arbeitsgruppenergebnisse, Diskussion und Weiterarbeit in der IWF/Weltbank-Kampagne;
14.00	Mittagessen, anschließend Abreise.



5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

1. ....	Schlafplätze nötig für:*
..... Interesse an AG: .....	Do Fr Sa So

2. ....	Do Fr Sa So
..... Interesse an AG: .....	

3. ....	Do Fr Sa So
..... Interesse an AG: .....	*Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

ich biete     ich suche    Mitfahrgelegenheit für ..... Personen.

7)  wir bringen Kinder mit

wieviele? ..... Alter? ..... Jahre    an folgenden Tagen: .....

Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnehmerpreis von 70,- DM/90,- DM pro Person am ..... überwiesen.

Datum .....    Unterschrift .....

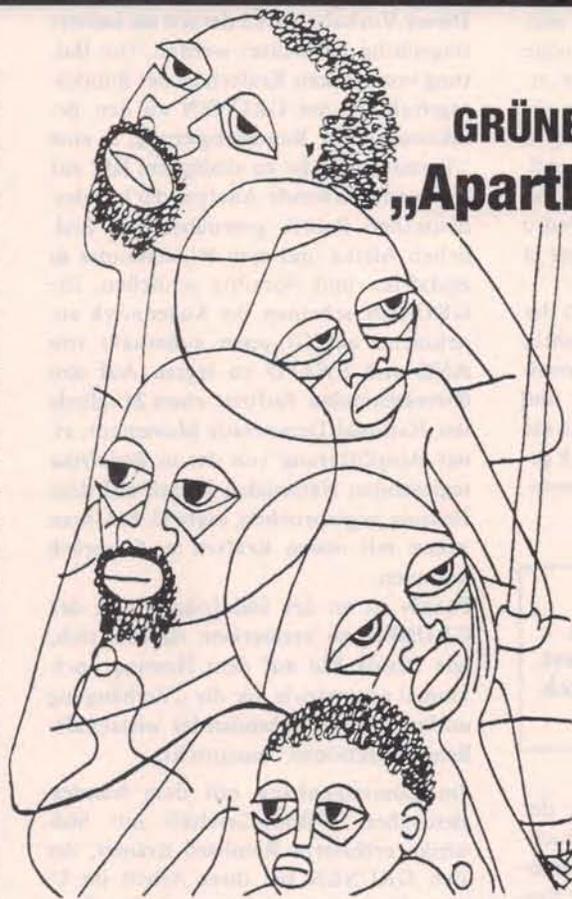
„Beendet Südafrikas Krieg gegen die Nachbarstaaten — Apartheid tötet auch in Mosambik.“ Unter diesem Motto begann im März d.J. eine breitangelegte Öffentlichkeitskampagne zur Lage in Mosambik. Sie wird u.a. von den GRÜNEN, dem Koordinierungskreis Mosambik, der informationsstelle südliches afrika und terre des hommes getragen.

Diese Kampagne ist von großer Aktualität, hat doch der Destabilisierungsdruck Südafrikas auf Mosambik und Angola in der letzten Zeit noch zugenommen und ist die BRD doch eine der wichtigsten Stützen des Apartheidstaates. Bereits im Vorfeld der Kampagne wurden interessante Details der Beziehungen der CSU zum sog. Nationalen Mosambikanischen Widerstand (RNM) bekannt.

Am 28. Januar d.J. veröffentlichte der Stern Auszüge aus einem Brief von Dieter A. Schmidt, Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CSU, an einen RNM-Vertreter namens Francisco Nota Moises. In diesem bestätigte er, „daß wir schon in direktem Kontakt mit dem Präsidenten und Oberbefehlshaber Ihrer Organisation in der 'Casa Banana' und deshalb ständig und ausreichend über die Probleme ihrer Organisation informiert sind“. Er hob „die Wichtigkeit der von Ihnen geforderten Unterstützung sowohl in der Bundesrepublik als auch in West-Europa“ hervor und hoffte, „daß auch andere Politiker der westlichen Welt Ihr Anliegen nicht ignorieren werden“. Zum Schluß wünschte Schmidt dem RNM-Vertreter „viel Glück und Erfolg für Sie selbst und Ihre schwierige und bedeutende Aufgabe“.

Weitere Kontakte der RNM zu CDU- und CSU-Kreisen sind bekannt. Der RNM-Sekretär für Auswärtige Beziehungen, Arturo da Fonseca, residiert in Heidelberg. Führungsgremien des RNM trafen sich in der BRD. Auf der Rundreise der Frelimo-Delegation Ende März im Rahmen der Kampagne traten in Frankfurt und in Marburg Mitglieder oder Sympathisanten des RNM in Erscheinung.

Den öffentlichkeitswirksamen Auftakt der Kampagne „Apartheid tötet auch in Mosambik“ bildete eine öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion der GRÜNEN am 14. und 15. März, zu der eine fünfköpfige Delegation aus Mosambik, bestehend aus Vertretern der Frelimo-Partei und Augenzeugen des Krieges, eingeladen war. In seinem Einleitungsreferat skizzierte José Luís Cabaço, für internationale Beziehungen zuständiger Sekretär des Zentralkomitees der Frelimo, die Ziele, die Strategie und die Konsequenzen der südafrikanischen De-



stabilisierungspolitik, die Gegenmaßnahmen Mosambiks und die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft für die Völker des Südlichen Afrika.

Südafrika wolle die unabhängigen Staaten der Region in einer Klientenposition halten und das Überleben der Apartheid sichern. Das Gesellschaftsmodell Mosambiks stelle für den Apartheidstaat eine Herausforderung dar. Mosambik sei ein Schlüsselstaat für die Bemühungen der Entwicklungskoordinierenden Konferenz des Südlichen Afrika (SADCC), die Abhängigkeit von Südafrika abzubauen. Denn die Häfen und Transportwege Mosambiks stellten für die Binnenstaaten eine entscheidende Alternative zu den Transitverbindungen durch Südafrika dar. Daher seien die Transporteinrichtungen Mosambiks auch immer wieder Ziel von Sabotageakten Südafrikas. Hauptinstrument der militärischen Destabilisierung sei der Einsatz bewaffneter Banditen. „Das Hauptziel ist“, so führte Cabaço aus, „Mosambiks Wirtschaft und Gesellschaft zu verkrüppeln oder zum Erliegen zu bringen. ... Wir glauben nicht, daß es das unmittelbare Ziel Pretorias ist, die Regierung Mosambiks auszuwechseln; es ist eher, das Regieren Mosambiks unmöglich zu machen.“

Die materiellen Schäden der südafrikanischen Destabilisierungspolitik beliefen sich in den SADCC-Staaten insgesamt auf 14 Mrd \$. Mehr als eine halbe Million

Joachim Becker  
**GRÜNEN-Hearing in Bonn**  
**„Apartheid tötet auch in Mosambik“**

Mosambikaner starben als direkte oder indirekte Folge des Krieges. 1,8 Mio Mosambikaner wurden aus ihren Heimatorten vertrieben.

„Sie haben keine Häuser, weil diese von den Banditen zerstört wurden. Sie haben keine Kleidung, weil ihre Kleidung von den Banditen geplündert wurde. Sie haben keine Nahrung, weil die Banditen ihre Ernten und Lagerstätten verbrannten. Wir haben 200.000 Kinder, die nicht wissen, wo ihre Eltern sind oder ob sie noch leben. Die Kinder sind traumatisiert, weil sie sahen, wie die Eltern oder ein Verwandter barbarisch angegriffen oder ermordet wurden.“

Die Regierung bemühe sich um die Reintegration der Vertriebenen, die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur und der Familienlandwirtschaft und die Sicherstellung der Verteidigung der Gemeinschaften gegen weitere Angriffe. Das Südliche Afrika, so Cabaço, brauche humanitäre, politische und wirtschaftliche Unterstützung, aber auch Unterstützung im militärischen Bereich, um die Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu steigern. Mosambik habe Abkommen einer militärischen Kooperation mit Großbritannien, Spanien und Portugal geschlossen. Maßnahmen gegen Apartheid seien essentiell. Mosambik befürworte Sanktionen.

Zwei Augenzeugen, die Milizionärin Luisa Belarmino und der zwölfjährige

Pedro Francisco Cossa, machten deutlich, was die Schrecken des Krieges konkret bedeuten. 1985 mußte Pedro mit ansehen, wie die RNM-Banditen seine Eltern und seinen Zwillingsbruder ermordeten. Ihn selbst verschleppten sie. Pedro wurde dann sechs Monate lang in einer Basis des RNM militärisch ausgebildet und mußte sich an Angriffen des RNM beteiligen. Erst 1987 konnte Pedro dem RNM entkommen. Er lebt heute in einem Heim in Maputo.

Einen zweiten Schwerpunkt – nach der Darstellung der Destabilisierungspolitik des Apartheidstaates gegen die Frontstaaten, insbesondere Mosambik, und deren schrecklichen Folgen – bildete die Analyse der bundesdeutschen Politik gegenüber dem Südlichen Afrika, insbesondere Mosambik.

**Die Annahme, daß sich die Politik der BRD im Südlichen Afrika nicht geändert habe, verkennt ihr Streben nach einer „Vermittler“rolle**

Weder die Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Ursula Eid, noch der als Sachverständiger eingeladene Sozialwissenschaftler Peter Meyns mochten eine Veränderung der bundesdeutschen Politik gegenüber dem Südlichen Afrika erkennen. Dies ist jedoch eine unzulängliche Einschätzung der derzeitigen bundesdeutschen Politik.

Die Bundesregierung versucht derzeit, sich mit einer verstärkten Unterstützung der Frontstaaten größere Spielräume bei der Stabilisierung des Apartheidstaates zu verschaffen. Eine unzureichende Analyse der Politik der Bundesregierung hat auch negative Konsequenzen für die Praxis. So fand die Idee, durch die Bundesrepublik Deutschland eine Konferenz zu Südafrika auszurichten, an der Vertreter des südafrikanischen Regimes, seiner Kollaborateure und von Widerstandsorganisationen aller Schattierungen teilnehmen sollten, Unterstützung in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN. Ein ähnliches Vorhaben gab es zu Namibia. An einer vorbereitenden Reise nach Südafrika, Namibia, Angola und Sambia wollte sich auch Ursula Eid beteiligen. Da die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO), der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), die Vereinigte Demokratische Front (UDF) und andere demokratische Kräfte nach dem Strauß-Besuch ablehnten, sich mit der Bundestagsdelegation zu treffen, wurde die Reise im Februar d.J. abgesagt. Wie die Frankfurter Allgemeine am 21. März berichtete, sollen die GRÜNEN bedauert haben, daß das Vorhaben scheiterte, die Apartheid-Regierung und Ver-

treter des Widerstands an einem Tisch zusammenzubringen.

Dieses Vorhaben muß derzeit als äußerst fragwürdig betrachtet werden. Die Haltung von starken Kräften in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN zu den Bemühungen der Bundesregierung, in eine „Vermittler“rolle zu schlüpfen, läßt auf eine unzureichende Analyse der bundesdeutschen Politik gegenüber dem Südlichen Afrika und dem Widerstandes in Südafrika und Namibia schließen. Die GRÜNEN scheinen ihr Augenmerk zunehmend auf Gruppen außerhalb von ANC und SWAPO zu legen. Auf den überraschenden Auftritt eines Mitglieds des National Democratic Movement, einer Abspaltung von der in Südafrika regierenden Nationalen Partei, auf dem Hearing angesprochen, sagte U. Eid, man müsse mit neuen Kräften ins Gespräch kommen.

Positiv ist an der Südafrika-Politik der GRÜNEN zu vermerken, daß sie sich, wie Ursula Eid auf dem Hearing noch einmal unterstrich, für die „Verhängung umfassender und bindender wirtschaftlicher Sanktionen“ ausspricht.

Im Zusammenhang mit dem bundesdeutschen U-Boot-Geschäft mit Südafrika erläuterte Reinhard Krämer, der den GRÜNEN bei ihrer Arbeit im U-Boot-Untersuchungsausschuß des Bundestages zuarbeitet, die Rolle südafrikanischer U-Boote im Krieg gegen Angola, Mosambik und Namibia. Seit etwa einem Jahrzehnt rüstete Südafrika seine Marine nicht als Hochseestreitmacht zur „Sicherung“ der Seewege, sondern zum Ein-

satz in seinen Regionalkriegen aus, so Krämer. So hätten U-Boote nachweislich dem Transport von Munition für den RNM, von Führern und Truppen des RNM und südafrikanischen Sabotagekommandos nach Angola und Mosambik gedient. Um seine U-Boot-Flotte zu erneuern und in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken, kaufte Südafrika die Konstruktionsunterlagen in der BRD, nachdem Frankreich den Verkauf von U-Booten an Südafrika abgelehnt hatte.

Das aus der BRD gelieferte Material, einschließlich Komponenten, reiche Südafrika zum U-Boot-Bau aus. Noch im April 1987 habe Südafrika Lizenzgebühren in Höhe von 2 Mio DM für den U-Boot-Bau geleistet. Die U-Boote hätten einen Aktionsradius von 6.000 nautischen Meilen, was der Entfernung von der südafrikanischen Marinebasis Simonstown bis zu den angolanischen Ölanlagen in Cabinda und zurück entsprechen. Sie böten viel Raum für umfangreiche Truppen und seien mit speziellen Waffensystemen ausgerüstet.

Im dritten Teil des Hearings ging es um die Solidaritätsarbeit mit dem Südlichen Afrika. Vertreter des DGB, beider großer Kirchen, des Koordinierungskreises Mosambik und in Mosambik tätiger Hilfsorganisationen skizzierten ihre diesbezüglichen Vorstellungen und Arbeit. Jochen Gerdes, Vorstandsmitglied von terre des hommes, unterstrich hierbei noch einmal die Notwendigkeit, die Unterstützung der Frontstaaten mit Sanktionen gegen Südafrika und Namibia zu verbinden.

## Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1/Januar-Februar 1988

Schwerpunkt: Frontstaaten unter Druck. Sanktionen gegen Südafrika – Unterstützung für SADCC! ● Die Region als Geisel – Auswirkungen von Sanktionen gegen Südafrika auf die Frontstaaten ● Bericht eines Europaparlamentsausschusses über die geringen Auswirkungen der EG-Maßnahmen 1985 und 1986 ● Die BRD-Politik gegenüber der SADCC ● Angola: Beziehungen zu USA und Westeuropa. Reorganisation der Wirtschaft ● CSU-Kontakte zur MNR ● Nachwahlen in Simbabwe  
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM  
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 148/März 1988

Schwerpunkt: Menschenhandel mit der Dritten Welt ● Der totale Ausverkauf ● Der Handel mit Adoptionskindern ● Alle Frauen sind Fremde – Prostitutionstourismus in Thailand ● Der kaufende Mann ● Solidaritätsgruppen gegen den Frauenhandel und Projekte gegen Sextourismus ● Außerdem: Mosambik, Brasilien, Sri Lanka, Berlinale  
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM  
Bezug: Iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/1988

Thema: Philippinen – Mythos eines Machtwechsels ● Die zweifelhafte Karriere des Oberst Honasan ● Die Dynastien bleiben an der Macht ● Die „Wunder“ einer „Revolution“ ● Landreformprogramm ● Die neue Verfassung ● Wirtschaftspolitik ● Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung ● Menschenrechtssituation ● Vigilantes auf dem Vormarsch ● Philippinischer Kommunismus ● Schwere Zeiten für die Linke ● Die Bischofskonferenz und die Aquino-Regierung  
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM  
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

ila-info, Nr. 114/April 1988

Schwerpunkt: Aufbruch in El Salvador ● Beiträge von Teilnehmern der Aktion „Ein Konvoi für El Salvador“: Widerstand der Zivilbevölkerung in Morazan ● Besuch bei Flüchtlingen ● Agrarreform ● Volksbewegung ● Bilanz der Weihnachtsaktion ● Außerdem: Antisemitismus in Argentinien ● US-Intervention in Panama ● Aus für den deutschsprachigen ips-Dienst? ● Diffamierungskampagne gegen den BUKO  
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM  
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Am 8. April d.J. gab der UN-Beauftragte Diego Cordovez bekannt, daß das von ihm vermittelte Afghanistan-Abkommen nun unterschriftsreif sei. Pakistan und die USA hatten im Vormonat in Genf noch einmal hoch gepokert, als sie mit dem Nachschieben von Zusatzforderungen (Symmetrie der Militärhilfe von UdSSR und USA an Kabul bzw. die Contras, Übergangsregierung in Kabul, Anerkennung des afghanisch-pakistanischen Grenzverlaufs) neue Hindernisse für die Gegenseite aufbauten. Den Ausschlag für die schließliche Genfer Einigung gab ein ad-hoc-Treffen von Michail Gorbatschow und dem afghanischen Präsidenten Najibullah am 7. April in Taschkent (siehe Kasten).

Die noch für April angesagte Abkommens-Unterzeichnung in Genf schließt eine Garantieerklärung der UdSSR und USA ein. Und sie schafft neue Voraussetzungen, um im Innern Afghanistans einem Kompromißfrieden näher zu kommen.

**Wilfried Helms**

# Durchbruch in der Afghanistanfrage

Am 8. Februar d.J. gab Michail Gorbatschow eine Erklärung zur Afghanistanfrage ab, mit der er weitgehende Zugeständnisse bezüglich des Abzugs der Sowjettruppen aus Afghanistan machte. Er setzte als Termin für den Beginn des Abzugs eine Frist von zwei Monaten nach Unterzeichnung eines Abkommens. Innerhalb von zehn Monaten oder früher würde der Abzug vollendet sein, wobei der Großteil der Truppen in der ersten Etappe heimkehren würde. Gleichzeitig hob er das Junktim von Abzug und Garantie einer Regierungsbeteiligung der seit 1978 machtausübenden Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) auf. Die Bildung einer Regierung sei „eine rein interne afghanische Frage. Sie kann nur von den Afghanen selbst entschieden werden“.<sup>1</sup>

Die Sowjetunion zeigte sich fest entschlossen, ihre Truppen abzuziehen – notfalls auch ohne Abkommen.<sup>2</sup>

Ihre Beweggründe: Afghanistan, soviel steht fest, wird ein neutraler, blockfreier und unabhängiger Staat bleiben. Mit der Lösung des Konflikts ist die Hoffnung verbunden, einen „Durchbruch in der Kette der regionalen Konflikte“ zu erzielen<sup>3</sup> – Afghanistan als Modell insbesondere auch für Nicaragua, Angola, Kambodscha.

Drittens hat sich gezeigt, daß eine Fortdauer der militärischen Auseinandersetzung keine Stabilität bringt. Dies und das Moskauer „Neue Denken in den internationalen Beziehungen“ haben zu einer grundsätzlichen Neubewertung des Konflikts und seiner politischen, sozialen und ökonomischen Kosten geführt.

Am Abzugswillen der Sowjets ändern auch die Hindernisse nichts, die die USA

und Pakistan zuletzt in Genf aufbauten. Die USA forderten eine Einstellung der sowjetischen Waffenhilfe an Kabul, Pakistan die Installierung einer Übergangsregierung ohne Beteiligung der DVPA und vor der Unterzeichnung eines Abkommens.

Beide Forderungen deuteten darauf hin, daß die Regierungskreise sowohl in Pakistan als auch in den USA davon ausgehen, die Regierung in Kabul werde sich

als überlebensfähig zeigen. Und die Konsequenz der weiteren Torpedierung einer politischen Regelung wäre die Verlängerung des Krieges, an der weder die USA noch Pakistan letztlich ein Interesse haben: Die USA nicht, weil sie, obwohl sie die sowjetische Präsenz weidlich ausgenutzt haben, propagandistisch in die Defensive geraten sind. Sie standen zwischenzeitlich als diejenigen im Raum, die eine Lösung verhinderten.

Zum anderen ist das militärstrategische und wirtschaftliche Interesse an Afghanistan eher gering. Die Preisgabe militärischer Hochtechnologie (Stinger) tut ein übriges. Die Verhinderung sowohl einer rein kommunistischen wie rein fundamentalistischen Regierung in Kabul ist am besten durch eine Friedensregelung gewährleistet.

Und was Pakistan betrifft: Die ca. 2,5 Mio Flüchtlinge, die bewaffneten Mujahedin-Gruppen, der Aufruhr der Paschtunenstämme im Grenzgebiet zu Afghanistan, der Drogen- und Waffenhandel, der Entzug der ökonomischen Basis der Bevölkerung durch die Flüchtlinge: Das alles hat ein explosives Gemisch geschaffen, welches die Kontrolle durch Islamabad akut gefährdet.

Darüber hinaus erfreut sich Zia ul Haq auch nach einer Regelung der Lage um Afghanistan der Militär- und Wirtschaftshilfe der USA, da ihm eine wichtige Rol-

Afghanische Flüchtlinge in einem Lager in Pakistan – mit dem Abkommen vom 14. April winkt ihnen die Rückkehr



le in der US-Globalstrategie zukommt. Die Regelung des Konfliktes um Afghanistan ist also nahe.

Es erhebt sich die Frage, wie das Kräfteverhältnis in Afghanistan aussieht. Wer wird nach einem sowjetischen Abzug in Afghanistan die Zügel führen? Etwa die Führer der Siebener-Allianz in Peschawar? Bestimmt nicht: Ein Abkommen in Genf wäre für sie das sichere „Aus“.

Ohne ausländische Finanz- und Waffenhilfe, ohne ihr pakistanisches Aufmarsch- und Rückzugsgebiet, ohne Ausbildungs- und Rekrutierungslager, ohne ihr in den Flüchtlingslagern dominierendes Repressivsystem würden sie sehr schnell bedeutungslos. Abdul Haq, Mujahedinführer in der Provinz Kabul, hält es für ausgeschlossen, länger als neun Monate das gegenwärtige Niveau des Kampfes zu halten.<sup>4</sup>

Die Siebener-Allianz ist überdies durch vielfältige religiöse, ethnische, tribale, persönliche und militärtaktische Widersprüche gespalten. Sie verfügt weder insgesamt noch als Einzelne über ein politisches Konzept für die Nachkriegszeit. Ihr Zusammenhalt liegt einzig im Kampf gegen die Sowjets begründet. Gehen die Sowjets, zerfällt die Allianz.

Der tiefste Riß verläuft zwischen den vier fundamentalistischen und drei traditionalistischen Gruppen der Allianz. Der Fundamentalismus – und damit die ihn repräsentierenden Gruppen – hat in Afghanistan keine breite soziale Basis, keinen Einfluß im Volk. Gleichwohl erhalten diese Gruppen die meiste Militär- und Finanzhilfe.

Das liegt an den pakistanischen Interessen: Erstens gründen die Fundamentalisten religiös auf dem Panislamismus der Moslembruderschaft und auf dem Wahabismus – beides islamische Strömungen, die den pakistanischen Staatsapparat und seine Politik stark beeinflussen. Zweitens agitieren die Fundamentalisten für einen afghanischen Zentralstaat und gegen den paschtunischen Tribalismus.

Das kommt Pakistan ebenfalls entgegen: Die pakistanisch-afghanische Grenze (Durand-Linie) trennt ca. 8 Mio Paschtunen künstlich voneinander. Immer wieder schürte Afghanistan den Tribalismus der Paschtunen, um die seinerzeit von Großbritannien annektierten Gebiete zurückzuholen. Grund genug für Pakistan, die Paschtunenstämme unter Kontrolle zu halten.

Eben deshalb hat Pakistan auch kein Interesse, die traditionalistischen Gruppen zu unterstützen. Sie sind nämlich rein paschtunisch und rekrutieren sich auf dieser Stammesbasis.

Pakistan übernahm deshalb auch die Verteilung der US-Waffen und -Gelder. Dabei erhielten die nichtpaschtunischen

Fundamentalisten den Löwenanteil. Bewußt betrieb Islamabad so die Spaltung der Allianz und die Niederhaltung der Traditionalisten.

Diese wiederum verfügen in den Stammesgebieten über ein starkes Gefolge. Das macht sie für Kabul zu ernstzunehmenden Gesprächspartnern, zumal sie einer gewissen Modernisierung Afghanistans nicht ablehnend gegenüberstehen. Obendrein favorisieren sie die Rückkehr des Königs Zahir Shah, der seit 1973 in Rom im Exil lebt. Darin sind sie sich mit der Kabuler Regierung und vor allem der Mehrheit der Flüchtlinge einig.

Im letzten Jahr hatte unter diesen eine Umfrage das erstaunliche Ergebnis erbracht, daß nur 0,5% den derzeitigen Führern in Peschawar eine zukünftige Rolle in Afghanistan geben wollten. 70% dagegen wollten den König an der Spitze sehen.<sup>5</sup> Mit dem König verbinden sich, so darf vermutet werden, Erinnerungen an Frieden, Stabilität und vor allem eine schwache Zentralregierung, die den zentrifugalen, segmentären gesellschaftlichen Kräften weiten Spielraum ließ.

Gleichzeitig ergab die Umfrage, daß ein Großteil der Flüchtlinge nur dann rückkehrwillig ist, wenn sowohl die Sowjets abziehen als auch die DVPA aus der Regierung ausscheidet.

**Die regierende  
DVPA konnte, ausgehend  
von einer wiedererstarkten Basis,  
1987 eine nationale Aussöh-  
nungspolitik einleiten**

Dies ist der Hintergrund der pakistanischen Einwände in Genf (s.w.o.), zeigt aber auch, vor welchen Problemen die Glaubwürdigkeit der Kabuler Regierung steht: Trotz dieser Probleme glaubt aber kaum jemand, daß die Regierung oder die DVPA nach dem Abzug der Sowjets einfach zusammenbrechen würden.

Verglichen mit 1980 verfügt die DVPA heute über eine gewisse Massenbasis. Entscheidend dafür sind die Nationale Front, die Armee und die DVPA selbst. Neuere Zahlen liegen nicht vor. Die Mitgliederzahl der DVPA wird auf 180.000 beziffert.<sup>6</sup>

Selbst wenn man die Mitläufer abzieht, ergibt sich ein enorm gewachsener Bestand an Kadern, der weit über dem von 1980 liegt. Vor allem im Staatsapparat, der Armee und in der Wirtschaft hat die DVPA Schlüsselpositionen besetzt.

Ausgehend von dieser erstarkten Basis konnte die DVPA Anfang 1987 die Politik der Nationalen Aussöhnung einleiten. In der Zwischenzeit wurden einige Nichtparteimitglieder in die Regierung aufgenommen, vier neue linksbürgerliche Parteien sind entstanden und bil-

den mit der DVPA einen Linksblock.

Die nationale Bourgeoisie konnte als Bündnispartner gewonnen werden, die Investitionen stiegen seit 1987. Alle Städte sind unter der Kontrolle der Regierung, aber lediglich ein Drittel der Dörfer. 30.000 Mujahedin legten die Waffen nieder und arbeiten in den Versöhnungsräten mit.

Dies war nur durch einen neuen Realismus der DVPA unter Najibullah möglich: Kern der Nationalen Aussöhnung ist die reale Teilung der Macht, ja ihre Disponibilität, sofern die Regierung aus Wahlen hervorgeht.

Hauptziel ist die Herstellung des Friedens. Die Hebel dazu sollen die Etablierung eines Mehrparteiensystems und einer Koalitionsregierung sein.

Der Islam wurde in der neuen Verfassung als Staatsreligion festgeschrieben. Die Entwicklung einer Mehrsektorenwirtschaft mit verstaatlichten Schlüsselindustrie gehört ebenso zur Nationalen Aussöhnung wie die Schaffung eines Zentralstaates, der alle Gebiete Afghanistans administrativ erfaßt.

Dabei geht das Angebot zur Zusammenarbeit an alle gesellschaftlichen Gruppen, inklusive der Peschawar-Parteien. Trotz einiger Erfolge hat die Politik der Nationalen Aussöhnung „bislang noch keinen unumkehrbaren Charakter angenommen“.<sup>7</sup>

Dies liegt an mehreren Faktoren: Die DVPA selbst leidet an Fraktionskämpfen, Korruption, Patronage und Karrierismus. Verschiedene Formen des Nationalismus und der Cliqueswirtschaft gefährden zusätzlich die Einheit. Eine Resolution über den Zustand der Partei formulierte es zugespitzt: „Einheit heute oder politischer Untergang morgen.“<sup>8</sup>

Zudem hat es die DVPA nicht verstanden, die Bauern, immerhin 85% der erwerbstätigen Bevölkerung, für sich zu gewinnen. Die Landreform scheiterte am Unvermögen der Funktionäre und wegen materieller Mängel.

Ein weiteres Hindernis ist das fortbestehende Mißtrauen gegenüber der DVPA, das noch von Hafizullah Amins Zeiten (1978/79) herrührt und seitdem durch unfähige Kader immer wieder erneuert wurde.

Gefährlich ist es zudem, daß zwei Drittel aller Dörfer, rund 18.000 also, überhaupt nicht mit der Regierung in Kontakt kommen, sondern von lokalen Führern beherrscht werden. Diese Gruppen, die den „Inneren Widerstand“ bilden, nur auf ihrem Territorium kämpfen, untereinander kaum in Kontakt stehen, zwar von den Peschawar-Parteien mit Waffen und Geld versorgt werden, politisch aber nicht von ihnen abhängen, werden eine entscheidende Rolle nach dem Abzug spielen.

# Erklärung Michail Gorbatschows zu Afghanistan

Der militärische Konflikt in Afghanistan dauert schon seit langem an. Das ist einer der schwersten und schmerzlichsten regionalen Konflikte. Nach allem zu urteilen, haben sich jetzt bestimmte Voraussetzungen für seine politische Regelung ergeben. In diesem Zusammenhang erachtet es die sowjetische Führung als notwendig, ihre Erwägungen darzulegen und ihre Position restlos klarzustellen.

Demnächst soll in Genf eine weitere Runde der über einen persönlichen Vertreter des UNO-Generalsekretärs geführten Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan stattfinden. Die bevorstehende Runde hat gute Chancen, die letzte zu sein.

Gegenwärtig ist bei den Verhandlungen in Genf die Ausarbeitung von Dokumenten, die alle Seiten der Regelung betreffen, beinahe abgeschlossen worden. Zu solchen Dokumenten gehören afghanisch-pakistanische Abkommen über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und über die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge aus Pakistan; die internationalen Garantien einer Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Afghanistan; ein Dokument über das Junktim zwischen allen Komponenten der politischen Regelung. Es besteht auch die Übereinkunft über die Schaffung eines Kontrollmechanismus.

Was wäre noch zu tun? Für alle annehmbare Termine für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan festzulegen. Nur die Termine, weil die grundsätzliche politische Entscheidung über den Abzug der sowjetischen Truppen von uns auf Vereinbarung mit der afghanischen Führung bereits vor einiger Zeit getroffen und gleich damals bekanntgegeben wurde. (...)

Die politische Seite der Angelegenheit besteht darin, daß der Abzug der sowjetischen Truppen notwendigerweise an die Nichtzulassung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans geknüpft wird. Jetzt sind die Voraussetzungen für die Lösung dieser Frage geschaffen worden.

Bestrebt, zu einem raschen und erfolgreichen Abschluß der afghanisch-pakistanischen Verhandlungen in Genf beizutragen, haben die Regierungen der UdSSR und der Republik Afghanistan vereinbart, den Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen für den 15. Mai 1988 festzulegen und ihren Abzug binnen 10 Monaten abzuschließen. Dieses Datum wurde unter der Voraussetzung festgelegt, daß die Abkommen über die Regelung spätestens am 15. März 1988 unterzeichnet und demgemäß alle gleichzeitig in zwei Monaten in Kraft treten werden. Falls die Abkommen noch vor dem 15. März unterzeichnet werden, wird auch der Beginn des Truppenabzugs entsprechend vorverlegt.

In letzter Zeit wurde auch erörtert, ob der Abzug der sowjetischen Truppen nicht so gestaffelt werden könne, daß es schon in der ersten Etappe möglich sei, den größeren Teil des sowjetischen Kontingents abzuberufen. Nun, auch darauf könnte man eingehen. Die afghanische Führung und wir stimmen dem zu. All das schafft die notwendigen Bedingungen, um die Abkommen über die Regelung in der allernächsten Zeit zu unterzeichnen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß jetzt niemand mehr die Regelung blockieren und die Verhandlungen zurückwerfen kann. Man möchte jedoch nicht glauben, daß sich Staaten oder Politiker finden, die die Verantwortung

gegenüber dem Volk Afghanistans und gegenüber anderen Völkern auf sich nähmen, die Regelung vereiteln zu haben. Wir glauben, daß der gesunde Menschenverstand siegen wird. (...)

Jeder militärische Konflikt, auch innerhalb eines Landes, kann die Atmosphäre in einer ganzen Region vergiften und eine Situation von Besorgnis und Unruhe für die Nachbarn herbeiführen, ganz zu schweigen von den Leiden und Verlusten des Volkes dieses Landes selbst. Eben deshalb wenden wir uns gegen alle militärischen Konflikte. Wir wissen, daß auch die afghanische Führung diesen Standpunkt vertritt.

Bekanntlich führte all das die afghanische Regierung unter Präsident Najibullah zu einer gründlichen Umwertung des politischen Kurses, der sich zur patriotischen und realistischen Politik der nationalen Aussöhnung entwickelt hat. Es handelt sich um eine sehr kühne und mutige Aktion: nicht um einen bloßen Aufruf, den bewaffneten Zusammenstoßen ein Ende zu setzen, sondern um den Vorschlag, eine Koalitionsregierung zu bilden und die Macht mit der Opposition zu teilen, darunter mit jenen, die einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung führen, und selbst mit jenen, die aus dem Ausland die Aktivitäten der Aufständischen lenken und sie mit Waffen und Kriegsgeschützen, welche von anderen Staaten geliefert werden, versorgen. Das hat eine Regierung vorgeschlagen, die mit den verfassungsmäßigen Vollmachten ausgestattet ist und die reale Macht im Lande hat.

Die Politik der nationalen Aussöhnung ist Ausdruck des neuen politischen Denkens der afghanischen Seite. Darin zeigt sich nicht die Schwäche, sondern die Geistesstärke, die Weisheit und die Würde der freien, ehrlichen und verantwortungsbewußten Spitzenpolitiker, denen es um die Gegenwart und die Zukunft ihres Landes geht.

Die Erfolge der Politik der nationalen Aussöhnung haben es schon ermöglicht, sowjetische Truppen von einem Teil des afghanischen Territoriums abzuberufen. Gegenwärtig liegen in 13 afghanischen Provinzen keine sowjetischen Truppen, weil dort die militärischen Zusammenstöße aufgehört haben. Man kann durchaus sagen: Je schneller das Tempo ist, in dem auf afghanischem Boden der Frieden realisiert wird, desto einfacher wird es den sowjetischen Truppen sein, wegzugehen.

Die Politik der nationalen Aussöhnung liefert allen, die den Frieden in Afghanistan wollen, eine politische Plattform. Was für einen Frieden? Einen Frieden, den sich das afghanische Volk wünscht, Stolz, freiheitsliebend und tapfer, zudem im jahrhundertelangen Kampf für eine Freiheit und Unabhängigkeit gereift, war und bleibt das afghanische Volk der Herr über sein Land, das, wie Präsident Najibullah sagte, politisch auf dem Mehrparteiensystem und wirtschaftlich auf dem Nebeneinanderbestehen unterschiedlicher Strukturen beruht.

Die Afghanen selbst werden auch den endgültigen Status ihres Landes unter den anderen Staaten bestimmen. Am häufigsten wird gesagt, das künftige friedliche Afghanistan werde ein unabhängiger, nichtpaktgebundener, neutraler Staat sein. Nun, wir würden uns nur freuen, an unserer Südgrenze einen solchen Nachbarn zu haben.

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen



Sowjetischer Versorgungskonvoi nahe der Provinzhauptstadt Gardez

ist es notwendig, unseren Standpunkt zu einem weiteren Aspekt zu erläutern: ob nämlich der Abzug mit dem Abschluß der Bemühungen um die Bildung einer neuen, einer Koalitionsregierung in Afghanistan, d.h. mit der Vollendung der Politik der nationalen Aussöhnung, verbunden ist. Wir sind überzeugt, daß sie es nicht ist.

Die eine Sache ist der Abzug der sowjetischen Truppen in Kombination mit den anderen Seiten der Regelung, einschließlich der Garantien der Nichteinmischung. Daran beteiligen sich verschiedene Staaten; übrigens sollte auch das benachbarte Iran unserer Meinung nach nicht bei der politischen Regelung abseits stehen.

Etwas anderes ist die nationale Aussöhnung und die Bildung einer Koalitionsregierung. Das ist eine rein interne afghanische Frage. Sie kann nur von den Afghanen selbst entschieden werden, mögen sie auch zu unterschiedlichen, sogar entgegengesetzten Lagern gehören. Wenn man aber uns gegenüber darauf anspielt, daß die Sowjetunion an den entsprechenden Verhandlungen, noch dazu auch mit Drittländern, teilnehmen sollte, antworten wir klipp und klar: Das lassen Sie bitte sein, das ist nicht unsere Sache. Auch nicht Ihre Sache. (...)

Die Vollendung der politischen Regelung in Afghanistan wird ein wichtiger Durchbruch in der Kette der regionalen Konflikte sein.

Ebenso wie sich hinter der Vereinbarung über die Beseitigung der Mittel- und Kurzstreckenraketen eine Reihe weiterer großer Schritte im Abrüstungsbereich, über die schon verhandelt wird bzw. bei denen an solche Verhandlungen gedacht wird, abzeichnet, kommt auch hinter der politischen Regelung in Afghanistan schon die Frage auf: Welcher Konflikt wird danach beigelegt? Es wird unbedingt solche beigelegten Konflikte geben.

Die Staaten und Völker haben ein ausreichendes Potential an Verantwortungsbewußtsein, politischem Willen und Entschlossenheit, um in einigen wenigen Jahren mit allen regionalen Konflikten Schluß zu machen. Um dieses Ziel zu wollen lohnt es sich zu arbeiten. Die Sowjetunion wird in dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit keine Mühe scheuen. Moskau, 8.2.1988

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 7/1988, S. 5-6)

Organisiert entlang den alten Sippen- und Stammestraktionen, verfolgen sie politisch einen tribalistischen, autonomistischen Kurs.

Wenn sie nicht auf irgendeine Weise für die Aussöhnung gewonnen werden können, droht in Afghanistan die Fortführung des Bürgerkriegs. Eine in den Städten festsetzende Regierung der DVPA, umgeben von rivalisierenden Lokalfürsten, die sich gegenseitig und die Regierung bekämpfen, ist dann wahrscheinlich. Dann droht der Rückfall Afghanistans in eine antizentristische, von ethnischen und Stammesgegensätzen zerfurchte Gesellschaft.

Inwieweit es der DVPA gelingt, ihre zentralstaatlichen Ziele mit den segmentären Interessen der Lokalherrscher überein zu bringen, welche politischen Kräfte eine Zentralregierung überhaupt stützen – das ist vorerst völlig offen.

Die DVPA aber hat nur Chancen, diesen Prozeß zu gestalten, wenn sie ihrer inne-



M. Gorbatschow und Najibullah (l.) beim Taschkenter Treffen

ren Schwierigkeiten Herr wird. Im Interesse des Landes kann man dies nur hoffen.

#### Anmerkungen:

- 1) Erklärung Michail Gorbatschows zu Afghanistan vom 8. Februar 1988, in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 7/1988, S. 5f.
- 2) Außenminister Schewardnadse sprach am 22. März d.J. in Washington davon, daß eine Regelung in Genf „die bessere Möglichkeit“ sei – aber eben nicht die einzige. Siehe: International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.3.1988
- 3) Vgl. Anmerkung 1
- 4) Interview mit Abdul Haq in: Newsweek, New York, 22.2.1988
- 5) Vgl. Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Der Verfasser der Umfrage, Syed Bahauddin Majrooh, wurde Anfang des Jahres ermordet.
- 6) Second National Conference of the PDPA on National Reconciliation. Documents, Kabul 1987, S. 29
- 7) Ebd., S. 13
- 8) Die Resolution findet sich in: ebd., S. 351-361, hier S. 361

## Sowjetisch-afghanische Erklärung Taschkenter Treffen Gorbatschow-Najibullah

Am 7. April 1988 fand in Taschkent ein Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und des Präsidenten der Republik Afghanistan und Generalsekretärs des ZK der DVPA, Najibullah, statt. Daran nahmen teil: Eduard Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, und Rafik Nischanow, Erster Sekretär des ZK der KP Usbekistans. Michail Gorbatschow und Najibullah führten einen Meinungsaustausch zu Schlüsselaspekten der internationalen Situation und erörterten ausführlich aktuelle Fragen, die die Interessen ihrer Länder unmittelbar berühren. Sie stellten fest, daß die von der afghanischen Führung konsequent betriebene Politik der nationalen Aussöhnung und ihre konstruktive Position in den Fragen der politischen Regelung der einzig richtige Kurs sind, der den Interessen des afghanischen Volkes und aller seiner Nachbarn sowie den Interessen der gesamten Weltgemeinschaft entspricht.

Dabei würdigen beide Seiten die Rolle des UNO-Generalsekretärs und des UNO-Sonderbeauftragten Diego Cordovez.

Der Präsident der Republik Afghanistan begrüßt die Bereitschaft der UdSSR und der USA, für die in Genf erzielten Vereinbarungen zu bürgen.

3. Die Sowjetunion und Afghanistan bekräftigen, daß, falls die erwähnten Vereinbarungen in kürzester Zeit unterzeichnet werden, die zwischen Afghanistan und der Sowjetunion erzielte Übereinkunft in Kraft bleibt, der entsprechend die sowjetischen Truppen in dem von diesen Vereinbarungen festgelegten Zeitraum, beginnend mit dem 15. Mai 1988, abgezogen werden.

4. Die Politik der nationalen Aussöhnung gestattet es, die Situation um Afghanistan zu regeln, Krieg und Brudermord zu beenden, auf dem gesamten Territorium des Landes den Frieden herzustellen und eine Koalitionsregierung zu bilden, an der sich alle die afghanische Gesellschaft repräsentierenden Kräfte beteiligen, einschließlich jener, die heute einander gegenüberstehen.

5. Die Afghanen selbst und niemand anders werden über den endgültigen Status ihres Landes unter den anderen Staaten entscheiden. Die Sowjetunion bekräftigt ihre Unterstützung für die Erklärung von Präsident Najibullah von einem Afghanistan als unabhängigem, nicht-paktgebundenem und neutralem Staat. Dabei geht es davon aus, daß weder das ganze Territorium noch irgendein Teil dieses Landes jemals zu feindseligen Zwecken gegen seine Nachbarn mißbraucht werden, denen gegenüber Afghanistan die Politik der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit fortsetzen wird. Das gilt gleichermaßen für das Verhältnis zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China, zur Republik Indien, zur Islamischen Republik Pakistan und zur Islamischen Republik Iran. Die sowjetische Seite unterstützt die Erklärung des Präsidenten Afghanistans, wonach sich die innere Ordnung Afghanistans im politischen Bereich auf ein Mehrparteiensystem und im ökonomischen auf nebeneinanderbestehende mehrere Wirtschaftsformen gründen wird.

6. Von großer Bedeutung für die Verwirklichung der Politik der nationalen Aussöhnung ist es, befriedigende Voraussetzungen für die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge zu schaffen, die sich zeitweilig in Pakistan und anderen Ländern aufhalten und ihnen gleiche Rechte wie allen anderen Bürgern des Landes zu gewähren. Die Sowjetunion wird die Regierung Afghanistans bei der Schaffung dieser Voraussetzungen unterstützen.

7. Gestützt auf die Beziehungen der traditionsreichen und historischen Freundschaft, bekundet die Sowjetunion ihre Bereitschaft, mit Afghanistan auf hohem Niveau zusammenzuarbeiten, um seine Wirtschaft wiederherzustellen sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Republik Afghanistan zu fördern.

8. Der Generalsekretär und der Präsident rufen die anderen Staaten auf, zur Herstellung von Frieden und zur nationalen Aussöhnung in Afghanistan beizutragen und die Genfer Vereinbarungen zu achten. Dies wäre ein gutes und Hoffnung weckendes Beispiel für die Lösung anderer regionaler Konflikte.

(Quelle: TASS, Moskau, 7.4.1988)

Die Seiten bekräftigten die Treue zu der alten Tradition, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan auf den Prinzipien der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung, des beiderseitigen Vorteils und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufzubauen.

Im Ergebnis des Treffens sind Michail Gorbatschow und Dr. Najibullah zu einer einheitlichen Meinung über Folgendes gekommen:

1. Die Sowjetunion und die Republik Afghanistan werden in Übereinstimmung mit den Erklärungen verfahren, die am 8. Februar 1988 veröffentlicht wurden. Diese Erklärungen haben dem Prozeß der politischen Regelung des überaus schwierigen regionalen Konfliktes einen neuen Impuls verliehen und es ermöglicht, die Verhandlungen auf die Ebene einer praktischen Lösung zu bringen.

2. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU und der Präsident der Republik Afghanistan sind der Ansicht, daß jetzt durch die konstruktiven Handlungen aller, die an der Regulierung beteiligt waren, die letzten Hindernisse für den Abschluß der Vereinbarungen beseitigt sind, und setzen sich für deren sofortige Unterzeichnung ein.

# Giftgas gegen Kurden

Was zunächst durch seine Monströsität nur wie eine Meldung der iranischen Kriegspropaganda erschien, konnte bald darauf von westlichen Journalisten am Ort des Geschehens bestätigt werden: Zwischen dem 16. und 18. März 1988 hatte die irakische Luftwaffe die Städte Halabja und Khormal und ihre nähere Umgebung mit chemischen Bomben belegt. Dabei fanden an die 5.000 Menschen mehr oder weniger sofort den Tod, während mindestens die gleiche Anzahl verletzt wurde. Von diesen werden vermutlich noch viele an den Folgen der Gasangriffe sterben.

Den ärztlichen Befunden zufolge handelte es sich bei dem eingesetzten Gas um Senfgas und Tabun. Senfgas, auch unter dem Namen Lost oder Yperit bekannt, war erstmals von den Deutschen im 1. Weltkrieg eingesetzt worden. Es dringt überall ein und kommt meist erst nach Stunden voll zur Wirkung. Langfristig führt es zu kaum behandelbaren Hautgeschwüren und schweren Lungenschäden, die oft erst nach Wochen einen qualvollen Tod zur Folge haben.

Das ebenfalls von den Deutschen seinerzeit entwickelte Nervengas Tabun wirkt demgegenüber schnell. Die mit ihm einhergehenden Gesundheitsschäden können jedoch bei entsprechender ärztlicher Behandlung völlig behoben werden. Beide Kampfgase sind seit der Genfer Konvention von 1925, die auch der Irak 1931 unterzeichnet hat, völkerrechtlich geächtet. Das hat jedoch nicht verhindern können, daß auch danach wieder chemische Waffen eingesetzt worden sind. So hat die ägyptische Armee sie im jemenitischen Bürgerkrieg Mitte der 60er Jahre gegen die Royalisten eingesetzt. Auch die von den USA in Vietnam angeblich nur gegen Pflanzen eingesetzten Gifte („Agent Orange“) müssen angesichts ihrer nachhaltigen Wirkung auf die direkt betroffenen Menschen und sogar deren später geborene Kinder in diesem Zusammenhang erwähnt werden.<sup>1</sup>

Am häufigsten sind diese chemischen Kampfmittel jedoch bisher im Golfkrieg, und zwar von irakischer Seite her, eingesetzt worden. Bereits 1984 waren mehrere hundert iranische Soldaten an der Südfont Opfer von Senfgas- und Tabun-Angriffen geworden. Ein Teil von ihnen war damals in Krankenhäusern in verschiedenen Städten Europas behandelt



Die Straßen von Halabja waren nach dem Giftgasangriff mit Toten übersät

worden.

Das irakische Regime schreckte schließlich auch nicht mehr davor zurück, die tödliche Last über der „eigenen“ Bevölkerung abzuwerfen. Nach Informationen der Kommunistischen Partei Iraks (ICP) von 1987 hatte das Regime auch mehrfach Giftgas gegen Dörfer im Süden des Irak eingesetzt. Die Sumpfgebiete bei Nassiriya, Wasit und Misan seien mehrere Male von Hubschraubern der Armee bombardiert worden. Diese Einsätze mit Giftgas hätten Tausenden von desertierten Soldaten gegolten, die sich dort versteckt hatten.

Die bis zum 16.3.1988 umfangreichsten Giftgaseinsätze haben aber schon in der Vergangenheit der kurdischen Bevölkerung im Irak gegolten. So hat die irakische Luftwaffe am 15. April 1987, dann in der Zeit vom 15.-24. April und dann noch am 27. April und am 5. Juni 1987 zahlreiche Dörfer in den Gebieten von Suleimaniya, Erbil und Kirkuk bombardiert. Hunderte von Toten und Verletzte waren diesen Angriffen zum Opfer gefallen.

Der jüngste Angriff auf Halabja, einer Stadt von 70.000 Einwohnern im Südosten von Suleimaniya, scheint jedoch der bisher größte Giftgaseinsatz seit dem 1. Weltkrieg gewesen zu sein, wenn auch keineswegs der letzte. So soll am 4. April d.J. nach Mitteilung der Sozialistischen

Partei Kurdistan-Irak das Dorf Pava im Norden Irakisch-Kurdistan Opfer eines weiteren Giftgasangriffes geworden sein, bei dem 300 Zivilisten und 64 kurdische Peşmerga den Tod gefunden haben.

Daß der bislang größte Angriff Halabja gegolten hat, ist kein Zufall. Bereits im Frühjahr 1987 war die Stadt für kurze Zeit von Peşmerga-Verbänden der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) besetzt worden, nachdem die lokale Bevölkerung in gewaltsamen Protesten die dortige irakische Garnison, die am 13. Mai 1987 versucht hatte, Bewohner der Stadt festzunehmen, um sie in den Südirak zu deportieren, aus der Stadt vertrieben hatte.

Dem jüngsten Gasangriff war eine erneute Besetzung nicht nur der Stadt Halabja, sondern eines rund 800 qkm großen Gebietes durch die Peşmerga der PUK und iranische Pasdaran vorausgegangen. Bei den mehrere Tage andauernden Kämpfen waren nach iranischen Angaben 11.000 Iraker getötet oder verwundet und 4.500 gefangen genommen worden. Durch die Hilfe der verbündeten irakischen Kurden — in diesem Fall der PUK — haben die Iraner einen Sieg errungen, der nach Einschätzung französischer Beobachter ihr größter seit der Befreiung von Khorramshar 1982 ist.<sup>2</sup>

Iranische Truppen stehen nun in der Tat kaum mehr als 20 km von Suleimaniya,

der wichtigsten Stadt Irakis-Kurdistan, entfernt. Vor allem aber sind es nur noch 100 km bis zu den Erdölfeldern von Kirkuk, wo der Irak die Hälfte seines Öls fördert. Darüber hinaus sollen iranische Einheiten auch bereits das Ostufer des „Derbandi Khan“-Stausees erreicht haben, aus dessen Wasserkraft die 250 km entfernte Hauptstadt Bagdad sowie große Teile des Zentralirak mit Elektrizität versorgt werden. Eine Sprengung des Staudamms könnte zu einer gewaltigen Überschwemmung im Gebiet des nahe bei Bagdad in den Tigris führenden Diyala-Flusses führen.

Daß sich die Kriegsfrent immer stärker vom Golf nach Kurdistan verlagert, ist nicht zuletzt das Ergebnis der Tatsache, daß es dem iranischen Regime offensichtlich nicht gelingen will, militärische Fortschritte an den zentralen und südlichen Frontabschnitten zu machen, d.h. dort, wo wegen der relativen Ebenheit des Geländes die materielle und militärtechnische Überlegenheit des Irak die überlegene Truppenstärke des Iran wettmacht.

Der Iran hat deshalb seine neue Offensive nicht wie erwartet im Süden begonnen, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil sich die Strategie der „Menschenwellen“ zum einen bisher militärisch und politisch nicht bezahlt gemacht hat und das Teheraner Regime zum anderen wachsende Schwierigkeiten hat, Freiwillige für diese Blutorgien zu rekrutieren. Die Offensive mit dem Namen „Val Fajr 10“ (Morgenröte 10) wurde in der kurdischen Provinz Suleimaniya entwickelt, da sich die iranischen Truppen hier nicht nur auf das gebirgige Gelände, sondern vor allem auch auf die Unterstützung durch die seit Jahrzehnten hier operierenden kurdischen Peşmerga und auf die Feindseligkeit der kurdischen Zivilbevölkerung gegenüber dem irakischen Regime stützen können.

Damit ist bereits ein Dilemma der kurdischen Nationalbewegung im Irak angesprochen. Der kurdische Befreiungskampf droht, obwohl er dem Golfkrieg um Jahrzehnte vorausgegangen ist, als ein Unteraspekt dieses Krieges zu erscheinen. Zwar legen die Sprecher der kurdischen Parteien Wert darauf zu betonen, daß ihr Bündnis mit Teheran, das die Kurden im eigenen Land bekanntlich nicht minder brutal unterdrückt, lediglich ein taktisches sei.

In der Tat kann zumindest die PUK darauf verweisen, daß sie das Bündnis mit der von ihr bis dahin als Hauptgefahr für die kurdische Nationalbewegung bezeichneten Teheraner Mullarchie erst gesucht hat, nachdem die Verhandlungen mit dem Bagdader Baath-Regime über eine diesen Namen auch verdienende Autonomie gescheitert waren. Mit Ausnahme der Demokratischen Partei Kur-

distan-Irak (KDP) können die übrigen vier kurdischen Parteien (Sozialistische Partei Kurdistans, Volksdemokratische Partei PASOK, PUK)<sup>3</sup> auch zu Recht darauf hinweisen, daß sie sich nicht auf die iranische Forderung eingelassen haben, als Gegenleistung für die in gewissen Grenzen wohl notwendige iranische Hilfe die kurdische Autonomiebewegung im Iran militärisch zu bekämpfen. Allerdings wird z.B. die Tatsache, daß zumindest die beiden größten Organisationen, die PUK und die KDP, soweit gehen, die iranischen Pasdaran auf ihrem Weg bis tief nach Irakis-Kurdistan hinein – in einem Fall sogar bis in die Nähe von Kirkuk – zu führen, von Parteien wie z.B. der Sozialistischen Partei Kurdistans (KSP) oder auch der ICP durchaus kritisch betrachtet.



Wenn selbst der stellvertretende Generalsekretär der PUK, Nawshirwan Mustafa, im April 1987 nicht nur die legitime Forderung der Kurden auf einen eigenen Staat erhob, sondern sich für die Zerschlagung des Irak in konfessionelle – schiitische und sunnitische – Kleinststaaten aussprach,<sup>4</sup> kann man sich in der Tat fragen, ob sich Teile der kurdischen Bewegung nicht bereits soweit dem bestehenden Kräfteverhältnis angepaßt haben, daß sie sich für strategische Ziele der schiitischen Mullahs im Iran instrumentalisieren lassen.

Die brutalen Maßnahmen des irakischen Regimes gegen den kurdischen nationalen Befreiungskampf gehen diesem Bündnis voraus und haben zumindest im Falle der PUK dieses Bündnis wohl erst gefördert. Zu den jüngsten Beispielen für solche Maßnahmen gehören die Zwangsevakuierungen der gesamten Bevölkerung von Kani-Nasé am 10.2.1988, bei der nach der Sprengung aller Häuser innerhalb weniger Stunden 12.000 Menschen obdachlos geworden sein sollen<sup>5</sup>, und die Massakrierung von 400 Zivilisten – Frauen und Kindern – in mehreren Dörfern zwischen Kirkuk und Suleima-

niya am 4.4.1988.<sup>6</sup>

Der Großeinsatz von Giftgas in Halabja hat jedoch offensichtlich einen über die üblichen Beispiele der Brutalität hinausgehenden Zweck. Nachdem die Bagdader Regierung zunächst den nutzlosen Versuch unternommen hatte, den Iran als Urheber des Massakers in Halabja zu beschuldigen, hat sie unterdessen mehr oder weniger offen damit gedroht, diese chemischen Waffen auch im Städtekrieg gegen iranische Großstädte einzusetzen. Nach iranischen Angaben sind auch bereits vier kurdische Dörfer bei Marivan Ende März d.J. Opfer irakischer Giftgasangriffe geworden.

Die irakische Militärstrategie besteht nunmehr schon seit Jahren darin, den Krieg in einer solchen Weise zuzuspitzen, daß er entweder durch ein Nachgeben seitens des iranischen Regimes oder durch internationale Maßnahmen möglichst schnell beendet werden kann, und zwar auf der Grundlage der Wiederherstellung der Situation vor Beginn des Krieges. Ein Teil dieser Maßnahmen ist der Städtekrieg, der zunächst den Iran zu verlustreichen und ergebnislosen Großoffensiven provozieren sollte und der in seiner jetzigen Phase vor allem die Funktion hat, die Zivilbevölkerung weit hinter der Front gegen den Krieg aufzubringen.

Der Erfolg einer solchen Strategie ist jedoch erfahrungsgemäß gering; in diesem Fall umso mehr, als der Iran offenbar immer effektiver antworten kann. Der Einsatz von Giftgas in größerem Umfang könnte jedoch die iranische Strategie in Frage stellen. Der Iran versucht offensichtlich seit längerem, „Entscheidungsschlachten“ zu vermeiden, und stattdessen relativ kleinere Offensiven in häufigerer Folge durchzuführen, und andererseits den Krieg solange zu verlängern, bis er Möglichkeiten gefunden hat, mit dem Irak militärtechnisch gleichzuziehen. Dies ist eine Strategie, die zweifellos auch den internationalen Finanziers und Waffenlieferanten dieses Krieges nicht unlegen ist.

Der irakische Giftgasangriff auf Halabja hat allenthalben internationale Proteste nach sich gezogen, darunter auch einen seitens der EG, der der UNO von seiten des bundesdeutschen Botschafters bei dieser Organisation überbracht wurde. Diese Proteste hätten zweifellos einen höheren Rang, wenn es nicht bekannt wäre, daß die protestierenden Staaten seit Jahren in mannigfacher Weise direkt oder indirekt an diesem Krieg verdienen, indem sie beiden Seiten Waffen liefern und – wahrscheinlich ausschlaggebender – durch den Import von Erdöl aus dem Iran und Irak, den Ankauf von Waffen durch beide Länder erst ermöglichen. Für die irakischen Gascinsätze trägt speziell die BRD Mitschuld. Alles deutet in

der Tat darauf hin, daß es BRD-Firmen sind, die es dem Irak ermöglicht haben, in der Gegend von Samarra ein Werk zu errichten, in dem die eingesetzten Gase produziert werden. Genannt werden in diesem Zusammenhange die Firmen Karl Kolb GmbH in Langen-Dreieich, Water Engineering Trading (WET) in Hamburg, der Preussag-Konzern in Hannover und die Firma Dornier Aviation Service in Frankfurt, die Firma Plant Engineering und Equipment GmbH sowie die Münchner Speditionsfirma Merkur, die offenbar 1986 einen Großteil der Anlagen für das unterirdische Werk bei Samarra mit Lastwagen über die Türkei lieferte.<sup>7</sup>

Nachdem Anfang März d.J. in Rotterdam auf Verlangen Washingtons der iranische Frachter „Iran Adalat“ von der niederländischen Zollfahndung durchsucht wurde und dabei acht Container mit US-amerikanischen Materialien zur Herstellung von Chemiewaffen beschlagnahmt wurden, scheint die Zeit nicht mehr weit zu sein, in der auch der Iran über diese „Atombombe des kleinen Mannes“ verfügen wird.

Der Golfkrieg droht damit weiter zu eskalieren und auch möglicherweise andere Länder direkt zu involvieren. So wurden Ende März kurdische Dörfer bei Şemdinli und Yüsekova im äußersten Südosten Türkisch-Kurdistan bombardiert. Nach Informationen seitens der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) handelte es sich dabei um einen irakischen Angriff. Demgegenüber schrieb der „Bonner Generalanzeiger“ am 30. März d.J., daß vergangene Woche erstmals iranische Bomben auf türkisches Territorium gefallen seien.

Wie dem auch sei: in der türkischen Presse werden erneut Spekulationen darüber angestellt, ob die Türkei nicht direkt in Irakischem Kurdistan intervenieren sollte und die erdölreichen Provinzen Kirkuk und Mossul „heim ins Reich“ holen sollte. Einer solchen Versuchung steht jedoch zweifellos die Furcht der Türkei entgegen, daß sie, die schon nicht mit den Guerilleros der PKK fertig wird, sich so auch noch die militärisch stärkere kurdische Bewegung des Irak in die eigenen Grenzen holen würde.

#### Anmerkungen:

- 1) Zu den chemischen Waffen und der C-Kriegführung vgl. auch: AIB 8-9/1986, S. 32, 11-12/1983, S. 18-29 und 1/1984, S. 49-50; d. Red.
- 2) Jeune Afrique, Paris, 30.3.1988
- 3) Im Einzelnen siehe: AIB 8-9/1986, S. 46-51
- 4) In: Le Monde, Paris, 16.4.1988
- 5) KDP-Erklärung vom 19.2.1988
- 6) Information der KSP vom April 1988
- 7) Nach: Erklärung des Komitees gegen den Einsatz chemischer Waffen in Irakischem Kurdistan, Köln, 24.3.1988, KKDK-Erklärung, Köln, 19.3.1988 und Stern, Hamburg, 30.3.1988

## Dieter Falk „Todesfasten“ gegen Kurdenverfolgung

In der Türkei sind tausende Kurden eingekerkert, sehen 20 im Februar 1988 verurteilte Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) ihrer Hinrichtung entgegen. Unterdessen gehen die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden mit einer Verhaftungswelle gegen PKK-Sympathisanten vor.

Im ersten Halbjahr 1987 hatte die PKK eine Serie von Überfällen bzw. Anschlägen auf Veranstaltungen und Persönlichkeiten linker kurdischer Organisationen verübt. Dabei war u.a. am 3. Mai 1987 in Hannover das Vorstandsmitglied der Föderation der Arbeitervereine (KOMKAR), Ramazan Adigüzel, ermordet worden. Solche Taten entsprechen der vom 3. PKK-Kongreß (Oktober 1986) beschlossenen Marschroute der „Liquidierung“ andersdenkender Kurden – eine für die Kurdenbewegung insgesamt äußerst schädliche und verurteilenswerte Linie, die trotz der harten Verfolgung der PKK in der Türkei eine Solidarisierung mit ihr nicht zuläßt.

Den BRD-Behörden bietet die gewalttätige Linie der PKK einen willkommenen Vorwand, die hier lebenden kurdischen und türkischen Flüchtlinge und oppositionellen Gruppierungen zu observieren, zu kriminalisieren und mit polizeilich-geheimdienstlichen Methoden gegen sie vorzugehen. Damit verbunden ist ferner die Gefahr, daß sie die Situation dazu mißbrauchen, verstärkte Repressalien oder Verbotschritte nicht nur gegen PKK-nahe, sondern gegen sämtliche oppositionellen kurdischen und türkischen Kräfte sowie andere Ausländerorganisationen einzuleiten.

Unser Mitarbeiter Dieter Falk ist der Frage nachgegangen, ob die jetzigen Verhaftungen dazu dienen, gegen die PKK-Liquidierungspraxis vorzugehen oder ob die BRD-Behörden diese nicht vielmehr dazu ausschachten, dem türkischen Regime bei seinem Kampf gegen die Kurdenbewegung unter die Arme zu greifen.

Am 3. März d.J. haben in Bonn 15 Kurden, Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), die seit dem 15.8.1984 in Türkei-Kurdistan einen bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit ihres Landes führt, ein „Todesfasten“ begonnen, nachdem sie sich bereits seit dem 20. Februar in einem Hungerstreik befunden hatten.

Während der vorangegangene Hungerstreik auch die Solidarität mit den sich gleichzeitig in der Türkei im Hungerstreik befindlichen kurdischen politischen Gefangenen zum Inhalt hatte, richtet sich die jetzige Aktion ausdrücklich gegen die staatlichen Maßnahmen, deren Objekt die Anhänger der PKK in der BRD sind. Von seit Anfang Februar 30 festgenommenen Anhängern der PKK befanden sich Anfang März noch 12 in Untersuchungshaft. Bei Razzien drangen Polizei-Sonderkommandos in verschiedenen Städten mehrfach in der Nacht in Privatwohnungen sowie in Räume von legalen Vereinen und Einrichtungen wie dem Kurdistan Komitee in Köln ein.

In einer Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes vom 18.2.1988 wird den zu diesem Zeitpunkt 11 Inhaftierten im wesentlichen vorgeworfen, innerhalb der PKK bzw. ihrer Massenorganisationen wie FEYKA-Kurdistan Tätigkeiten im Bereich der „Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienstes“ ausgeübt zu haben und dabei in sog. „Volksgerichten“ unbotmäßige Anhänger zu bis zur Hinrichtung reichenden Strafen verurteilt zu haben bzw. an deren Vollstreckung beteiligt gewesen zu sein. Als Beweis für die Existenz solcher „Volksgerichte“ auf bundesdeutschem Boden wurden die Aussagen von zwei Kurden herangezogen, denen es angeblich im Abstand von wenigen Tagen gelungen war, ihren Häschern zu entkommen und die sich zur Polizei geflüchtet und dort entsprechende Aussagen gemacht



Begräbnis des PKK-Opfers Adigüzel

hatten. Die Vorwürfe der Bundesanwaltschaft wurden von der PKK bzw. der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistan (ERNK) umgehend zurückgewiesen. Der Rechtsanwalt Hüsseyin Yilderim wies im Namen der ERNK auf einer Pressekonferenz am 17. Februar in Bonn darauf hin, daß die

türkische Tageszeitung „Tercüman“ nach dem Besuch des Ministers Mehmet Yazar in der BRD geschrieben habe, daß sich die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden aufgrund der bei dieser Gelegenheit getroffenen Absprachen auf neue Operationen gegen die PKK vorbereiteten.

Nachdem man in der Tat davon ausgehen kann, daß die PKK eine deutliche Tendenz zur gewaltsamen Lösung von Konflikten – auch innerparteilichen – hat und der Ermordung einiger ihrer früheren Kader, die sie offiziell als „Agenten und Verräter“ bezeichnet hat, nicht fremd war, genügt ein solches generelles Dementi natürlich nicht. Es ist allerdings kein Geheimnis, daß die PKK, deren Guerillakampf auch von damit befaßten Stellen des türkischen Staates als „die größte Bedrohung der Türkei in den letzten 50 Jahren“ angesehen wird, eines der Hauptobjekte der Conterinsurgency-Strategie des türkischen Geheimdienstes MIT und befreundeter Dienste ist.

Der Charakter der jüngsten Maßnahmen gegen die PKK ist noch nicht völlig geklärt. Allerdings gibt es eine Reihe von Merkwürdigkeiten in dieser Affäre. Auffallend ist zunächst, daß der Generalbundesanwalt in seiner Pressemitteilung von dem „dringenden Verdacht“ spricht, daß die PKK z.B. am 3.5.1987 in Hannover das Vorstandsmitglied der Konkurrenzorganisation KOMKAR, Ramazan Adigüzel, ermordet und andere Aktionen dieser Art durchgeführt habe. Verdacht hin, Verdacht her: Es ist offenkundig, daß es der in diesem Fall sicher nicht müßigen Polizei bislang in keinem derartigen Fall gelungen ist, für einen solchen wo auch immer herrührenden Verdacht Beweise zu erbringen. Nur in den Fällen, in denen sich die PKK praktisch offen zur „Bestrafung eines Agenten und Verräters“ bekannt hat, konnten die Täter ermittelt werden. Das bedeutet, daß die PKK entweder in den anderen Fällen – wie sie behauptet – unschuldig ist, oder daß sie ihre Aktionen sehr sorgfältig und effektiv durchführt. Ist im zweiten Fall dann z.B. die Behauptung des Generalbundesanwalts glaubwürdig, daß bei der Durchsichtung mehrerer Geschäftsstellen und Wohnungen von Vorstandsmitgliedern im vergangenen Sommer schriftliche „Todesurteile“ gefunden wurden? Wenn es aber in der Tat so sein sollte, daß in den Räumen von legalen Vereinen, deren Adressen im Telefonbuch ste-

hen, oder in den Wohnungen bekannter Kader von demokratischen Massenorganisationen wie FEYKA oder Hunerkom so etwas wie schriftliche Todesurteile herumlagen und, nachdem bereits seit Monaten eine intensive öffentliche Kampagne gegen die PKK gelaufen war, offensichtlich nur darauf warteten, von der Polizei gefunden zu werden, warum wurde dann die jetzt erneut von der Generalbundesanwaltschaft vorgebrachte Drohung, die der PKK verbundenen Vereine zu verbieten, nicht bereits im vergangenen Jahr wahrgemacht? Und warum wurde seinerzeit keiner der Verantwortlichen hinter Schloß und Riegel gebracht?

Ähnlich grotesk hört sich auch die generalbundesanwaltschaftliche Darstellung des Falles an, der offiziell Auslöser ihrer jüngsten Maßnahmen war. Am 6. Februar d.J. meldete sich der Kurde Nusret Aslan in Hannover bei der Polizei und behauptete, am 5. Februar in Braunschweig auf offener Straße mit Waffen-

**Die Todesfastenden  
gehen davon aus, daß politische  
und nicht juristische Gründe für die  
Festnahmen der PKK-Anhänger  
vorliegen**

gewalt von Ali Sacik und einem zweiten ihm unbekanntem Kurden entführt und anschließend mißhandelt worden zu sein. Tags darauf hätten die Täter ihn in einem Auto nach Köln schaffen wollen, um ihn dort wegen seiner Abkehr von der PKK vor ein „Volksgericht“ zu stellen. In der Nähe von Hannover sei es ihm jedoch bei einem Tankstopp gelungen zu fliehen. So weit so gut.

Merkwürdig wird die Geschichte jedoch im folgenden: Die Generalbundesanwaltschaft teilt nämlich mit, daß sich bald ein gewisser Bozan Öztürk auf der Polizeiwache eingefunden und wahrheitswidrig behauptet habe, vom Opfer angerufen worden zu sein, um es abzuholen. Öztürk – so der Generalbundesanwalt – habe offenbar die Aufgabe gehabt, das Opfer erneut der PKK zuzuführen. Mit anderen Worten: Die PKK wußte, daß ihr angebliches Opfer bei der Polizei Zuflucht vor ihr gesucht hatte und schickt trotzdem ein Mitglied direkt in die Arme der Polizei. Öztürk und Sacik gehören

selbstverständlich zu denen, die heute noch in U-Haft sitzen.

Gegenüber dieser Darstellung, die ernsthaft an der Intelligenz der PKKler zweifeln lassen könnte, stellen die Todesfastenden fest, daß Bozan Öztürk ein Onkel Nusrets sei und ihn von den Zusammenhängen nichts wissend auf einen Anruf hin aufgesucht habe. Im übrigen wird Nusret unterdessen auch von seiner eigenen Familie verdächtigt, für den MIT zu arbeiten. In der Tat ist es auffällig, daß Nusret, der nach Aussage der Familie bereits in der Türkei mit der PKK zusammengearbeitet habe – der Generalbundesanwaltschaft zufolge sogar als „hoher Funktionär“ –, erst eine Woche vor dem Ereignis aus Gaziantep gekommen sei, und zwar ausgestattet mit einem gültigen türkischen Paß. Ist es unter diesen Umständen nicht denkbar, daß der MIT ihn in die BRD geschickt hat, um die jetzige Kampagne ins Rollen zu bringen und bestimmte namentlich bekannte Kader der PKK oder ihrer Massenorganisationen aufs Kreuz zu legen?

Daß die Zusammenarbeit zwischen dem MIT und entsprechenden bundesdeutschen Stellen ganz gut funktioniert, zeigt sich schließlich auch im Fall des FEYKA-Kurdistan-Generalsekretärs Ibrahim Korkmaz. Der Generalbundesanwalt bezeichnet ihn in seiner Erklärung als Mitgründer der PKK 1977 und behauptet, er sei 1978 für die Partei in Zypern tätig gewesen. Solche „Informationen“ können nur vom MIT stammen. Im übrigen konnte er die PKK 1977 nicht mitgründen, daß sie erst im November 1978 als solche gegründet wurde. Seiner Frau zufolge wurde er erst 1981 in der BRD politisch aktiv.

Die Todesfastenden, denen ungeachtet des schlechten Wetters in Bonn die Errichtung eines Zeltes und sogar das Auslegen von Matratzen von Behörden verboten wurde, gehen – wie es scheint nicht ohne Grund – davon aus, daß die umfassenden staatlichen Maßnahmen gegen ihre Organisationen und einzelne Mitglieder keine juristische Rechtfertigung haben, sondern eine politische.

Sie haben sich unterdessen schriftlich an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, an Minister, Bundestagsabgeordnete sowie Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen gewandt und um Intervention zugunsten ihrer Forderungen gebeten. Sie verlangen die Freilassung der Inhaftierten, die Beendigung der Polizeirazzien und der Behinderung der legalen politischen Aktivitäten kurdischer Vereine in der BRD sowie „die Bildung einer Kommission von Politikern und Juristen, die die anti-demokratischen Praktiken der BRD gegen Kurden untersuchen soll“.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit es den angeschriebenen verantwortlichen Politikern gelingt, die Quadratur des Kreises zu bewerkstelligen, die darin besteht, für den Kampf gegen die Guerilla der PKK dem türkischen Staat Waffen und Schäferhunde zu liefern und gleichzeitig in der Bundesrepublik die auf die aktive Unterstützung dieser Guerilla abzielenden legalen Aktivitäten der PKK-Sympathisanten uneingeschränkt zu ermöglichen.

Daß dergleichen staatlichen Verschwürungen auch unter Bedingungen scheinbarer bürgerlicher Gesetzmäßigkeit beileibe nicht nur die bereits propagandistisch gebrandmarkte PKK zum Opfer fallen kann, sondern grundsätzlich jede militante revolutionäre Bewegung, hat vor nicht langer Zeit in Frankreich die Deportation von iranischen Volksmodjahedin nach Gabun deutlich gemacht. Auch ihnen wurden „terroristische Aktivitäten“ vorgeworfen. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde dann unmißverständlich deutlich, daß an den Vorwürfen nichts dran war und die französische Regierung nur die Geschäftsbeziehungen zum Iran verbessern wollte.

Türkische Soldaten machen Jagd auf kurdische Widerstandskämpfer



# Friedenskräfte in Israel

## Proteste gegen die Besatzung nehmen zu



Jüdisch-palästinensische Friedensdemonstration in Israel

Die Rebellion der Palästinenser in der okkupierten Westbank und Gaza blieb auch im März/April d.J. ungebrochen. Derweil mehrten sich im Innern Israels die Stimmen, die sich für ein Ende der Besatzung, für eine politische Verhandlungslösung aussprechen. Mitte März forderten 40.000 „Peace Now“-Demonstranten in Tel Aviv von der Regierung Schamir ein Ja zum Shultz-Plan bzw. zu einer Friedenslösung. Tags darauf verlangten allerdings 150.000 Israelis an gleicher Stelle Schamir auf, unnachgiebig gegenüber dem „amerikanischen Druck“, sprich einer Autonomielösung, zu bleiben. Zeichen einer Polarisierung. Wo stehen die Friedenskräfte Israels? Welche Motive und Ziele verfolgen sie?

„Wie sollen wir damit fertigwerden, daß auf Tel Aviver Mauern zu lesen steht: Wir schießen auch auf Kinder“, fragt der Israeli und Spiegelredakteur Henri Zoller.<sup>1</sup> In Israel hat die Reaktion der Regierung Peres/Schamir auf den palästinensischen Volksaufstand eine heftige Kontroverse ausgelöst.

Am 23. Januar d.J. demonstrierten jeweils 80.000 Menschen in Tel Aviv und Nazareth. 250 Reservisten der israelischen Armee verweigerten den Dienst in den besetzten Gebieten. Während des Besuches des US-Außenministers Shultz in Israel demonstrierten Tausende in Jerusalem gegen die Besatzungspolitik. Die Kritik an Verteidigungsminister Rabins „Politik der eisernen Faust“ geht bis hinein in die großen zionistischen Parteien. Beispielsweise forderte

Shlomo Lahat, Bürgermeister von Tel Aviv und Mitglied der Likud-Partei, den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten. Er befürchtet, daß Israel sonst in eine Katastrophe hineinsteuere.

Schon vor dem Palästinenseraufstand war durchgesickert, daß sich Lahats Parteifreund Moshe Amirav mehrfach heimlich mit „PLO-nahen“ Palästinensern getroffen habe. Sie hätten sich, so hieß es, auf ein „Verständigungs-Memorandum“ geeinigt. Danach seien die beiderseitige Einstellung von Feindseligkeiten, ein Siedlungsstopp und die gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Vorbedingungen für Verhandlungen.<sup>2</sup>

Diese heimlichen Kontakte wurden auf

Befehl von Verteidigungsminister Rabin zunichte gemacht. Er ließ kurzerhand Amirovs palästinensischen Gesprächspartner, den als „gemäßigt“ geltenden Palästinenser Nusseibi, verhaften. Die Führung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei setzt nämlich ihrerseits auf Verhandlungen mit Jordanien und steht deswegen derartigen Kontaktversuchen von einzelnen Likud-Mitgliedern und Palästinensern äußerst skeptisch gegenüber.

Aber auch in der Arbeiterpartei gibt es einige, wenn auch wenige, kritische Stimmen. Parteisekretär Uri Baram trat im Januar d.J. aus Protest von seinem Posten zurück, nachdem sein persönlicher Freund, der Herausgeber der palästinensischen Zeitung Al-Fajr, Hannah Seniora, für einige Tage hinter Gitter gewandert war.

Das Gros der Friedensdemonstranten hat jedoch kaum klare Vorstellungen darüber, wie der Konflikt denn nun zu lösen sei. Die Kräfte, die dem palästinensischen Volk ein Selbstbestimmungsrecht zubilligen, die die PLO als die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes betrachten und bereit sind, mit ihr zu verhandeln, die also einen palästinensischen Staat an der Seite Israels akzeptieren würden, sind auch unter den israelischen Kritikern in der Minderheit. Sie gruppieren sich vor allem um das „Komitee gegen die Besatzung“, das von der Chadash-Front (im Parlament vertretene Front für Frieden und Gleichberechtigung; d. Red.), der Kommunistischen Partei, der Progressiven Liste des Arafat-Freundes Uri Avneri und der Bürgerrechtsbewegung RATS unterstützt wird.

Die Differenzen wurden deutlich beim Shultz-Besuch am 27. Februar d.J. in Jerusalem. Einen Tag bevor Shultz in Israel ankam, bildeten 27 Gruppen die bislang breiteste Koalition gegen die Besatzung von Gaza-Streifen und Westbank. Die größte israelische Friedensbewegung „Peace Now“ fehlte.

„Peace Now“ war das erste Mal während der israelisch-ägyptischen Separatverhandlungen zwischen Menachim Begin und Anwar al-Sadat in Erscheinung getreten. Am Vorabend von Ministerpräsident Begins Abreise nach Camp David (September 1978), wo er die festgefah-

renen Friedensverhandlungen mit dem ägyptischen Präsidenten in Anwesenheit des damaligen US-Präsidenten Carter wieder aufnehmen wollte, demonstrieren etwa 100.000 Personen in Tel Aviv zur Unterstützung des israelisch-ägyptischen Deals unter der Parole „Peace Now“. 1982 trat die Bewegung erneut mit der Forderung nach sofortigem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon wieder in Erscheinung.

Daß „Peace Now“ bis heute noch zionistischen Konzeptionen nachhängt, machte die Reaktion auf den Shultz-Besuch Ende Februar d.J. in Jerusalem deutlich. Indizen dafür sind nicht allein Symbole wie das Schwenken von Wimpeln mit dem Davidsstern und das Absingen der israelischen Nationalhymne. Bei der Forderung von „Peace Now“ nach einem Nahost-Frieden wird die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes als eigentlicher Kern des Nahostkonfliktes vollkommen ausgeklammert. Stattdessen macht man sich die Formel des jordanischen Königs Hussein „Land gegen Frieden“ zu eigen. In Hussein sieht man auch den geeigneten Verhandlungspartner über eine Autonomie für die Palästinenser.

Die „Peace Now“-Demonstranten unterstützten jüngst in einem offenen Brief den Friedensplan des US-Außenministers (siehe AIB 4/1988, S. 16) und kritisierten die Weigerung von Palästinensern, sich mit Shultz zu treffen.

Die Ursache für diese Begrenztheit des Gros der israelischen Friedensbewegung liegt darin, daß ihr Hauptmotiv weniger die Suche nach einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ist – der ja notwendigerweise an der Ursache des Konflikts, nämlich dem Palästinaproblem anknüpfen müßte – sondern v.a. die Sorge um den jüdischen Staat, um die Demokratie in Israel und

um die moralischen Werte der jungen Generation.

Da ist einmal die Angst vor der sog. „demographischen Zeitbombe“. So warnt beispielsweise Prof. Amon Safer von der Universität Haifa, daß auf Grund der höheren Geburtenrate schon im Jahre 2000 45% der Bevölkerung in einem „Groß-Israel“ Palästinenser sein werden. Nicht ein jüdisches „Groß-Israel“, sondern ein Zwei-Völker Staat wäre die Folge, was dem jüdischen Fanatismus wiederum Auftrieb geben würde. Aus diesem Grund sei ein Rückzug aus den besetzten Gebieten zwar schmerzhaft, aber unverzichtbar.

Andere Kräfte haben, seit sich selbst in den USA die Kritik an der Regierung Peres/Schamir mehrt, Angst vor der in-

**Uneingeschränkte  
Solidarität mit dem Aufstand  
in der Westbank und Gaza demon-  
strierten die israelischen Araber,  
die immerhin rund 1/5 der  
Israelis ausmachen**

ternationalen Isolierung. Sie kritisieren die Regierungsparteien, weil diese nicht schon 1982, als die PLO nach dem Rückzug aus Beirut zu größeren Zugeständnissen bereit war, verhandelten. Jetzt wäre es allerhöchste Zeit. Denn wenn der Aufstand noch länger andauere, würde sich Israel noch mehr isolieren und die Kräfteverhältnisse würden sich noch mehr zu seinen Ungunsten verändern. Selbst Schimon Peres warnte noch im Januar d.J. vor der Unnachgiebigkeit seines Koalitionspartners Schamir: „Ich muß der Öffentlichkeit und meinen Kollegen die Wahrheit sagen – alle Theorien über den Status quo sind bankrott“. (taz, 18.1.1988)

Man müsse jetzt so schnell wie möglich Verhandlungen mit Jordanien aufneh-

men. Aber auch dieser Zug scheint abgefahren zu sein. König Hussein erklärte inzwischen, er könne nicht für die Palästinenser in der Westbank sprechen. Da solle sich der amerikanische Außenminister schon an die PLO selber wenden.

Viele liberale Zionisten versuchten, den Anspruch auf einen jüdischen Exklusiv-Staat und die mit der Staatsgründung Israels begangenen Verbrechen damit zu legitimieren, daß sich dieser Staat durch eine besondere moralische Integrität auszeichne. Vor allem unter liberalen Intellektuellen geht die Angst um, daß die Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten irgendwann auf die israelische Gesellschaft zurückschlagen und die Demokratie in Israel unterminieren werde. Denn wie soll ein 18- oder 20jähriger Soldat, der im Gazastreifen aufmüpfigen Palästinensern die Knochen gebrochen hat, später Konflikte in der israelischen Gesellschaft mit demokratischen Mitteln austragen?

Man befürchtet ferner, daß in der einst so selbstbewußten israelischen Armee, die noch 1967 innerhalb von fünf Tagen den Gazastreifen, die Westbank, die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golanhöhen einnehmen konnte, die jetzt aber mit 120.000 Soldaten unfähig ist, den Aufstand von 1,5 Mio Palästinensern einzudämmen, Zweifel an der eigenen Stärke und Überlegenheit aufkommen werden. Das würde eine der Grundfesten des Zionismus in Frage stellen.

489 Psychiater, Psychologen und Erzieher protestierten in einer Anzeige in den großen israelischen Tageszeitungen gegen „Israels Unterdrückungspolitik“: Die nun schon 20 Jahre währenden Demütigungen von Palästinensern hätten schlimme Auswirkungen auf das Bewußtsein der jüdischen Bevölkerung. „Wir erziehen unsere Jugend zu Diskriminierungen und Rassismus.“ Sie könne so ihre Sensibilität für menschliches Leiden und ihren Respekt für Menschenrechte allmählich verlieren. Die Schlußfolgerung der Verfasser: „Die Besatzung muß beendet werden.“

Es-Justizminister Haim Zadok und der ehemalige Generalstaatsanwalt Jitzhak Zamir forderten die Soldaten auf, sich ungesetzlichen Befehlen zu widersetzen. Nicht zuletzt leidet inzwischen auch die israelische Wirtschaft unter dem Aufstand. Die Besatzung ist nämlich auch ein lukratives Profitunternehmen (siehe AIB 3/1988, S.7): Absatzmarkt für israelische Waren, Pool von billigen Arbeitskräften, Land und Wasser. Dieses Geschäft steht jetzt vor dem Bankrott bei gleichzeitig steigenden „Besatzungsunkosten“, sprich Militärausgaben. Bauunternehmer finden keine Arbeiter mehr und die diesjährigen Zitrusexporte werden wohl geringer als im letzten Jahr

Die Brutalität der Besatzungssoldaten war für viele Anlaß zum Protest



ausfallen, da die palästinensischen Landarbeiter gerade während der Haupterntezeit in den Streik traten. Allein im Januar 1988 stiegen die Lebensmittelpreise wegen der Verknappung des Angebots um 9%. Aktien- und Wertpapierkurse fielen auf den Tiefststand.

Die wachsenden Proteste in Israel sind zwar als unterstützender Faktor für den palästinensischen Aufstand nicht zu ignorieren, brechen sie doch den zionistischen Konsens über die angeblich legitimen Gebietsansprüche über Ganz-Palästina bzw. — im zionistischen Sprachgebrauch — „Eretz Israel“ auf. Andererseits darf man nicht ignorieren, daß solche Zweifel fast ausschließlich unter Intellektuellen und Akademikern gehegt werden.

Die Mehrheit der Israelis steht voll hinter Rabins „Politik der Eisernen Faust“, der inzwischen zum beliebtesten Politiker Israels avanciert ist. In einer Umfrage des US-Magazins „Newsweek“ vom 25.1.1988 fanden 46% aller Israelis das Vorgehen ihrer Armee in den besetzten Gebieten in Ordnung; 40% beklagten sich darüber, daß man noch zu milde mit den aufrührerischen Palästinensern verfare. Vorschläge fanatischer Gruppen wie der Kach oder der Techija-Partei stoßen zunehmend auf Zustimmung. So gaben zwar in einer vom „Spiegel“ (Nr. 4/1988) angeführten Umfrage nur 40% der Israelis an, sie würden massenhafte Zwangsumsiedlungen von Palästinensern zum gegenwärtigen Zeitpunkt befürworten. 69% aller Befragten räumten aber ein, daß dies anders aussähe, wenn die Unruhen weiter anhielten. In einem solchen Fall bliebe einem wohl nichts anderes übrig, auch wenn man ein schlechtes Gewissen dabei habe.

Eine ganz andere Entwicklung in Israel sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben: die uneingeschränkte Solidarität der in Israel lebenden Araber für die Palästinenser in der Westbank und dem Gazastreifen. Und die 750.000 Palästinenser in Israel stellen immerhin 18% der israelischen Bevölkerung.

Am 21. Dezember letzten Jahres riefen die arabischen Bürgermeister Israels zu einem dreitägigen Generalstreik auf, der zu 100% befolgt wurde. Die zumeist in Galiläa lebenden Araber haben zudem einen ganz entscheidenden Anteil an der materiellen Unterstützung des Aufstands. Sie schicken ganze Lastwagenladungen von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidern in die umzingelten Flüchtlingslager in der Westbank und im Gazastreifen.

Selbst die traditionelle „Teile- und Herrsche“-Politik des zionistischen Establishments scheint nicht mehr zu greifen. Auch die Beduinen in der Wüste Negev beteiligten sich an Solidaritätsaktionen. Die Israelis versuchten früher,

den Beduinen wie auch den israelischen Drusen Sondervergünstigungen gegenüber den anderen Arabern einzuräumen, dafür dienten diese in Sondereinheiten der israelischen Armee — die Drusen vornehmlich in Grenzschutzeinheiten, die jetzt auch zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt werden. Die religiöse Führung der israelischen Drusen bezeichnete daraufhin in einem religiösen „Fatwah“ jede Beteiligung an der Unterdrückung der Palästinenser als Sünde gegen den Willen Gottes.

Der einzige arabische Abgeordnete der israelischen Arbeiterpartei, Abdel Wahab Darausche, trat aus Protest gegen die israelischen Greuelthaten in den besetzten Gebieten zurück und kündigte die Gründung einer arabischen Partei in Israel an.

„Wir sind integraler Bestandteil des palästinensischen Volkes und gleichzeitig sind wir Bürger des Staates Israel. Und als

solche erheben wir unsere Stimme gegen die fortgesetzte Besatzung“, sagte der Knesset-Abgeordnete der Chadash-Front, Taufik Toubi, auf einer Kundgebung in Nazareth.

Die Aktionen der israelischen Palästinenser machen noch eines deutlich: Auch der Staat Israel in seinen Grenzen von 1948 ist faktisch kein „jüdischer Staat“, sondern ein binationaler Staat mit einer arabischen nationalen Minderheit. Bis das auch in der offiziellen Gleichstellung der israelischen Araber mündet, scheint jedoch noch eine lange Wegstrecke zurückzulegen zu sein.

Nur 20% aller jüdischen Israelis sind bereit, ihren arabischen Landsleuten die vollen Bürgerrechte zuzuerkennen. Rechte Knesset-Abgeordnete fordern seit dem Generalstreik vom Dezember sogar, daß auch die israelischen Araber wieder dem Kriegsrecht unterstellt werden müßten.

## SPENDENKAMPAGNE GEGEN DEN HUNGER

# Mein Herd für Äthiopien

**TAKALIGN**



Erneut sieht sich Äthiopien einer Hungerkrise gegenüber (siehe Titelstory in AIB 1-2/88). Internationale Sonderhilfsmaßnahmen sind angelaufen. Doch es bleibt die bange Frage, ob die Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1984/85 abzuwenden ist.

Wir meinen, die aktuellen Nothilfemaßnahmen für die äthiopischen Notstandsgebiete sind unverzichtbar, reichen aber nicht hin. Was flankierend gebraucht wird, sind Schritte, die den Entwaldungs- bzw. Erosionsprozeß des ostafrikanischen Landes aufhalten.

Der Boden Äthopiens ist ökologisch schwerstens geschädigt. In manchen Teilen des Landes gibt es kein Leben mehr, hat die Erosion ganze Landstriche in gespennstische zerrissene Schluchten verwandelt.

Die Holzressourcen — Holz ist der Hauptenergieträger der Äthiopier — sind erschöpft. Nur mehr 4% des gesamten äthiopischen Territoriums sind bewaldet.

Der Brennholzverbrauch aber kann gesenkt werden — durch einen den Bedingungen der Bevölkerung angepaßten Kochherdtyp. Die Energieausbeute beträgt am offenen Feuer nur 5%. Im geschlossenen Behälter kann der Grad der Energieausnutzung drastisch erhöht werden.

Der Herd wird mit Erntebfällen gestopft — nicht mit Holz.

Eine Gruppe Äthiopier hat diesen Herd konstruiert. Äthiopische Schmiede stellen ihn in einer Bauernkooperative in Tadelle, Westshoa, auf traditionelle Weise her. Wir unterstützen die Verbreitung dieses Herdes.

Wir rufen zur Teilnahme an der Kampagne „Mein Herd für Äthiopien — TAKALIGN“ auf.

## Helfen Sie mit!

Eine Spendenkampagne der Gesellschaft Österreich-Äthiopien und der äthiopischen Relief and Rehabilitation Commission, unterstützt vom AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Osterreichische Postsparkasse,  
Gesellschaft Österreich — Äthiopien  
Konto-Nummer 72 11 548  
Marburger Volksbank, Nico Biver  
Konto-Nummer 436577  
BLZ 533 900 00  
Stichwort: Herd für Äthiopien



Klaus D. Fischer

# Der Nahe Osten ist uns näher gekommen

Keine andere Zeitschrift dieses Landes informiert so regelmäßig, so gründlich und so hintergründig über Vorgänge im Nahen Osten, wie diese. Es mag deshalb erlaubt sein, einen hohen Informationsstand über die Entwicklungen des letzten halben Jahres in dieser Region vorauszusetzen, um sich unmittelbar der Frage zuzuwenden, ob denn nun in diesem ältesten, kompliziertesten und gefährlichsten Regionalkonflikt unserer Erde qualitative Veränderungen festzustellen sind. Ich meine schon, und zwar auf verschiedenen, dennoch miteinander verbundenen Ebenen.

Da ist zunächst der Widerstand des palästinensischen Volkes. Seit den 30er Jahren hat er nie wieder eine derartige Kontinuität auf so hohem Niveau erreicht wie in der Zeit seit dem 8. Dezember 1987.

Erstmals ist es zur Bildung einer Vereinigten Nationalen Führung im Lande selbst gekommen, der alle bedeutenden palästinensischen Organisationen (Al Fatah, Kommunistische Partei, Demokratische Front, Volksfront), und patriotische islamische Kräfte (Jihad Islami) angehören.<sup>1</sup> Die Autorität dieser Führung wird von keinem Palästinenser in Frage gestellt, ihre Orientierungen werden kollektiv befolgt.

Völlig neue Dimensionen hat — nach spontanem Beginn — die Organisiertheit des Kampfes angenommen: Revolutions-, Kampf- und Solidaritätskomitees sind überall an der Basis entstanden und heben durch ihre Überparteilichkeit, Geschlossenheit und Disziplin tendenziell den traditionellen, hinderlichen Fraktionismus (gerade auch der Massenorganisationen) auf.

Die Warnung der Vereinigten Nationalen Führung vor einer übereilten Anwen-

dung neuer Kampfformen<sup>2</sup> zeugt von großer politischer Klugheit und Weitsicht, die regionale und internationale Faktoren für einen erfolgreichen Verlauf des Aufstands in Rechnung stellt: Sowohl die Skrupellosigkeit des zionistischen Gegners im Falle der Eskalation (bei bislang noch rückhaltloser Unterstützung durch die USA) und die Faschisierungstendenzen in Israel einerseits als auch das durch die Weltfriedensbewegung und durch die Verhandlungen und Vereinbarungen von UdSSR und USA veränderte internationale Klima und öffentliche Bewußtsein andererseits.

Im Ergebnis dieses klugen Kampfes nimmt der (psychologisch-)politische Druck auf Israel ständig zu. Er wird noch verstärkt durch die aufmerksame Wahrnehmung von nicht mehr übersehbaren neuen Dimensionen des Nahost-Konfliktes auf (über-)regionaler Ebene: Die mit den Enthüllungen Vanunus und seiner Verurteilung zu 18 Jahren Gefängnis manifestierte Existenz israelischer Atombomben, die erfolgreichen Tests der Jericho II (eine israelische Version der Pershing II) im vergangenen Jahr und der Ankauf chinesischer Mittelstreckenraketen durch Saudi Arabien beginnen die Welt zu alarmieren. Angesichts des Größenwahns und Abenteuerertums der Schamir und Rabin könnte ihre Flucht nach vorn in einen Krieg münden, der nur schwer begrenzt wäre.

Vor diesem Hintergrund muß die Passage in der Rede von Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 11.3.1988 vor dem Bundestag gesehen werden, die aus Erklärungen von Palästina-, Nahost- und Friedenskomitees stammen könnte: „Diese Entwicklung in den besetzten Gebieten zeigt, daß der Nah-Ost-Konflikt in eine neue, noch brisantere Phase einge-

treten ist. Für die Bundesrepublik Deutschland und für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft liegt der Nahe Osten auch geographisch nicht fernab. Er ist in Wahrheit für uns eine Nachbarregion, deren Frieden und deren Stabilität von unmittelbarer Bedeutung für die Lage in Europa sind. Die Sicherheit des Nahen Ostens ist in Wahrheit auch unsere eigene Sicherheit.“<sup>3</sup>

Den Ernst der Lage erfaßt hat sogar die FAZ, die in einem ausführlichen Artikel vom 8.4.1988 (Überschrift: „Raketen, überall Raketen“, mit der Unterzeile „Die Großmächte können das wachsende Zerstörungspotential im Nahen Osten nicht mehr kontrollieren“) den Nuklearphysiker und Abrüstungsexperten Barnaby mit einer Aufforderung zum Handeln resümieren läßt: „Wir müssen Atomwaffen, verteilt über den Nahen Osten, erwarten, wenn keine internationalen Schritte unternommen werden, um dies zu verhindern.“

Dramatisch auch der plötzliche Kurswechsel dieses Sprachrohrs des bundesdeutschen Finanzkapitals in der Palästinafrage, das nun der israelischen Regierung per Leitartikel ins Stammbuch schreibt: An der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Partner einer Regierung führt kein Weg vorbei, was immer man von dieser Organisation halten mag.“<sup>4</sup>

Doch wo bleiben die Taten? Die Reagan-Administration versucht derzeit gegen das ausdrückliche Votum aller ande-

**Der Hauptzweck  
des Nahostfriedensplanes  
von Shultz scheint in der  
Förderung des Wahlkampfes  
von Peres  
zu liegen**

ren UNO-Mitgliedsstaaten (mit Ausnahme Israels natürlich), die UNO-Mission der PLO schließen zu lassen. Und der Shultz-Plan ist meilenweit von realistischen Ansätzen einer Konfliktlösung entfernt.<sup>5</sup> Sein Hauptzweck scheint in der Förderung des Wahlkampfes von Peres zu liegen (Neuwahlen stehen in Israel zum November 1988 an; d. Red.).<sup>6</sup>

Vor einem Sinneswandel der kapitalkräftigsten Organisationen und Lobbys der US-amerikanischen Juden und vor der Präsidentenwahl wird aus Washington keine wirklich substantielle Initiative zu erwarten sein. Immerhin gibt es für den US-Imperialismus in dieser Region eine Menge zu verlieren: das Aufmarschgebiet gegen die UdSSR, die Kontrolle über mehr als ein Dutzend Staaten und rund 200 Mio Menschen dieser Drehscheibe zwischen drei Kontinenten, die Kontrol-

le über das erdölreichste Gebiet der Erde, die Druckmittel gegen die Konkurrenz aus Japan (Öl) und EG (Öl und horizontale Eskalation) und nicht zuletzt auch Märkte (an die EG und Japan). Zu gewinnen gäbe es – realistisch betrachtet – auch nicht gerade wenig: das Kapfen der kürzesten und heißesten aller Zündschnüre, die den atomaren Holocaust auslösen könnten.

Genscher, FAZ und Augstein<sup>7</sup> scheinen den Ernst der Lage erfaßt zu haben. Paris warnte Tel Aviv bereits in einer scharfen, offiziellen Note vor einem „Präventiv“-Schlag gegen Riads neue Raketen. Das EG-Parlament machte „erstmalig von seiner ihm im vergangenen Jahr verliehenen Befugnis Gebrauch... internationale Abkommen nicht zu ratifizieren“<sup>8</sup>: Zinsgünstige Kredite (ca. 130 Mio DM) und Vergünstigungen für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der EG wurden Israel verweigert. Dahinter stand zwar „nur“ eine Koalition von kommunistischer, sozialistischer und Regenbogenfraktion, aber eigentlich haben diese auch gemeinsam keine Mehrheit... Doch das alles ist längst nicht genug. Notwendig ist eine Verhandlungsoffensive, die mit spürbarem Druck und mit Sicherheitsgarantien für alle Seiten mit der Entschärfung der Bomben beginnt.

Ziel muß ein atom- und massenvernichtungswaffenfreier Naher Osten sein, in dem Palästinenser und Israelis in zwei souveränen Staaten friedlich nebeneinander koexistieren, miteinander und mit allen anderen Völkern und Staaten der Region, mit Garantie- und Sicherheitsmaßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft. Die EG und in ihr – wie auch eigenständig – die BRD könnten und müßten hier Nachbarschaftshilfe leisten. Gangbare Wege sind schon vor Jahren mit dem Friedensplan von Fez und dem Breshnew-Plan gewiesen worden.<sup>9</sup>

Bedenkenswert sind in diesem Zusammenhang auch Anregungen an die PLO und alle ihre Mitgliedsorganisationen, Stellenwert, Funktion und Formen des bewaffneten Kampfes grundsätzlich zu überdenken<sup>10</sup> wie auch die Idee, durch eine große politisch-diplomatische Geste jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Bereitschaft zur Koexistenz ihres künftigen Staates mit Israel zu zerstreuen. Die Isolation der zionistischen Extremisten würde sicher gravierend verstärkt, die Ängste mancher ehrlicher Israelis, die Sorgen vieler hin- und hergerissener Antifaschisten und Friedensfreunde könnten sicher auch entscheidend gemindert, ihr Engagement von Zweifeln befreit werden.

Zuletzt zu uns, der Friedens- und Solidaritätsbewegung in diesem Lande. Die wichtigsten Forderungen sind genannt:

ein atomwaffenfreier Naher Osten, ein palästinensischer Staat, friedliche Koexistenz in der Region. Aktuell: ein Ende des Mordens und der brutalen Menschenrechtsverletzungen, Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, offizielle Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung, Verwendung des jährlichen Entwicklungshilfe-Kredits an Israel (140 Mio DM) zur Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen der Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Laßt uns auch die vielfältigen gesellschaftlichen Kontakte nach Israel nutzen, die Städtepartnerschaften, die gewerkschaftlichen Beziehungen, den Jugendaustausch – zu unbequemen Fragen, zu Kritik und ungebetenen Ratschlägen, zu friedenspolitischen und menschenrechtlichen Auflagen, zu Gesprächen und Zusammenarbeit mit der israelischen Friedensbewegung, mit palästinensischen Organisationen in Israel und in den besetzten Gebieten. Lassen wir uns vor allem nicht den Mund verbieten. Lehren aus den Verbrechen der Nazis zu ziehen, kann nur heißen, jeder Menschenrechtsverletzung entgegenzutreten – lokal, regional, global (und rechtzeitig).

Jene, die keinen Anstoß daran nahmen, daß zur Zeit der Wiedergutmachungsverhandlungen der Staatssekretär Adenauers der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze Globke gewesen war, daß ein Bundespräsident amtierte, der dem Ermächtigungsgesetz der Nazis zugestimmt hatte, haben kein Recht, heute Antifaschisten, Friedenskämpfer, Aktivistinnen der Bewegung für internationale Solidarität und Völkerfreundschaft in einen Topf zu werfen mit den kapitalkräftigen Förderern und Profiteuren des mörderischen Antisemitismus.

„Gewährt den Mördern der Palästinenser nicht die Immunität, die sie frech von Euch verlangen“, rief Felicia Langer den Ostermarsch-Teilnehmern auf dem Frankfurter Römer zu. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Der Nahe Osten ist uns näher gekommen. Gefährlich nahe. Erweisen wir uns als hilfreiche Nachbarn. Auch im eigenen Interesse.

#### Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 3/1988, S. 5ff.
- 2) Vgl. ebd., S. 9
- 3) Zit. nach: Stenographischer Bericht der 69. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, 11.3.1988, S. 4675
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.3.1988
- 5) Siehe: AIB 4/1988, S. 16
- 6) Vgl. Beitrag von Amos Wollin zum Regionalkonflikt Nahost in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 4/1988
- 7) Vgl. Der Spiegel, Nr. 11/1988
- 8) Frankfurter Rundschau, 11.3.1988
- 9) Wortlaut siehe in: AIB 11-12/1982
- 10) Siehe Diskussionsbeitrag von Jutta Oesterle-Schwerin in: AIB 8/1987, S. 44

# volksuni

9. Berliner Volksuni

Fachhochschule für Wirtschaft

Pfingsten, 20. – 23. Mai 1988

## Schöner neuer Kapitalismus?

### Das Neue denken

Politische Strategien im Übergang zum High-Tech-Kapitalismus  
Wo stehen Gen- und Reproduktionstechnologien heute?

Zu einer Theorie des Transnationalen Kapitalismus

Perestroika als Durchbruchversuch zum High-Tech-Sozialismus?

### Zwischen High-Tech und Maloche

Szenarien für die Zukunft der Fabrik

»Künstliche Intelligenz« – ein

Angriff auf qualifizierte Arbeit?

Rheinhausen: Stahlarbeiter kämpfen um ihre Arbeit

Zukunftsentwürfe für Berlin

### Frauenpolitik

Eine neue Streitkultur für die Frauenbewegung?

Mit Rosa Luxemburg für eine revolutionäre Realpolitik

Zur Verrechtlichung von Frauenfragen

Frauen und Perestroika

### Die Subversion des Mikro-Chip

Soziale Erfindungen – soziale Experimente: von Hackern lernen?

Mikropolis oder die Informationsgesellschaft.

Joystick – sex and crime. Die Sinne im Netz der Video- und Computerwelt

Muskelmänner. In den Maschinenhallen der neuen Körperkultur

New Age: eine Herausforderung für Christen und Linke?

Nach dem Gipfel: Umdenken in der Nato?

Gibt es eine Kurskorrektur der Weltbankpolitik?

Bayer-Pestizide töten Menschen. Den Widerstand international organisieren

### Für Augen und Ohren

SAN FRANCISCO MIME TROUPE mit »The Mozamgola Caper«.

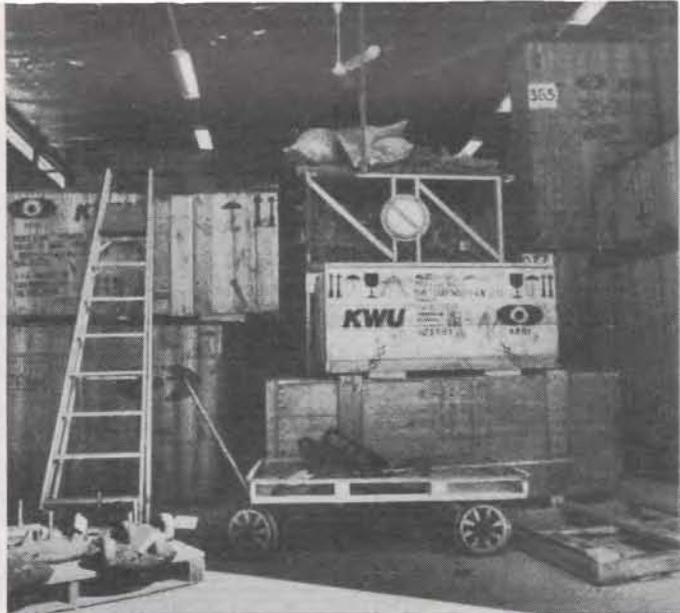
Ein afrikanischer Spionage-Thriller  
CHRIS MCGREGOR'S BROTHERHOOD OF BREATH – South African Exiles' Jazz  
ZENTRIFUGE-REVUE: Taxi zum Blocksberg

### Das Programmbuch

erscheint Mitte April und ist im Berliner Buchhandel erhältlich sowie beim Volksuni-Büro, Dominicusstr. 3, 1000 Berlin 62 zu bestellen. DM 3,- zuzügl. 1,40 Porto bitte in Briefmarken beilegen.



Die Außenminister da Silveira (l.) und Genscher bei der Unterzeichnung des Atomvertrages BRD-Brasilien im Juni 1975 im Bonner Auswärtigen Amt; Lagerhalle des Atomexporteurs KWU im iranischen Bushir



Bernhard Sulzer

## Atomexportpolitik der BRD Kein Platz für Skrupel (II)

Kontakte zur Förderung der Brüterentwicklung knüpfte die Bundesrepublik vornehmlich in Europa und dabei in besonderem Maß zu Frankreich. Diese nahmen ihren Anfang mit Abkommen zur Errichtung zweier großer Brutreaktoren – einer in Frankreich und einer in der Bundesrepublik –, die 1971 und 1972 geschlossen wurden.

In diesen Parallelprogrammen werden zwei unterschiedliche technische Brüterkonzepte getestet. Der deutsche Reaktor ist der bislang nicht in Betrieb gegangene, heftig umstrittene SNR 300 in Kalkar. Er wurde unter Leitung der Schnellbrüter-Kraftwerksgesellschaft (SBK) errichtet, an der Firmen aus der Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien beteiligt sind. Frankreich nahm 1973 den Brüter Phénix – mit 300 MWe Leistung – in Betrieb und begann danach mit dem Bau des Super-Phénix, der mit 1300 MWe die Leistung üblicher Leichtwasser-Reaktoren erreichen sollte; dessen Inbetriebnahme erfolgte im Herbst 1985. Am Super-Phénix sind die EDF (Frankreich) mit 51%, die ENEL (Italien) mit 33% und die SBK mit 16% beteiligt.

Seit 1977 gibt es zwischen dem französischen Atomkommissariat CEA, dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der Nuklearfirma Interatom eine Vereinbarung über einen umfassenden Austausch von Informationen über die Brüterprogramme.<sup>26</sup> Nach außen unterliegt dieser Austausch der Geheimhaltung.

Diese Geheimhaltungsverpflichtung, der die betreffenden Angestellten und Arbeiter sowie alle Lieferanten und Unterpelantanten in bezug auf die auszutauschenden Kenntnisse (Erfindungen, Patente, Zeichnungen, Daten, Entwürfe, Spezifikationen, Rechnerverfahren, Computerprogramme, Versuchsbeschreibungen, Versuchsprotokolle, Auswertung von Erkenntnissen, Know-how, Betriebsabläufe und -erfahrungen) unterliegen, führte zu Widerstand aus den Reihen der betroffenen Wissenschaftler, die eine vollständige Information der Öffentlichkeit über Entwicklungen in diesem Bereich anmahnten.<sup>27</sup> Gründe der gewöhnlichen industriellen Geheimhaltung für dieses Verhalten sind nicht plausibel, was den Verdacht provozierte, es würden hier die Grundsteine gelegt für ein zukünftiges, gemeinsames Brüterprogramm mit militärischem Hintergrund.

Eine militärische Relevanz des Super-Phénix zu erkennen fällt

überdies nicht schwer. Seit einigen Jahren erfährt die französische Atomstreitmacht eine weitgehende Modernisierung. Die Ausrüstung der Langstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen und die Indienstellung der Hadès-Raketen erfordert bis 1990 die Bereitstellung von 4 t Plutonium. Die Kapazitäten der noch funktionstüchtigen, militärischen Reaktoren und des Phénix, der offiziell als militärische Plutonium-Quelle deklariert wird, reichen nicht aus, um diese Aufrüstung zu ermöglichen.

Das Defizit von 200 bis 250 kg Plutonium jährlich kann durch den Super-Phénix gedeckt werden, in dessen Brutmantel pro Jahr etwa 300 kg Plutonium produziert werden. Es verwundert nicht, daß dieses die Begehrlichkeit der Kernwaffenhersteller weckt. General Thiry, militärischer Berater der CEA, erklärte diesbezüglich: „Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeden Typs und jeder Leistung herzustellen. Frankreich wird sie mit relativ geringen Kosten in großer Zahl herstellen können, sobald die Brutreaktoren das dazu nötige Plutonium im Überfluß liefern.“<sup>28</sup>

An der französischen Aufrüstung ist in gewissem Sinn auch der bundesdeutsche Stromlieferant RWE beteiligt. Als Hauptgesellschaft der SBK wirkt das RWE zu etwa 11% am Bau und Betrieb des Super-Phénix mit. Das bedeutet, daß ein entsprechender Anteil der Baukosten zu tragen ist und des produzierten Stroms ins RWE-Netz eingespeist wird. Weiter ist das RWE verpflichtet, 11% der Erstbeladung und zweier Nachladungen des Reaktorkerns mit Plutonium bereitzustellen; das sind mehr als 1.000 kg. Die Überlassung dieses Plutoniums ist leihweise, nach dem Einsatz im Reaktor soll das Plutonium zurückgegeben werden.

Diese Rückgabe wirft allerdings Probleme auf, da unklar ist, welche Zusammensetzung das rückgelieferte Plutonium haben soll. Bei seinem Einsatz im Kern wird es teilweise verbraucht und im Brutmantel neues gebildet; letzteres ist aber auf Grund seiner Zusammensetzung sehr gut waffentauglich. Erfolgt die Rückerstattung entsprechend der Zusammensetzung des dem Brüter entnommenen Plutoniums, ist bei der Rückgabe das gelieferte Reaktorplutonium zu Waffenplutonium geworden; ein Transfer, der die Ausgangsposition der Bundesrepublik, eigene Kernwaffen zu produzieren, verbessern würde.

Dies steht zwar nicht im Widerspruch zum Wortlaut des NPT (Atomwaffensperrvertrag; d. Red.), seine Wirksamkeit wird dadurch allerdings nicht gefördert. Entspricht die Zusammensetzung des zurückgegebenen der des gelieferten Plutoniums, so trägt das aus dem gelieferten Reaktorplutonium zu Waffenplutonium konvertierte Plutonium zur Aufstockung des französischen Plutonium-Reservoirs bei, was gleichermaßen vertragskonform ist – ein Nichtatomwaffenstaat darf selbstverständlich einem Atomwaffenstaat beim Erwerb neuer Sprengkörper behilflich sein –, aber auch nicht die Motivation zur Vertragseinhaltung bei anderen Unterzeichnern erhöht.

Von Seiten des RWE und der Bundesregierung wird häufig betont, daß Frankreich die Verwendung des im Super-Phénix erbrüteten Plutoniums nirgendwo ausdrücklich angekündigt hat und außerdem den Reaktor Euratom-Kontrollen offen sei. Die Euratom-Vereinbarungen schließen allerdings eine militärische Nutzung auch von kontrollierten Spaltstoffen nicht aus, wenn diese nur angezeigt wird. Es steht den Franzosen also frei, jederzeit eine Verwendung des waffenfähigen Super-Phénix-Plutoniums für Kernwaffen der Euratom anzukündigen, wozu diese nur ihr Placet geben kann.

Die Haltung der Bundesrepublik im Exportgeschäft ist bislang auf allen Gebieten gekennzeichnet durch eine Bevorzugung der Aspekte, die ihre Exportchancen erhöhen, auf Kosten derer, die bedeutsam für eine Eindämmung der Proliferation sind. In Zukunft dürfte die Rücksichtslosigkeit gegenüber Belangen der Rüstungskontrolle weiter zunehmen im Zuge der andauernden Verengung des internationalen Marktes für Nuklearanlagen – mehr Anbieter, weniger zahlungskräftige Kunden, allgemein abnehmendes Interesse an Kerntechnik in den letzten Jahren.

Anzeichen dafür ist das 1985 angestrebte Exportgeschäft mit China, in dem der Bau zweier Kernkraftwerke sowie die Übernahme von 150 t abgebrannter Kernbrennstoffe durch China vereinbart werden sollte,<sup>29</sup> der zweite Teil des Abkommens

**Die bundesdeutsche Beteiligung  
am französischen Brüter Super-Phénix  
verbessert durch den Plutoniumtransfer die Ausgangsposition der BRD, eigene  
Atomwaffen herzustellen**

sollte zum Teil der Kompensation des Einkaufspreises der Reaktoren dienen. Als Atommacht hat China möglicherweise noch ein anders geartetes Interesse an diesen Stoffen. Dieses konkrete Geschäft wurde jedoch nicht realisiert, sondern am 10. Juni 1985 lediglich ein Memorandum über langfristige Kooperation unterzeichnet.<sup>30</sup>

Auffallend ist der hohe Anteil von proliferationsanfälligen Anlagen an der Gesamtzahl der exportierten Anlagen. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, für ein funktionstüchtiges Energieversorgungsnetz auf Basis der Kernenergie wäre ein vollständiges System aller Anlagen des „Brennstoffkreislaufes“ notwendig.

Auf diesem Weg dient übrigens das Exportgeschäft wiederum der Rechtfertigung des Baus gewisser umstrittener inländischer Anlagen; so zur Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf: „Schließlich ist für ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik unverzichtbar, kerntechnische Anlagen auf dem Weltmarkt als in sich geschlossenes Konzept, d.h. neben Kernkraftwerken auch Anlagen des gesamten Brennstoffkreislaufes, anbieten zu können. Dazu ist es notwendig, diese Anlagen im Lande selbst zu bauen und zu betreiben. Ginge das dazu erforderliche technologische Wissen verloren, so würde die deutsche Industrie ihre technologische Spitzenstellung und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Gebiet verlieren.“<sup>31</sup>

Wird schon die Wirtschaftlichkeit von Schnellen Brütern, Anreicherungsanlagen und Wiederaufarbeitungsanlagen in vielen Industrieländern stark angezweifelt, so sind diese Zweifel erst recht gegenüber einem Bau dieser Anlagen in Entwicklungsländern gerechtfertigt. Ihre Bedeutung erlangen diese erst bei einer jahrzehnte- wenn nicht jahrhundertelangen Fortsetzung der Atomprogramme.

Diese Vorstellung ist gewissermaßen ein Fossil aus Zeiten, in denen eine optimistischere Beurteilung Platz hatte, die ein tausendjähriges Reich der unbegrenzten Bereitstellung von Energie mit Hilfe der Kernspaltung kommen sah. Diese Hoffnungen werden aber mehr und mehr aufgegeben und in Teilen der SPD und Spuren der CDU wird nur noch zeitlich begrenzte Nutzung der Kernenergie angestrebt; eine Entwicklung, die schon 1979 nach der Beinahe-Havarie des Three-Mile-Island-Reaktors bei Harrisburg ihren Anfang nahm und sich verstärkte nach dem unkontrollierten Abbruch des RBMK-1000 in Tschernobyl.

Was die derzeitige Lage auf dem Weltmarkt angeht, so sind weltweit Überkapazitäten auf dem Gebiet der Anreicherung vorhanden und ein Bedarf an Wiederaufarbeitungsanlagen besteht a priori ohnehin nicht, da genauso gut ein Konzept der direkten Endlagerung von Atommüll verfolgt werden könnte. Wirtschaftliche und Gründe der Versorgungssicherheit für die Installation dieser Technologien in möglichst vielen Ländern sind also nicht stichhaltig.

Die Unwirtschaftlichkeit dieser Anlagen könnte, wie bereits erwähnt, allerdings kompensiert werden durch das militärische Interesse an ihnen. So wird der Schnelle Brüter für Frankreich, obwohl er auf absehbare Zeit wesentlich teurer als Leichtwasser-Reaktoren arbeiten wird, erstrebenswert als Quelle waffentauglichen Plutoniums.

Auch die Wiederaufarbeitung, die, wenn man die Kernenergie nur als Übergangslösung akzeptiert, weder mit Gründen des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung, die beide erst bei längerfristiger Nutzung stichhaltig würden, noch mit solchen der Wirtschaftlichkeit gerechtfertigt werden kann, ist von hohem militärischem Wert zur Gewinnung von Plutonium.

Die überschüssigen AnreicherungsKapazitäten sind vor allem für Länder, die mit dem Aufbau einer nuklearen Streitmacht beginnen wollen, interessant. An allen diesen Bestrebungen ist die Bundesrepublik durch den Export der betreffenden Anlagen beteiligt, und es kann gemutmaßt werden, ob dabei ihre Rolle die ist, einfach nur die Technologie und das Know-how bereitzustellen, oder ob Interessen dahinterstehen für sich selber in der Handhabung dieser Technologien, auch für eigene militärische Ambitionen, dazuzulernen.

Man ginge wohl einen Schritt zu weit, wenn man ein solches Verhalten mit der Praxis vergliche, die die deutsche Wehrmacht in den 20er Jahren ausübte. Kriegstechnische Fertigkeiten, die zu trainieren auf Grund des Versailler Vertrages

Protestdemonstration im Januar 1988 gegen die Atomschieber in Lübeck



## Bundestagsantrag der GRÜNEN Stopp der Atomexporte

Im Februar d.J. befaßte sich der Bundestag mit zwei Anträgen der Fraktion der GRÜNEN, in denen ein genereller Stopp bundesdeutscher Atomexporte und der Stopp des Exports von Atomkraftwerksteilen in den Iran gefordert wurden. Wie die GRÜNEN-Abgeordnete Bärbel Rust in ihrer Begründung betonte, soll damit der aggressive BRD-Atomexportpolitik Einhalt geboten und die besonders gefährliche Lieferung von Atomtechnologie in die Golfkriegsregion unterbunden werden. Wir dokumentieren B. Rusts Bundestagsrede und den bereits am 11.11.1987 eingereichten Antrag der GRÜNEN zum Atomexportstopp.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Export atomarer Anlagen (Waren der internationalen Kernenergieklasse) ab sofort zu unterbinden.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich den Deutschen Bundestag darüber zu informieren, welche Ausfuhrgenehmigungen für welche Atomanlagen in welche Länder bisher erteilt wurden.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt seit Jahren eine aggressive Atomexportpolitik. Die Mehrzahl der seit 1975 aus der Bundesrepublik Deutschland getätigten Atomexporte ging an Länder, die nicht einmal den Atomsperrvertrag unterzeichnet haben. Somit tragen die verschiedenen Bundesregierungen Mitverantwortung für die Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Brasiliens Regierung erklärte vor wenigen Monaten öffentlich, sie verfüge nunmehr über die Möglichkeit Uran anzureichern und Atomwaffen selbst herzustellen. Hauptlieferant von atomaren Anlagen und Know-how war und ist für dieses Land die Bundesrepublik Deutschland. Mit bundesdeutschem Know-how versucht die brasilianische Firma Nuclep derzeit, Atomtriebe für U-Boote herzustellen. Die Firma Siemens ist an Nuclep beteiligt. Auch die argentinischen Militärs, deren Einfluß auf die Politik des Landes weiterhin groß ist, haben aus ihrer Absicht, Atomwaffen herzustellen, keinen Hehl gemacht.

Mit Genehmigung und unter Beteiligung früherer Minister und Staatssekretäre ist schließlich auch Südafrika mit Anlagen und technologischem Know-how zum Bau einer Urananreicherungsanlage aus der Bundesrepublik Deutschland beliefert worden. Weiterhin genehmigt die Bundesregierung die Ausfuhr von Waren aus Teil I, Abschnitt B der Ausführliste zur Außenwirtschaftsverordnung nach Südafrika.

Teilweise via Schweiz wurde schließlich auch Pakistan mit sensitiven Atomanlagen aus der Bundesrepublik Deutschland ausgerüstet. Im Fall Pakistan wurde deutlich, daß auch Länder, wie beispielsweise die Schweiz, keineswegs garantieren können, daß an dortige Adressaten gelieferte Atomanlagen auch wirklich in diesem Land verbleiben.

Die Aussagen des israelischen Atomphysikers Vanunu verdeutlichen, daß auch Israel keineswegs nur friedliche Absichten mit seiner Atomforschung verfolgt. Forschungsinstitute in Israel aber gehören zu den Kooperationspartnern der bundesdeutschen Atomforschung und Atomindustrie.

Nach Auskunft der Bundesregierung auf Fragen der Abgeordneten Frau Ohns wurden allein im vergangenen Jahr (1986) Ausfuhrgenehmigungen für Atomanlagen in 64 Länder erteilt. Die Bundesregierung hat sich bisher jedoch aus unerfindlichen Gründen geweigert, die genaue Länderliste gegenüber dem Deutschen Bundestag zu veröffentlichen.

der Wehrmacht untersagt war, wurden damals geheim, in gemeinsamen Manövern mit der Roten Armee in der Sowjetunion erlernt. Der Bundesrepublik ist es natürlich erlaubt, die exportierten Anlagen in beliebiger Zahl auch im eigenen Land zu errichten.

Nur gibt es dafür finanzielle Grenzen und reicht der mühsam begründbare Bedarf kaum aus, um auch nur den Bau einer Anlage bestimmter Technologien (Brüter, Wiederaufarbeitungsanlage) gegenüber der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen und durchzusetzen. Durch die rege Exporttätigkeit auf diesem Feld ergeben sich mannigfaltige Möglichkeiten, Erkenntnisse zu gewinnen, die sonst schwerer zu erlangen wären.

Zur Rechtfertigung der Exportpolitik wird ein Konzept der „Nichtverbreitung durch Einbindung und Kooperation“ angeführt. Enge Kooperation soll zu einer für die Empfängerländer attraktiven Zusammenarbeit führen. Dann sei anzunehmen, daß diese das Risiko eines Abbruchs der Beziehungen wegen militärischer Aktivitäten nicht auf sich nehmen wollen.<sup>32</sup> Man kann sich jedoch gleichermaßen vorstellen, daß die Kooperation über den offen dargelegten Bereich hinausgehend in den militärischen hineinreicht und somit erst recht der Proliferation Vorschub leistet, nicht ohne den Erkenntnisgewinn der Bundesrepublik gefördert zu haben.

Bekanntermaßen unterhält die Bundesrepublik mit einigen der oben erwähnten Länder auch auf militärtechnologischem Gebiet eine funktionsfähige Zusammenarbeit, beispielsweise im Bereich der Raketentechnik mit Brasilien.<sup>33</sup> So ergibt sich gleichsam ein Kontinuum der technologischen Kooperation von ziviler über militärische Kerntechnik hin zur reinen Militärtechnik. Wie groß im Einzelfall die Lücken in diesem Kontinuum noch sind, entzieht sich meinem Beurteilungsver-

mögen.

Das Exportverhalten der Bundesrepublik hat zweifellos zur Konsequenz, daß die Wirksamkeit des NPT in nicht unerheblichem Maß verringert wird. Dies nährt die Mutmaßung, daß gezielt auf die Nichtverlängerung des NPT im Jahr 1995 hingearbeitet würde. Ein Indiz, das zur Unterstützung dieses Arguments herangezogen werden kann, ist die ebenfalls zu diesem Zeitpunkt geplante Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf.

So könnte man die Exportpolitik seit dem für Teile der Industrie und Politik erzwungenen Beitritt zum NPT auch mit folgenden Leitmotiven erklären: Schon vor der Unterzeichnung wurde auf eine Schwächung des Vertrages hingearbeitet; seither ist die Auswahl der Handelsbeziehungen so angelegt, daß die Wahrscheinlichkeit des Entstehens neuer Atomkräfte steigt, da im Zuge jener Beziehungen gerade auch die technischen Fertigkeiten, die zur Kernwaffenproduktion befähigen, eine bedeutende Verbesserung erfahren. Wenn man auf Grund dessen damit rechnet, daß 1995 eine Reihe neuer Atomkräfte auf der Weltbühne erschienen sein wird, drängt sich die Erwartung auf, der NPT würde dann nicht verlängert werden.

Die Bundesrepublik könnte dann – die Öffentlichkeit hätte

**Da das BRD-Exportverhalten  
darauf hinausläuft, die Wirksamkeit  
des Atomwaffensperrvertrags zu verringern, ist  
mit seiner Nichtverlängerung im Jahr  
1995 zu rechnen**

sich vielleicht dann auch schon an das Erscheinen neuer Atomkräfte gewöhnt – in Kooperation mit einigen Bündnispartnern auf hohem technischem Niveau mit dem Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht beginnen. Die technischen Voraussetzungen für ein solches Unternehmen werden in der Zwischenzeit bereitgestellt. Auch in Kreisen der Kerntechnik findet man die Einschätzung, daß eine Verlängerung des NPT nicht erfolgen wird, so daß z.B. hinter vorgehaltener Hand der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf auch damit begründet wird, daß die Bundesrepublik zum Zeitpunkt des Auslaufens des NPT nicht ohne die technologischen Voraussetzungen zur großtechnischen Wiederaufarbeitung dastehen sollte.<sup>34</sup>

Man sollte allerdings nicht vergessen, daß zur Verlängerung des NPT bereits die Hälfte der Stimmen der Unterzeichnerstaaten ausreicht, so daß jene, in meinen Augen, doch eher wahrscheinlich erscheint.<sup>35</sup> Wollte die Bundesrepublik dennoch nicht auf Kernwaffen verzichten, bliebe ihr noch immer die un bequemere Möglichkeit der Vertragskündigung, begründet mit sicherheitspolitischen Erfordernissen, offen.

Aus meiner Sicht ist nicht entscheidbar, ob die grundlegende Motivation der bundesrepublikanischen Atomexportpolitik entscheidend auf die alten idealistischen Hoffnungen auf eine unbegrenzte Energiequelle – dieses noch am wenigsten –, auf das rücksichtslose Bestreben, als stark exportorientiertes Land möglichst viele Produkte, egal welcher Art, zu verkaufen oder auf die Befriedigung militärischer Begehrlichkeiten zurückgeht. In politischen Kreisen dürfte wohl eine wie auch immer gewichtete Mischung aller drei Motive vorliegen.

Was jedenfalls klar und ohne jede Einschränkung zu konstatieren ist, ist die Tatsache, daß die Exporte der Bundesrepublik ohne jede Rücksichtnahme auf etwaige Beeinträchtigungen des NPT durchgeführt werden, dieser sogar im Interesse des reibungslosen Verkaufs aller produzierbaren Nuklearanlagen in seinen Restriktionen und Kontrollmöglichkeiten weitgehend beschnitten wurde. Daneben wurde er, durch die

# Atomexporte gefährden den Weltfrieden

Im November vergangenen Jahres wurde die Weltöffentlichkeit von der Hiobsbotschaft aufgeschreckt, der Irak habe die iranische Kraftwerksbaustelle Busher bombardiert; zehn Menschen seien ums Leben gekommen, darunter ein deutscher TÜV-Mitarbeiter. In Busher lagerte damals schon nukleares Material. Geliefert wurde die Anlage von der bundesdeutschen Firma KWU.

Nur Wochen später wurde die Republik von Enthüllungen erschüttert, die uns sehr viel näherbringen. Der Skandal um Transnuklear brachte ans Licht, mit welchen Mitteln der internationale Nuklearverschiebehahn arbeitet: Bestechung, Schlamperie, Verdacht auf kriminelles Verschleppeln waffenfähigen Materials auf Weltmaßstab und das alles ausgehend von der BRD, obwohl es doch angeblich heißt, daß man hier die Atomtechnik so sicher im Griff habe wie sonst nirgendwo auf der Welt. Doch das geht uns schon eher unter die Haut, denn das ist vor der eigenen Haustür. Doch während allein der Verdacht, es könne Brennstoff nach Libyen oder Pakistan gelangt sein, für helle Aufregung sorgt, werden seit Jahren Brennstofffabriken aus der BRD in alle Welt geliefert, und das nicht etwa klammheimlich, sondern ganz offiziell und mit Billigung und Beihilfe der Bundesregierung.

Zur Debatte stehen heute zwei Anträge der GRÜNEN. Der erste fordert den sofortigen Stopp des Exports von Atomkraftwerksteilen in den kriegführenden Iran, und im zweiten fordern wir den generellen Stopp von Atomexporten.

Worum geht es konkret? Noch zu Zeiten des Shah-Regimes schloß die KWU mit Billigung der Bundesregierung einen Vertrag mit dem Iran über die Lieferung von zwei Atomkraftwerken in den Iran nach Busher. Die Auslieferung von Kraftwerksteilen zwecks Fertigstellung dieser Anlagen ist bis heute nicht zuverlässig gestoppt. Um bundesdeutsche Exportbestimmungen zu umgehen, vergab die KWU z.B. einen Teilauftrag über acht Dampfgeneratoren an die italienische Firma Ansaldo. Im Frühjahr 1987 nun forderte der Iran die Auslieferung dieser Teile. Durch Protestaktio-

nen von italienischen Parteien und Gewerkschaften wurde die Lieferung dieser Teile in das Kriegsgebiet Iran verhindert. Die große öffentliche Empörung in Italien führte schließlich auch dazu, daß das italienische Parlament mit überwältigender Mehrheit die Regierung aufforderte, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß diese Teile nicht an den Iran ausgeliefert werden können. Nun stellt sich die Frage: Warum muß erst eine ausländische Regierung ihren Einfluß geltend machen, um die Weiterlieferung eines Kraftwerks bundesdeutscher Abstammung in das Kriegsgebiet Iran zu verhindern? Warum macht die Bundesregierung nicht längst selbst ihren Einfluß geltend, um die Umgehung des Außenwirtschaftsgesetzes via Auslandsaufträge zu verhindern? Italien ist auch nicht das einzige Land, das für solche Umwege gut ist.

Hilfe bei der Fertigstellung des iranischen Atommeilers hat laut „Spiegel“ vom 4. Januar 1988 z.B. die argentinische Firma Enace angeboten, bei der wiederum die KWU mit 25% Beteiligung ein erhebliches Wörtchen mitzureden hat. Doch solche Verbindungen nimmt die Bundesregierung lieber gar nicht wahr. Auf unsere Anfrage antwortete sie lapidar: Angaben über Exporte sensitiver Nuklearanlagen durch andere Länder werden von der Bundesregierung nicht gesammelt.

Die Bundesregierung ist laut Außenwirtschaftsgesetz aufgefordert, den Export von sensiblen Gütern in Krisengebiete zu unterbinden. Doch anstatt von diesem Verordnungsrecht offensiv Gebrauch zu machen, blickt die Regierung getreu dem Motto ihres Kanzlers mit geschlossenen Augen optimistisch in die Zukunft.

Im Juli des vergangenen Jahres wies mein Kollege Daniels auf eine mögliche Bombardierung Bushers durch den Irak hin und fragte, was die Regierung unternehme, um dies zu verhindern. Darauf antwortete Staatsminister Schäfer – wir müssen sagen: nahezu dumm dreist –, zivile Kernkraftanlagen dürften nun einmal nicht zum Ziel militärischer Angriffe gemacht werden; dies gebiete schon die „völkergewohnheitsrechtliche Verpflichtung zur Unterschei-

dung zwischen militärischen und zivilen Objekten“. Also exportieren wir auf Umwegen munter weiter. (...)

Die Bombardierung eines irakischen AKW durch Israel beispielsweise scheint Herrn Schäfer nicht bekannt geworden zu sein. Auch die eindeutige Äußerung des iranischen Delegierten auf einer Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag ist wohl nicht bis in die Höhen des Auswärtigen Amtes vorgedrungen. Er sagte nämlich dortselbst, für den Iran seien die friedlichen und militärischen Aspekte der Nuklearenergie ganz wesentlich verbunden, und er halte es für extrem schwierig, wenn nicht für unmöglich, diese zu trennen. (...)

Hier wird uns ganz deutlich vor Augen geführt: Wer an den kriegführenden Iran Atomkraftwerke ausliefert, erhöht die weltweite atomare Bedrohung ganz unverantwortlich in zweierlei Hinsicht: Erstens riskiert er eine atomare Katastrophe durch Bombardierung dieser Atomkraftwerke, und zweitens versetzt er den kriegführenden Iran in die Lage, mit Hilfe dieser Atomkraftwerke eigene Atombomben herzustellen und einsetzen zu können.

Daß auch letzteres nicht von Ferne hergeholt ist, zeigt das Beispiel Brasilien: Im September vergangenen Jahres konnte die brasilianische Regierung stolz den bisher größten Erfolg ihres Atomprogramms bekanntgeben. Der Präsident José Sarney teilte der staunenden Öffentlichkeit mit, Brasilien habe den kompletten Atomkreislauf einschließlich Urananreicherung im Griff. Der brasilianischen Atombombe steht also nichts mehr im Wege. (...)

Darüber hinaus verwöhnt uns die Bundesregierung mit der Auskunft, daß an insgesamt 64 Länder Materialien, Anlagen und Ausrüstungen für kerntechnische Zwecke geliefert wurden. Nur: Um welche Güter es sich dabei handelt und an welche Länder sie geliefert wurden, sagt sie uns nicht; darüber verweigert sie ausdrücklich jede Auskunft.

Ich beende meine Rede mit dem Appell, unseren Anträgen in den Ausschüssen zuzustimmen; denn ich denke, wir kommen alle nicht umhin, festzustellen, daß der, der Atomkraftwerke exportiert, den Weltfrieden in ganz erheblichem Maße gefährdet.

offensichtliche Bevorzugung von Nicht-NPT-Mitgliedstaaten, auch von dieser Seite her ausgehöhlt.

Würden die Erfordernisse der Nichtweiterverbreitung konsequent von allen Exporteuren an die Spitze der Kriterien für die Genehmigung von Nuklearexporten gestellt; wie dies beispielsweise von Kanada in seinem Angebot für Atucha II vor-exerziert wurde, so hätte die Bundesrepublik als einzigen Nachteil in Kauf zu nehmen, daß sie den Konkurrenzvorsprung einbüßen würde, welchen sie auf Grund ihrer nachlässigen Handhabung von Sicherheitskontrollen erst erworben hat. Der bundesdeutschen Atomindustrie fehlt aber offensichtlich jegliche Sensibilität für die Probleme, die sich ergeben aus der Ambivalenz ihrer Produkte, was ihre Verwendbarkeit sowohl auf dem zivilen als auch dem militärischen Sektor angeht.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß ihre Bemühungen nicht einer Veränderung ihrer Exportgewohnheiten gelten, sondern allein auf eine weitergehende Sanktionierung ihrer bisherigen Handhabung gerichtet sind.

Schluß

(Quelle: Udo Schelb (Hg.), *Reaktoren und Raketen. Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?*, Köln 1987, S. 267-291)

## Anmerkungen:

- 26) Atomwirtschaft (atw), Nr. 7-8/1977, redaktioneller Beitrag
- 27) R. Kollert/R. Donderrer/B. Franke, Kalkar-Report, Frankfurt 1983, S. 116
- 28) Le Monde, 19.1.1978; zit. nach: R. Kollert u.a., Kalkar-Report, a.a.O.
- 29) Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.5.1985; zit. nach: H. Hirsch, *Atompolitik...*, a.a.O.
- 30) atw, Nr. 7/1985; zit. nach: H. Hirsch, *Atompolitik...*, a.a.O.
- 31) Wiederaufarbeitungsanlage für bestrahlte Kernbrennstoffe aus Leichtwasserreaktoren und Mischoxid-Brennelementfabrik im Taxöldener Forst bei Wackersdorf, 1. Teilgenehmigung, Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München, 24.9.1985, S. 250; zit. nach: H. Hirsch, *Atompolitik...*, a.a.O.
- 32) K. Kaiser und F.J. Klein (Hg.), *Kernenergie ohne Atomwaffen*, Bonn 1982, S. 313; zit. nach: H. Hirsch, *Atompolitik...*, a.a.O.
- 33) Arbeitskreis Physik und Rüstung c/o M. Birkholz (Hg.), *Die Bundesrepublik als heimlicher Atomwaffenexporteur* (Dokumentation)
- 34) DWK-Manager Dr. C. Salander auf der Jahrestagung Kerntechnik 1986
- 35) Bundestags-Drucksache 7/994, S. 11
- 36) Stellungnahme des Öko-Instituts zur beantragten teilweisen Beseitigung des Atomkraftwerks Niederachbach, Freiburg/Darmstadt März 1985, S. 3

Georg Diederichs

# Mit spitzer Feder

## Der libysche Karikaturist Muhammad az-Zwâwî



„Hör' mal Bruder, tausche uns den da gegen einen tatsächlich revolutionären Beamten. Dieser hier perfektioniert die Bürokratie und weiß nichts anderes zu sagen als den einen Satz: ‚Komm' morgen wieder und dann noch mal in einer Woche.'“

Der 1934 in einem Nomadenzelt am Stadtrand von Bengasi geborene Muhammad az-Zwâwî gilt heute als Libyens bekanntester und wohl auch bester Karikaturist. Zwar werden in Libyen auch die Karikaturen zahlreicher anderer Zeichner verbreitet, doch erreicht kein zweiter die Virtuosität und Perfektion Muhammad az-Zwâwîs.

Das betrifft sowohl die grafische Ausgestaltung der Karikaturen und der die Zeichnungen belebenden Personen als auch die Umsetzung politischer Ereignisse ins Bild bzw. die Karikierung sozialer und politischer Mißstände. Die Karikaturen Muhammad az-Zwâwîs gehören deshalb seit Jahren nicht nur zum beständigen Erscheinungsbild libyscher Periodika, wo sie oft sogar die ganze Titelseite einnehmen und so auf ein wichtiges politisches Ereignis hinweisen, sondern illustrieren auch Bücher und Broschüren verschiedenster Intention. Worauf ist nun diese überaus positive Aufnahme der Karikaturen Muhammad az-Zwâwîs zurückzuführen? Zum einen liegt es wohl daran, daß er mit seinen Zeichnungen nicht zu den Menschen spricht, sondern für sie. Seine Bilder greifen von der Thematik her oft genau das auf, was die „jamâhîr“ (Volksmassen)

beschäftigt.

Zum anderen transportieren die Karikaturen für den libyschen Betrachter als eigentlichen Adressaten eine Realität, die ihn nicht nur zum Lachen oder Schmunzeln reizt. Muhammad az-Zwâwî sagt selbst, daß er zwar auch amüsieren, daß er aber vor allem zum Nachdenken anregen und provozieren will. Er will konstruktive Kritik üben, die im Idealfall vom Deciffrieren des Bildes zum Wort, zum Dialog, zur Diskussion und von der Diskussion zur Tat, zum Wandel führt. Auch in der Form der Darbietung, der zeichnerischen Technik, liegt ein Teil des Erfolgs begründet, den diese Karikaturen in Libyen und zwischenzeitlich auch über die Grenzen Libyens hinaus erzielen. Platte „Schwarz-Weiß-Malerei“ ruft beim Betrachter entweder Zustimmung oder Ablehnung hervor, den tatsächlichen gesellschaftlichen Verflechtungen wird sie jedoch selten gerecht. Anders dagegen die Karikaturen Muhammad az-Zwâwîs, die dynamisch in den gesellschaftlichen Prozeß eingreifen, weil sie dem Betrachter eben keine Eindeutigkeiten liefern, weil sie vielschichtig sind und wechselseitige Abhängigkeiten nicht außer acht lassen.

Die Arbeiten Muhammad az-Zwâwîs las-

sen sich im wesentlichen in drei Hauptgruppen gliedern: Karikaturen mit historischem Hintergrund, Karikaturen zur Innenpolitik und Karikaturen zur Außenpolitik. Bei den Karikaturen mit historischem Hintergrund konzentriert sich Muhammad az-Zwâwî vor allem auf die faschistische Kolonialherrschaft der Italiener in Libyen sowie die Periode imperialistischer Abhängigkeit von Großbritannien und den USA in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis 1969.

Die Träume des Uncle Sam



Die Karikaturen zur Innenpolitik untergliedern sich in solche im engeren und solche im weiteren Sinne. Zu denen im engeren Sinne zählt Muhammad az-Zwâwî Karikaturen zur Genese der libyschen Revolution als Resultat innerer Konflikte der Sanussi-Monarchie, zur Korruption, Beamtenmentalität und Schwerfälligkeit der Staatsbürokratie. Weiterhin Karikaturen zur Volksrevolution, Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus und an der kapitalistischen Produktionsweise. Zielscheibe seiner Kritik ist ferner die politische Heuchelei, die Unbekümmertheit oder Berechnung, mit der sich viele Libyer ein revolutionäres Gehabe zulegen.

Zu den innenpolitischen Karikaturen im weiteren Sinne zählt Muhammad az-Zwâwî all diejenigen, die das gesamte Spektrum der Gesellschafts- und Sozialkritik umfassen. Die Thematik der einzelnen – in die Hunderte gehenden – Zeichnungen variiert nach der Entstehungszeit: Vor der Revolution überwog die Kritik an der „Verwestlichung“ Libyens. Nach der Revolution traten mehr Aspekte wie z.B. Planungsfehler und unsoziales Verhalten (hier besonders Phlegma und Lethargie) in den Vordergrund. Als zeitlich durchgängige Themen sind in Muhammad az-Zwâwîs Karikaturen das Verhältnis von Mann und Frau, Hochzeitsbräuche und das neue Konsumverhalten vieler Libyer auszumachen.

Die Karikaturen zur Außenpolitik, die bei Muhammad az-Zwâwî in den letzten Jahren dominieren, sind ebenfalls so zahlreich und unterschiedlich, daß sich auch hier eine Untergliederung anbietet: In der 1. Gruppe lassen sich jene Zeichnungen zusammenfassen, die das Verhältnis Libyens zu den USA und Großbritannien betreffen.

Zur 2. Gruppe können all jene Karikaturen gerechnet werden, die in irgendeiner Form die arabische und iranische Politik aufgreifen. Sei es nun die von Libyens Revolutionsführer Gadhafi an-

gestrebte Führungsrolle bei der Propagierung und Durchsetzung der arabischen Einheit, die Weiterführung des Kampfes gegen die „zionistische Existenz“ im Nahen Osten, das Camp-David-Abkommen, der Befreiungskampf der Palästinenser oder Karikaturen zum Krieg im Libanon, der Nahostpolitik der USA, dem Sturz des Schah und der iranischen Revolution.

Die 3. Gruppe umfaßt Karikaturen zur Weltpolitik und zur ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Typische Beispiele dieser Kategorie sind Arbeiten zum Rüstungswettlauf, zur Apartheid in Südafrika, zur Rolle der UNO oder zu den Machenschaften multinationaler Konzerne. Immer wiederkehrendes Thema ist bei Muhammad az-Zwâwî die Kritik an diktatorischen Regimes, die Abhängigkeiten der Dritten Welt und die Figur des Uncle Sam, einmal als Weltpolitiker, einmal als Gauner, vor allem aber als die Länder der Dritten Welt ausbeutender Kapitalist.

Speziell diese 3. Gruppe von Karikaturen zeichnet ein gutes Bild jener Vorstellungen, die die libysche Revolutionsführung von der Neugestaltung der internationalen politischen Beziehungen hat. Ja, man könnte sagen, daß sie so etwas wie ein Spiegelbild des ideologischen Standortes der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya sind. Ein kennzeichnendes Element politischer Praxis in Libyen ist – zumindest dem eignen Selbstverständnis nach – die ununterbrochene Überprüfung des Erreichten, das Vergleichen der gesellschaftlichen Realität mit den gesteckten Zielen. Innerhalb dieses Kontextes nehmen Muhammad az-Zwâwîs Karikaturen mit ihrer politischen und revolutionären Funktion einen hohen Stellenwert ein. Muhammad az-Zwâwî selbst mißt den Erfolg seiner Karikaturen an den Diskussionen, die sie einleiten, den unterschiedlichen Meinungen und auch der Kritik, die sie hervorrufen. D.h. er mißt den Erfolg an der Intensität des politischen Dialogs, den sie in der Bevölkerung provozieren.

Daß seine Karikaturen auch bei uns mittlerweile einem interessierten Publikum zugänglich sind, ist dem Hanspeter Mattes-Verlag/edition wuqûf zu verdanken. Muhammad az-Zwâwî. Ein libyscher Karikaturist. Vorgestellt von Sigrid Faath, Hanspeter Mattes, Ghayth al-Warfalli. Hanspeter Mattes-Verlag/edition wuqûf, Scheessel 1984, 225 S., 34 DM enthält neben zahlreichen Karikaturen auch viel Interessantes und Wissenswertes über das grafische Schaffen Muhammad az-Zwâwîs.

So stützen sich auch diese Zeilen im wesentlichen auf die genannte einfühlsame Darstellung von Leben und Werk dieses großen arabischen Karikaturisten.



# WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für  
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

**WECHSELWIRKUNG** berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

**WECHSELWIRKUNG** analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

**WECHSELWIRKUNG** ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

**WECHSELWIRKUNG** erscheint vierteljährlich.

7,- DM, Jg. 10, 1. Quartal, Februar 88

A 804 F, Nr. 36

WECHSELWIRKUNG  
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

Ruf doch mal an!

Alpen  
AIDS  
Prometheus  
Pharmapolitik  
Denken  
Maschinen?

Die Post  
und  
ihre Pläne

## Nr. 36, Februar 1988

**Schwerpunkt:**

Kommunizier' mal wieder: Die Post und ihre Pläne. Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen \* Wer beeinflusst die Post? \* Was halten die Versprechungen der Post? \* Visionen von der Informationsgesellschaft \*

**Weitere Themen:**

Umweltkatastrophe in den Alpen \* Entstehungsgeschichte von AIDS \* Prometheus – ein EUREKA-Projekt \* Pharmapolitik in der »Dritten Welt« \* Können Maschinen denken?

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

**Bestellungen an WECHSELWIRKUNG**  
Gnlesenastr. 2, 1000 Berlin 61  
DM 7,- Einzelheft (+ Versandkosten)  
DM 28,- Abonnement für 4 Hefte (Incl. Versandkosten); erscheint vierteljährlich

## Sehr hilfreich zu Nicaragua

Seit 2-3 Jahren bin ich Abonnentin und begeisterte Leserin eurer Zeitschrift. Die Hintergrundberichte, Interviews und Dokumentationen sind sehr hilfreich für die politische Auseinandersetzung; besonders in letzter Zeit bei den Diskussionen um Esquipulas und die sandinistische Politik.

Regine Christiansen, Hamburg

## „Dorfschützer“ in Kurdistan

Ich möchte auf den Leserbrief von Dieter Falk unter der Überschrift „Dorfschützer sind Kolaborateure“ in AIB 10/November 1987 eingehen, weil meiner Meinung nach dort zum Teil Ansichten vertreten werden, die falsch oder nicht objektiv sind.

Dieter Falk kritisiert die Tatsachen, die in Euren Kurzinformationen unter dem Titel „Türkei-Syrien“ erschienen sind (AIB 9/1987) und meiner Meinung nach schon eine vorsichtige und richtige Herangehensweise an die Ereignisse darstellten. In seiner Kritik lehnt er sich an die PKK an. Er führt in seinem Leserbrief auf, daß es „eine praktische Kritik an der PKK letztlich nur durch die an der kurdischen Realität zu überprüfende Praxis ihrer kurdischen Kritiker geben“ kann. Er meint, die Kritik der PKK ist die Sache der Kurden. Diese Ansicht ist meiner Meinung nach falsch. Die Kritik der PKK kann nicht nur die Sache der Kurden sein.

Der Verfasser erwähnt mit keinem Wort, wie das „Dorfschützer“-system in einer Kolonie wie Kurdistan als Institution aufgebaut werden konnte und welche Politik dafür verfolgt wurde, d.h. er befaßt sich nicht mit der Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegenüber Kurdistan.

Die Bauern Kurdistan haben die grausame Unterdrückung am eigenen Leib gespürt und erlebt. Neben der in Gefängnissen angewandten Folter, hat der Terror der speziell ausgebildeten Einheiten, in den vom Augenmerk der Weltöffentlichkeit weit abgelegenen Dörfern jahrelang unaufhörlich Terror ausgeübt. Und dieser Terror dauert an.

Der türkische Staat hat in dieser Zeit angefangen, etwas zu praktizieren, was er in seiner ganzen Geschichte (ausgenommen die Hamidiye-Einheiten im Osmanischen Reich) nicht gemacht hatte. Er bewaffnete einen Teil des kurdischen Volkes und besoldete diese „Dorfschützer“, was die Praktizierung der Politik „Kurden durch die Kurden zu vernichten“, ist. Statt der Bewaffnung Freiwilliger hat der Staat in empfindlichen Regionen die Stämme, die in Feindschaft zueinander stehen, selektiert und einen Teil von ihnen bewaffnet.

Auf der anderen Seite wurde das „Dorfschützer“-system seitens der Bauern als eine Einkommensquelle gesehen, um angesichts ihrer Armut ihre Existenz zu sichern. Und so, wie es der Staat beabsichtigte, brachte dieses System mit der Zeit die Eskalation der Widersprüche zwischen den Familien und Stämmen, die sich gegenseitig bekämpfen. Morde unbekannter Attentäter, Denunziationen folgten. Und unter besonderem Zutun des Staates ist diese Tatsache zu einem gesellschaftlichen Problem geworden.

Dieter Falk versäumt es nicht – während er „unmißverständlich“ betont, und die Aktivitäten der PKK gegenüber den „Dorfschützern“ rechtfertigt –, die Linken, „die die Art des Umgangs der PKK mit dem Problem als kontraproduktiv halten“, zu kritisieren.

Die Kampflinie der PKK in Kurdistan ist seit ihrer Gründung 1978 die gleiche. Diese Linie, die 1980 und davor auf der Basis der Widersprüche und Kämpfe zwischen den Stämmen ihre Politik betrieb, behauptete eine Zeitlang, während sie auf der Seite eines Stammes die andere bekämpfte, in einem der in dieser Hinsicht empfindlichen Regionen Kurdistan, nämlich im Gebiet Siverek und Urfa, einen nationalen Befreiungskampf zu führen.

Mag sein, daß die PKK in ihrer Logik pragmatisch und reell handelt. Tatsache ist aber, daß diese Stammeskämpfe den Kolonialisten nutzen, ihre Unterdrückungspolitik gegenüber den kurdischen Massen zu konsolidieren und den nationalen Befreiungskampf auf die Ebene „eines kriminellen Delikts“ zu stellen, „wo sich Kurden gegenseitig umbringen“. Diese Politik, die heute genau die gleichen Merkmale trägt, zeigt in ihrer Anwendung, daß sie nicht die Einheit der Nation, sondern deren Spaltung weitertreibt. Es hilft den Kolonialisten, das Gebiet besser unter ihre Kontrolle zu bringen und wird zu deren „Begründung“, gegen den nationalen Befreiungskampf in Süd- und Ostkurdistan vorzugehen.

So gesehen ist das Dorfschützersystem und die Ernennung des regionalen Gouverneurs für Kurdistan nichts weiter als die Praktizierung der Vernichtungspolitik der Kolonialisten gemäß den Gesetzmäßigkeiten eines von ihnen längst eröffneten Krieges. Aber die Politik der nationalen Befreiung ist die Gewinnung der armen kurdischen Bauern für den nationalen Befreiungskampf (zum größten Teil). Der nationale Befreiungskampf kann mit einer Politik, die die Massen der armen Bauern, die ja eine der treibenden Kräfte der nationalen Befreiung sind, auf die Seite der Feinde bringt, nicht geführt werden.

Außerdem haben Dorfüberfälle, die von den zivilen und militärischen Einheiten des Staates durchgeführt wurden, in Kurdistan ein Chaos hervorgebracht, in dem die Massen in die Situation gebracht worden sind, in welcher sie nicht mehr auseinanderhalten können, wo die nationale Befreiungsaktivität stattfindet, von wem und weshalb sie durchgeführt wurde. Die Ziele sind verdunkelt.

Wie ist es zu erklären, daß Kräfte, die von sich behaupten, sie wären die „Führer“ der nationalen Befreiung, bewußt oder unbewußt diese durch die Kolonialisten geschaffene Situation begünstigen?

Es fragt sich, wie unter solchen Umständen die von der PKK auf 3-5 abgelegene und gesellschaftlich keine Rolle mehr spielende Ansiedlungsbereiche durchgeführten Angriffe, bei denen zahlenmäßig mehr kurdische Kinder, Frauen und ältere Menschen als „Dorfschützer“ umgebracht wurden und die als Massenmord endeten, noch behauptet werden kann, daß die PKK alleine in Kurdistan als eine Befreiungsbewegung kämpft.

Name ist der Redaktion bekannt.

## Islamische Einwände zu Palästina

Betrifft Beiträge von Ivesa Lübben-Pistofidis zu Palästina/Israel in AIB 3/1988

Zur Rebellion in Palästina (S. 5-11):

In der britischen Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 M. wird bezüglich einer jüdischen Heimstatt in Palästina vorausgesetzt, „...daß nichts geschieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften ...

Abbruch tun könnte“. Ohne hier jemanden beleidigen zu wollen – aber offenkundige Fehler, die zwar schon lange tradiert werden, kann man nicht fortgesetzt weiterführen.

Das derzeitige Ost-Jerusalem/El-Quds hat für den tatsächlichen Islam/die Muslime nicht die Bedeutung, die denen, die alles durcheinanderbringen wollen, wünschenswert ist. Die Ibrahim-I-Moschee (mit goldfarbener Kuppel) und die Ibrahim-II-Moschee (mit silberfarbener Kuppel) gehören nicht auf den Jüdischen Tempel-Platz auf dem Moriah-Berg, welcher zur Zeit König Salomos bebaut wurde, sondern ins einstige Vor-Jerusalem Ibrahims/Abrahams bei Be'it-Ibrahim außerhalb der Stadt an der Straße nach Jericho.

Zur Rolle der moslemischen Kräfte (S. 10):

Wenn es um den Islam geht, der nicht nur eine bindende Religion ist, sondern auch eine bindende Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung – heißt das immer: der reine (= voll-sunnitische) Islam und nicht irgendwelche Sekten, mit denen Muslime keine Gemeinschaft haben dürfen.

Shi'iten, Druzen und Isma'iliten sind eigenständige Religionen; die Sufi und das Abma-diyya-Movement wurden rechtmäßig aus dem Islam ausgeschlossen; auch deren spätere Untersekten sind nicht-islamisch.

Einen 'Roten Halbmond' gibt es nicht; das Emblem des Islam ist nicht der Halbmond, sondern die schmale Sichel des neuen/aufgehenden Mondes – und Red Crescent = die aufgehende Sichel des roten Mondes.

Wenn es sich um das überzogene fundamentalistische Shi'itentum handelt, so ist dies eine shi'itoidale Ideologie – wie der überzogene Zionismus zionistoid ist. Um jeden echten fundamentalistischen Muslim hingegen sollte man froh und dankbar sein.

Zu Israels Atombomben „im Keller“ (S. 14-17):

Der wichtigste Mann fehlt: Noch von Golda Me'ir wurde der jüdische US-Atomwissenschaftler Prof. Dr. Katz/Katzir zum Präsidenten des Staates Israel gemacht; unter ihm florierte dann die angebliche 'Textil-Fabrik' in der Negev-Wüste und wurde schließlich das, was Vanunu beschreibt.

Wir sind das Islamische Religionsamt in der BRD und die einzige Institution, die den reinen (= voll-sunnitischen) Islam vertritt.

Frau Al-Hadja Maryam, München, Direktor des Deutschen Office für Pilgerwesen und Islamische Angelegenheiten

## Seltene Hintergrundfaktographie

Erst heute komme ich dazu, Ihnen zu schreiben, und mich an zugesandten Exemplaren zu bedanken. Leider aber war es mir bis heute nicht gelungen, das Abo-Geld aufzubringen.

Ich finde ansonsten das Magazin erstaunlich gut, mit „Hintergrundfaktografie“, die anderswo nicht zu denken wäre. Ich wünsche der Redaktion auch weiterhin, das hohe Niveau des „AIB“ zu halten.

Bozidar Pethović, Zagreb

### HINWEIS:

Die AIB-Redaktion behält sich das Recht vor, Leserzuschriften zu kürzen.



Entwicklungspolitik

### Nord-Süd-Kampagne gegen BMZ-Zensur

Das Nationale Organisationskomitee (NOK) der vom Europarat initiierten Nord-Süd-Kampagne (siehe AIB 4/1988, S. 56) hat sich am 24. März d.J. geweigert, 400.000 DM, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zur Verfügung stellen wollte, in Anspruch zu nehmen.

Der Grund für diesen Schritt ist die Ablehnung des BMZ, 42.000 DM für Veranstaltungen des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zu bewilligen. Die Gelder waren Teil eines Sammelantrages des NOK, dessen sechsköpfigem geschäftsführendem Ausschuß neben Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Bundesjugendring, DGB, kirchlichen Hilfswerken und kommunalen Spitzenverbänden auch Vera Vordenbäumen vom BUKO angehört.

Der Sprecher des NOK, Per Fischer, wies den Versuch des BMZ zurück, aus dem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das zum ersten Mal in der Geschichte der Nord-Süd-Politik zustande gekommen sei, ein Mitglied auszugrenzen. Unter den Bedingungen einer „positiven Würdigung“ der amtlichen Entwicklungspolitik, die das BMZ fordere, weigere sich das NOK, die Gelder für die Öffentlichkeitskampagne in Empfang zu nehmen.

Nach Angaben Fischers lehnte BMZ-Minister Hans Klein die Mittelvergabe an den BUKO mit dem Argument ab, er wolle keine Aktivitäten unterstützen, die anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1988 in West-Berlin geplant seien und bei denen es möglicherweise zur Gewaltanwendung komme. Der BUKO, den Klein am 24.11.1987 im Bundestag als eine von „Kommunisten und anderen Linksextremisten beeinflusste Organisation“ bezeichnet hatte, nimmt aktiv an der IWF/Weltbank-Kampagne teil.

Die Nord-Süd-Kampagne, die u.a. zum Ziel hat, dazu beizutragen, „Ursachen, Zustände und Perspektiven der sich zuspitzenden Nord-Süd-Konflikte verständlicher zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen“, will jetzt die fehlenden Mittel der auf 1,2 Mio DM veranschlagten Öffentlichkeitsarbeit (400.000 DM stellt die EG zur Verfügung) auf andere Weise zusammenbringen.

Informationen sind erhältlich bei: Nord-Süd-Kampagne, Am Humboldtstein, 5480 Remagen-Rolandseck, Tel. 02228-8118

Entwicklungspolitik

### Aktionen gegen Energiekredit an Brasilien

Gemeinsam mit der Katholischen Jungen Gemeinde führt Mandacarú, ein seit 1985 bestehender Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen in Nordrhein-Westfalen, eine Kampagne gegen einen neuen Energiesektor-Kredit der Weltbank an Brasilien. Am 18. März d.J. informierten Vertreter der Kampagne das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) über ihr Anliegen und pflanzten einen Kaktus, der der Gruppe den Namen gegeben hat (Mandacarú = brasilianischer Kaktus).

Die Kampagne warnt vor den Auswirkungen solcher Energiekredite, da z.B. mit dem Bau von Staudämmen erfahrungsgemäß ökologische und soziale Gefahren verbunden sind (Fischsterben, Landvertreibung...) und die Zerstörung des Regenwaldes im Amazonas durch Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und Weidewirtschaft vorangetrieben wird (siehe AIB 3/1988, S. 46ff.).

Schon im Dezember 1987 bestätigte der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages, daß weltweit für einen weiteren Energiesektorkredit, über den in den nächsten Monaten entschieden werden soll, Bedenken bestehen. Die Kampagne sammelt weiterhin Unterschriften gegen den Kredit und wird am 11. Mai d.J. BMZ-Minister Hans Klein auffordern, bei der Weltbank gegen die Kreditvergabe zu stimmen.

Kontakt: Mandacarú, AK 3. Welt St. Peter, Postfach 101, 4350 Recklinghausen

Ausländer

### Gerichtsurteil gegen Asylrechtsverschärfung

In einer Mitte Dezember 1987 ergangenen Entscheidung, die erst Ende März d.J. öffentlich bekannt wurde, sprach sich das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) gegen einen wichtigen Bereich der sog. Drittländer-Klausel – ein Kernstück des im Januar d.J. in Kraft getretenen neuen Asylverfahrensgesetzes – aus. Diese Klausel beinhaltet, daß Asylsuchende, die auf ihrer Flucht in die Bundesrepublik über ein Drittland kommen, dann keinen Anspruch auf Asyl haben, wenn sie dort angeblich vor politischer Verfolgung sicher gewesen wären. In der Praxis reicht dazu oftmals schon ein kurzer Aufenthalt, wie z.B. eine eintägige Zwischenlandung, in einem solchen Drittland aus.

Demgegenüber vertritt das BVerwG die Auffassung, daß politisch Verfolgten auch dann Asyl zu gewähren sei, wenn sie im Drittland keine Möglichkeit zur Schaffung einer ausreichenden Existenzgrundlage vorfinden. Dies träfe beispielsweise dann zu, wenn sie „im Drittstaat hilflos dem Tod durch Hunger und Krankheit ausgesetzt“ sind bzw. „nichts anderes als ein Dahinvegetieren am Rande des Existenzminimums zu erwarten haben“. Dem Asylsuchenden müssen – so das BVerwG weiter – nicht nur Schutz vor Verfolgung, sondern auch Hilfestellungen zum Überleben, zur

Überwindung von aufgrund der Flucht eingetretenen tiefgreifenden Mängeln, wie Hunger, Obdachlosigkeit usw. gewährt werden. Ist in einem Drittstaat diese Hilfestellung nicht geleistet worden, so sei der Asylsuchende auch vor politischer Verfolgung nicht sicher gewesen.

Ungeachtet dieses Urteils und zahlreicher Proteste von Gewerkschaften, Kirchen und anderer Institutionen gegen die Asylrechtspraxis treibt das Bundeskabinett den restriktiven Kurs gegen Asylsuchende weiter voran. So soll zur „Beschleunigung des Asylverfahrens“ die Prozeßkostenhilfe bei Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse der Verwaltungsgerichte eingeschränkt werden.

Atompolitik

### Hanauer Demonstration für den Ausstieg

Rund 8.000 Menschen demonstrierten am 19. März d.J. in Hanau gegen die bundesdeutsche Atompolitik. Flankiert von einem provokativen Polizeiaufgebot (4.500 Mann), forderten sie die Stilllegung der Hanauer Nuklearbetriebe und aller anderen Atomanlagen in der BRD, den Verzicht auf Schnelle Brüder, Wiederaufbereitungsanlagen, den Bombenbau und auf die Kriminalisierung der Atomkraftgegner.

Zum Trägerkreis dieser friedlich verlaufenen Protestaktion gehörten zahlreiche Anti-AKW- und Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, gewerkschaftliche und kirchliche Organisationen, die GRÜNEN, die DKP, die Jungsozialisten, die VVN-Bund der Antifaschisten und verschiedene Berufsverbände. Die Veranstalter warfen den Machern des Atomskandals in Hanau und Bonn u.a. vor, mit Atomschiebereien an Schwellenländer der Dritten Welt den Atomwaffensperrvertrag verletzt zu haben. Außerdem suchten sie sich mit der Hortung von Plutonium und hochangereichertem Uran die Option für eigene Atomwaffen offen zuhalten.

Hanno Rumpf, Sprecher der Südafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), wies darauf hin, daß BRD-Atomkonzerne von der Ausplünderung namibischer Uranbergwerke profitierten und Südafrika mit zur Atombombe verholfen hätten. Zukunftsforscher Robert Jungk: „Hört auf, hört auf! Wir können gar nicht entschieden genug handeln, um diesen Zerstörern alles Künftigen, jenen ahnungs- oder skrupellosen Mördern künftiger Generationen in den Arm zu fallen.“



## Termine

29./30. April

Tagung „Die Umweltverträglichkeitsprüfung für Vorhaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ des deutschen Naturschutzringes in Barsinghausen.

Anmeldung: Institut für ökologische Zukunftsperspektiven, Wenninger Str. 1, 3013 Barsinghausen/Egestorf, Tel. 05105-83761

29. April – 1. Mai

Seminar „Die Schuldenlast im südlichen Afrika“ in Frankfurt. Anmeldung: Deutsche Jungdemokraten, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-210952

29. April – 1. Mai

Bundestreffen der Nicaragua-Städtepartnerschafts-Initiativen in Dietzenbach. Kontakt: Verein Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach

6./8. Mai

Internationaler Kongreß „Kultur des Friedens“ in Tübingen.

Kontakt: Theodorakis-Chor, Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen, Tel. 07071-52200

7./8. Mai

Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Tübingen.

Kontakt: KA der Friedensbewegung, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904/05

14./15. Mai

Seminar des ASK „Alternativen zur Verarmung?“ in Frankfurt. Diskussion über Entschuldung, Neue Internationale Wirtschaftsordnung, alternative Wirtschaftspolitik und Dritte Welt.

Kontakt: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

21./23. Mai

II. Internationaler Pädagogen-Friedenskongreß in Bonn. Zur Vorbereitung des Kongresses findet unter dem Motto „Apartheid ist Krieg – Krieg ist nicht reformierbar!“ eine gemeinsame Solidaritätskampagne der Vereinigten Deutschen Studentenschaften, der Bundesschülervertretung, der Anti-Apartheid-Bewegung und der PädagogInnen für den Frieden statt.

Kongreß-Büro „Teachers for Peace“, Kölnstr. 198, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-637057

22.-27. Mai

Bildungsurlaubsseminar „Gewerkschaften in Südafrika“ in Spiekeroog.

Veranstaltet vom Südafrika-Komitee Göttingen (Gisbert Klockmann, Fliederweg 13, 3400 Göttingen, Tel. 0551-67837) in Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“

27.-29. Mai

14. Tübinger Festival des Club Voltaire „...daß nichts bleibt, wie es war!“. Thema: Entwicklung von Protest- und Widerstandskultur hier und in der Dritten Welt. Diskussionen, Vorträge, Konzerte (vor allem Jazz) Workshops, Kleinkunst.

Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel. 07071-51524

27.-29. Mai

Seminar „Frauen, die letzte Kolonie“ in Bielefeld. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

## Friedensbewegung

### Ostermarschierer machen Druck

Rund 225.000 Menschen haben im Rahmen der diesjährigen Ostermärsche in allen Teilen der Bundesrepublik für die Beseitigung sämtlicher Atom- und Massenvernichtungswaffen demonstriert. Neben vielfältigen Aktionen in über 300 Städten und Gemeinden gab es von Karfreitag bis Ostermontag Kundgebungen mit Tausenden von Teilnehmern in Hamburg, Hannover, Köln, Dortmund, Kassel, Frankfurt, Kaiserslautern, Heilbronn, Nürnberg, München und im Dreyeckland bei Basel/Lörrach.

Die Warnung vor einem großen, die Menschheit vernichtenden Krieg wurde auch mit dem Protest gegen die aktuellen Kriege verbunden. So setzten sich auf der Frankfurter Abschlußkundgebung der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in der BRD, Abdullah Franghi, und die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer für eine gerechte Friedensregelung im Nahen Osten ein, die das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser beinhalten müsse. Weitere Forderungen der Ostermarschierer galten der sofortigen Beendigung des Golfkrieges, dem Stopp der Rüstungsexporte, einem umfassenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Boykott des weißen Rassistenregimes in Südafrika, der Durchsetzung eines Friedensplans für Mittelamerika sowie der sofortigen Streichung aller Schulden der Dritte-Welt-Länder.

## Ausstellung

### Europäische Sicherheitspolitik im Sahel

„Wir wollen nur ihr Bestes – Europäische Sicherheitspolitik im Sahel“, so lautet der Titel einer Wanderausstellung, die von der Arbeitsgemeinschaft Afrika und Kolonialismus e.V. (AGAK) und der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (AGFP) erstellt wurde.

20 Tafeln mit Farbphotos, Grafiken und kurzen Texten beleuchten die macht- und rüstungspolitischen Interessen zahlreicher europäischer Staaten und deren Einflußnahme auf die Sahel-Länder Tschad und Niger. Offen gelegt werden u.a. die europäischen Rohstoffinteressen, Frankreichs massives militärisches Eingreifen im Tschad-Krieg oder die bundesdeutsche „Ausstattungshilfe“ (Militärtransporter, Offiziersschulungen) für den Niger.

Weitere Informationen enthält ein zur Ausstellung erarbeitetes Begleitheft. Die Ausstellung kann für ca. 100 DM pro Woche ausgeliehen werden bei: AGAK, c/o I. Wurdack, Kiliansplatz 5, 8000 München 2, Tel. 089-5026735 oder bei der AGFP, Untere Weiden-Str. 12, 8000 München 90, Tel. 089-6518222.

## Contra-Propaganda

### Demonstration gegen IGfM-Versammlung

Gegen die Jahreshauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) protestierten am 19. März d.J. in Königstein ca. 80 Demonstranten. Zu der Aktion auferufen hatten Gruppen aus dem Frankfurter Raum, darunter Nicaragua- und

Mittelamerikakomitees, die VVN-Bund der Antifaschisten, medico international, Deutsche Friedensunion und Die GRÜNEN. Zum Schutz der 500 Versammlungsteilnehmer waren vier Hundertschaften der Polizei aufmarschiert.

Bereits 1987 hatte es Aktionen gegen die IGfM-Jahreshauptversammlung sowie gegen ihre Teilnahme am Evangelischen Kirchentag gegeben. Die Demonstranten wandten sich dagegen, daß die IGfM unter dem Vorwand, die Menschenrechte zu verteidigen, Propaganda gegen Nicaragua und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) betreibt, gleichzeitig El Salvador und Chile eine demokratische Entwicklung bescheinigt sowie aktiv gegen Südafrika-Sanktionen eintritt.

Die Redner wiesen außerdem auf die enge Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen, konterrevolutionären Emigrantenorganisationen und die Unterstützung durch öffentliche Stellen hin.

Eine ausführliche Dokumentation über die IGfM (86 S., 8 DM) ist gegen Vorkasse bei Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1 zu beziehen.

## Buch-Tip

### „Colonia Dignidad“



Nach den monatelangen Enthüllungen über die Konzentrationslagerähnliche Siedlung Colonia Dignidad in Chile faßt Gero Gemballa, Colonia Dignidad, rororo-Taschenbuch, Reinbek 1988, 174 Seiten, 19,80 DM

alle bisher zugänglichen Informationen zusammen. Gero Gemballa zeichnet Gründung, Aufbau und Organisation der deutschen Kolonie nach, beschreibt aufgrund persönlichen Augenscheins das Alltagsleben und schildert die Gespräche, die er mit dem Leiter Paul Schäfer führte. Gemballa weist, anhand von Aussagen aus dem Lager Geflohener, Folterungen und Mißhandlungen von Kindern und Erwachsenen nach. Gestützt auf Gespräche mit ehemaligen Agenten des chilenischen Geheimdienstes belegt er, daß die Colonia Dignidad dem Geheimdienst als Folterstätte gedient hat und offenbar unter dem besonderen Schutz der faschistischen Diktatur in Chile steht.

Zum Schluß enthält das wertvolle Buch einen Anhang mit weiterführender Literatur sowie Angaben zu Fernsehsendungen zum Thema.

## Israel

## Vanunu wegen Landesverrat verurteilt

Am 27. März d.J. verurteilte das Jerusalemer Kreisgericht den Atomwissenschaftler Mordechai Vanunu zu 18 Jahren Haft wegen Spionage, Hochverrat und Kollaboration mit dem Feind. Vanunu, bis 1985 im israelischen Atomzentrum Dimona beschäftigt, hatte 1986 in London Einzelheiten des Atomprogramms Tel Avivs an die Presse gegeben. Seinen Angaben zufolge produziert Israel waffenfähiges Uran und Plutonium und soll bereits über 100-200 Atombomben verfügen. Kurz nach der Enthüllung wurde Vanunu nach Israel entführt und ihm unter Ausschluss der Öffentlichkeit der Prozeß gemacht (siehe AIB 3/1988, S. 14ff.).

Bei der Gerichtsverhandlung war sowohl seine Entführung als auch die Frage nach dem Wahrheitsgehalt seiner Äußerungen ausgeklammert worden. Vanunu, der darauf hinwies, daß es sein Ziel gewesen sei, die Aufmerksamkeit der Israelis auf die atomaren Gefahren in der Region zu lenken, fand wenig Unterstützung in der israelischen Öffentlichkeit für seine Handlungsweise. Der Prozeß gegen ihn führte jedoch im Ausland zu Protesten. 27 bekannte Wissenschaftler und Nobelpreisträger hatten an die Justiz appelliert, keine lebenslängliche Strafe zu verhängen. 20 Organisationen aus verschiedenen Ländern, darunter amnesty international und Greenpeace, protestierten gegen das Urteil. Vanunu hat bereits den alternativen Nobelpreis erhalten und ist für den Friedensnobelpreis 1988 nominiert. Verteidiger Avigdor Feldmann, der die Einstellung des Verfahrens wegen der Entführung seines Mandanten verlangt hatte, will jetzt Berufung beim Obersten Gericht einlegen.

## Äthiopien

## Rebellenangriffe verschärfen Hungerkrise

Durch Überfälle auf Hilfstransporte und Verteidigungszentren sowie durch militärische Erfolge der separatistischen Rebellenorganisationen Eritreische Befreiungsfront (EPLF) und Volksbefreiungsfront Tigres (TPLF) ist die Lebensmittelversorgung der von der Hungerkrise Betroffenen erheblich erschwert worden. Seit September 1987 wurden so (vornehmlich durch die EPLF) 129 LKWs mit Nahrungsmittellieferungen zerstört. Die TPLF nahm am 4. März d.J. das Verteilungszentrum Wukro ein. Durch die größte Offensive der EPLF seit 10 Jahren fiel die wichtige Stadt Tesseneye in ihre Hände und wurden wichtige Versorgungsstraßen abgeschnitten. Die Rebellen wollen durch ihre Angriffe erzwingen, daß die Hilfslieferungen über sie geleitet und sie damit politisch aufgewertet werden.

Bisher war es durch rechtzeitige Maßnahmen gelungen, eine akute Hungersnot abzuwenden, obwohl die Ernten noch niedriger ausgefallen waren als während der Hungerkrise 1984/85 (siehe AIB 1-2/1988, S. 5ff.). Im Gegensatz zu damals konnte die Entstehung von Hungerlagern dadurch vermieden werden, daß sich die Bauern in den Verteilungszentren jeweils Rationen für einen Monat abholen konnten. Da einige Verteilungszentren gar nicht mehr oder nur unter größeren Kosten und unzureichend

aus der Luft versorgt werden können und die Vertreter ausländischer Hilfsorganisationen aus den umkämpften Gebieten abgezogen werden mußten, droht jetzt eine akute Hungersnot.

Bisher wurde mehr als 1 Mio t Getreide gespendet — davon jeweils ein Viertel seitens der UdSSR und der USA —, was 80% des Bedarfs bis August d.J. decken dürfte. Insgesamt sind derzeit noch 6-7 Mio Menschen, davon etwa die Hälfte in Tigré und Eritrea, von der Hungerkrise bedroht.

## Bangladesch

## Erfolgreicher Wahlboykott der Opposition

Aus den Parlamentswahlen vom 3. März d.J. ging die Jatiya-Partei des seit einem Putsch 1982 amtierenden Präsidenten, des Generals Mohamed Ershad, siegreich hervor. Sie erhielt über 3/4 der 300 Parlamentssitze.

Die wichtigsten Oppositionsparteien, darunter die Bündnisse um die Awami-Liga und die Na-

tionale Partei Bangladeschs sowie ein Zusammenschluß von fünf Linksparteien, hatten zum Boykott aufgerufen. Durch mehrere Generalstreiks und Massendemonstrationen hatten sie am 6. Dezember 1986 die Auflösung des Parlaments erzwungen, in dem die Jatiya-Partei 1986 durch Wahlfälschungen eine Mehrheit errungen hatte.

Als Garantie für demokratische Wahlen forderte die Opposition erneut den Rücktritt Ershads, was sie jedoch trotz der Fortsetzung der Massenaktionen nicht zu erzwingen vermochte. Trotz Boykotts der Oppositionsparteien kam es erneut zu massiven Wahlfälschungen, um die Wahl parteiungebundener Kandidaten zu verhindern. Zumindest in der Hauptstadt Dhaka gingen kaum Wähler zu den Urnen.

Die Opposition hatte zu einem erfolgreichen 36stündigen Generalstreik aufgerufen, den Polizei und Militär mit aller Gewalt zu brechen suchten. Dabei kamen mindestens 20 Menschen ums Leben. Hunderte wurden verletzt. Bereits bei Kommunalwahlen im Februar d.J. waren fast 200 Menschen ums Leben gekommen.

## Sao Tomé und Príncipe

## Söldnerinvasion wurde vereitelt

In der afrikanischen Inselrepublik Sao Tomé und Príncipe scheiterte Anfang März d.J. ein Putschversuch. Wie der Präsident des knapp 1.000 qkm großen, im Golf von Guinea gelegenen Inselarchipels, Pinto da Costa, in einer Rundfunkansprache bekanntgab, hätten die Sicherheitskräfte des Landes bei einem heftigen Feuergefecht zwei der Angreifer, die von einem nichtidentifizierten Schiff vor der Küste ausgesetzt und mit Kanus ans Ufer gepaddelt waren, getötet und weitere 36 festgenommen.

Laut da Costa waren Polizei und Militär auf diesen neuerlichen Überfall vorbereitet gewesen, da es am 25. Februar d.J. schon einmal einen Putschversuch gegeben hatte. Für beide Aktionen machte die Regierung der ehemaligen portugiesischen Kolonie die oppositionelle Nationale Widerstandsfrent von Sao Tomé und Príncipe (FRNSTP) verantwortlich, die ihren Sitz in Libreville, der Hauptstadt Gabuns, hat. Obwohl deren Generalsekretär, Quintiliano Loures Amado, eine Beteiligung seiner Organisation an den Putschversuchen offiziell abstrikt, ist dennoch davon auszugehen, daß sich die FRNSTP durch derlei Aktionen an der fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung der Inselrepublik beteiligt.

Drei Jahre nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit von Portugal verkündete der 1. Parteitag der regierenden Befreiungsbewegung von Sao Tomé und Príncipe (MLSTP) 1978 den Aufbau des Sozialismus als strategisches Ziel. Doch das Erbe des Kolonialismus war für das Land erdrückend: Bis heute stammen ca. 90% der Exporterlöse aus dem Verkauf von Kakao. Ganze 3% der landwirtschaftlich kultivierten Fläche stehen der Produktion von Erzeugnissen für den Binnenmarkt zur Verfügung, während auf 97% des Bodens für den Export produziert wird.

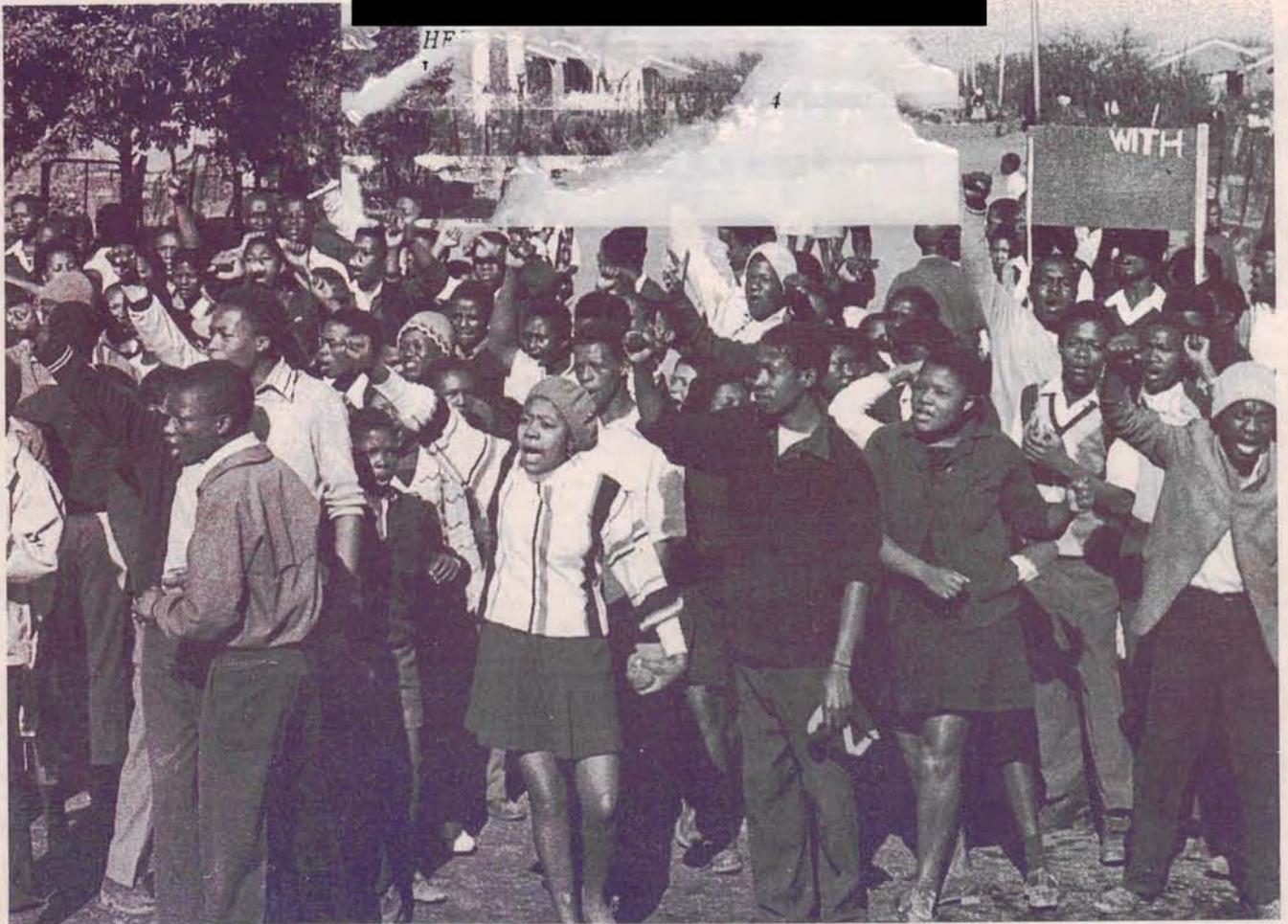
Zwar wurden nach der Unabhängigkeit 1975 die portugiesischen Großgrundbesitzer enteignet und der Außenhandel staatlicher Kontrolle unterworfen. Doch die Ausrichtung der Land-

güter auf die Monokultur Kakao konnte nicht überwunden werden. Die Inseln müssen deshalb 90% ihres Nahrungsmittelbedarfs importieren. Während die Importpreise ständig stiegen, sank die Kakaoproduktion allein zwischen 1973 und 1983 um die Hälfte. Die gesunkenen Deviseneinnahmen zogen eine wachsende Auslandsverschuldung und steigende Ausgaben für den Schuldendienst nach sich. Heute betragen die Auslandsschulden Sao Tomés etwa 100 Mio \$, was 180% des Bruttoinlandprodukts entspricht.

Im vergangenen Jahr unterwarf sich die Regierung schließlich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser verlangte als Bedingung für seine Zusammenarbeit mit dem Inselstaat u.a. eine restriktivere Kredit- und Finanzpolitik, drastische Haushaltseinsparungen, die „Stabilisierung“ des Binnenmarktes sowie die „Liberalisierung“ des Handels, die Erhöhung der Produktion auf dem Kakaosektor und schließlich die Förderung privater Investoren. Die Annahme dieses IWF-Rezepts zur „strukturellen Angleichung“ im Mai 1987 verkomplizierte die innenpolitische Situation, da es für die Wirtschafts- und Sozialpolitik Sao Tomés eine „Wende um 180 Grad“ bedeutete.

Im Oktober 1987 kündigte die Regierung zudem eine „politische Öffnung“ an, die u.a. auch die Beteiligung bislang oppositioneller Kräfte an den Regierungsgeschäften beinhaltete. So wurde beispielsweise im Februar 1988 der einst zu 25 Jahren Haft verurteilte ehemalige Gesundheitsminister Carlos da Graca, ein Freund des gabunesischen Präsidenten Omar Bongo und Gegner eines sozialistischen Entwicklungswegs Sao Tomés, aus seinem Exil in Gabun geholt und mit dem Amt des Außenministers bedacht.

Die von Staatspräsident Pinto da Costa derart umgebildete Regierung vereint somit auf der Basis eines vom IWF diktierten Programms politisch sehr unterschiedliche Kräfte. Die Instabilität des Landes wurde durch von außen gesteuerte Putschversuche weiter erhöht.



## Südafrika kämpft

Die **UZ** berichtet. Nicht nur über Spektakuläres und Dramatisches. Sondern zuverlässig, gründlich und solidarisch. Sie berichtet aus der Sicht des unterdrückten Volkes. Parteilich und konsequent.

Die **UZ** steht auf der Seite der unterdrückten und kämpfenden Völker der Welt.



Die **UZ** können Sie probelesen:  
14 Tage kostenlos und unverbindlich.  
Telefon 021 01/59 03 17.  
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

---

---

---

---